



HESSISCHER LANDTAG

21. 04. 2009

9. Sitzung

Wiesbaden, den 21. April 2009

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	503	Minister Karlheinz Weimar	503
<i>Entgegengenommen</i>	503	Norbert Schmitt	510
Vizepräsident Lothar Quanz	503	Dr. Walter Arnold	512
1. a) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) – Drucks. 18/281 –	503	Leif Blum	517, 528
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	535	Frank-Peter Kaufmann	521
b) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009 – Drucks. 18/282 –	503	Willi van Ooyen	528
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	535	Gottfried Milde (Griesheim)	533
c) Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2008 bis 2012 – Drucks. 18/345 –	503	Vizepräsident Heinrich Heidel	535
<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	535	2. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Privatrundfunkgesetzes – Drucks. 18/315 –	536
		<i>Nach erster Lesung dem Hauptausschuss überwiesen.</i>	542
		Minister Stefan Grüttner	536
		Michael Siebel	537
		Karin Wolff	538
		Florian Rentsch	539
		Tarek Al-Wazir	540
		Dr. Ulrich Wilken	541
		Präsident Norbert Kartmann	542

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsident Frank Lortz
Vizepräsident Lothar Quanz
Vizepräsident Heinrich Heidel
Vizepräsidentin Sarah Sorge

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner
Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund Michael Boddenberg
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch
Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Silke Lautenschläger
Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit Jürgen Banzer
Kultusministerin Dorothea Henzler
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann
Staatssekretär Dirk Metz
Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit
MinRin Dr. Claudia Kraß
Staatssekretär Boris Rhein
Staatssekretär Horst Westerfeld
Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer
Staatssekretär Klaus-Peter Güttler
Staatssekretär Mark Weinmeister
Staatssekretärin Petra Müller-Klepper
Staatssekretär Heinz-Wilhelm Brockmann
Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Barbara Cárdenas
Margaretha Hölldobler-Heumüller
Aloys Lenz
Marjana Schott

(Beginn: 13:04 Uhr)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie alle herzlich begrüßen. Ich hoffe, dass Sie gut erholt aus der Osterzeit nach Wiesbaden gekommen sind. Der Alltag hat uns sehr schnell wieder. Ich darf Sie zur 9. Plenarsitzung heute, am 21. April, herzlich begrüßen.

Ich stelle fest, dass das Haus beschlussfähig ist. – Dem wird nicht widersprochen.

Zur Tagesordnung darf ich mitteilen, dass insgesamt zwei Punkte vorliegen. – Die Tagesordnung ist genehmigt, kein Widerspruch.

Wir tagen heute bis zur Erledigung dieser beiden Tagesordnungspunkte. Wir beginnen mit der ersten Lesung des Haushaltsgesetzes.

Ich darf mitteilen, dass Frau Kollegin Schott fehlt und dass ab ca. 14:30 Uhr Herr Staatsminister Boddenberg uns verlassen wird.

Das sind auch schon alle sogenannten Mitteilungen zu Beginn der Sitzung. Das war übersichtlich.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

a) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) – Drucks. 18/281 –

b) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2009 – Drucks. 18/282 –

c) Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2008 bis 2012 – Drucks. 18/345 –

Ich gehe davon aus, dass Herr Staatsminister Weimar das Wort ergreifen wird. – Keine Überraschung.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Kein anderer da!)

Bitte sehr, Herr Weimar, Sie haben das Wort.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorgelegte Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2009 ist richtig und in Zeiten wie diesen ohne Alternative.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Fastnachtszeit ist vorbei!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie es mich so formulieren: Es gehört zu den extremen Ärgernissen für Finanzminister und für alle Politiker, dass die Folgen der Fehler, der Gier, der Überheblichkeit und der Verantwortungslosigkeit vieler internationaler Banken- und Wirtschaftsvertreter nun bei den Menschen ankommen und zu extremen Belastungen der öffentlichen Haushalte führen – und damit plötzlich ein Problem von uns geworden sind.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Plötzlich?)

Wir sollen jetzt diese gigantische Vernichtung von Werten, die stattgefunden hat, auffangen und die Probleme lösen.

Ich bin in diesen Tagen mehrfach gefragt worden, wie es mir als Finanzminister ginge. Ich sage mal, schlecht, weil wir jetzt gezwungen sind, diese gigantische Wertevernichtung aufzufangen, gegenzusteuern, weil wir jetzt mit diesen Problemen fertig werden sollen. Aber wir sind für die Menschen in diesem Land verantwortlich und müssen geeignet und schnell reagieren. Gelegentlich kommt es einem vor wie ein Witz, dass wir uns jetzt darüber streiten, wie wir mit diesen uns aufgezwungenen Problemen fertig werden. Es ist an manchen Tagen die Wahl zwischen Pest und Cholera, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Ich sage auch, dass in dieser Zeit niemand von sich behaupten kann, dass er den Stein der Weisen hätte, sondern es kann nur nach intensivem Nachdenken und nach Erfahrungen, die man in der Vergangenheit gemacht hat, dazu kommen, dass man überwiegend überzeugt davon ist, dass man den richtigen Weg geht. Wer in diesen Tagen antritt und erklärt, er wisse, wie alles zu laufen habe, und er könne voraussehen, wie alles laufen werde, der belügt die Menschen. Deswegen sollten wir in der jetzigen Situation auch mit der gebotenen Demut die Diskussion darüber führen, wie der Weg aus dieser Krise sein kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Dem anderen Teil des Hauses unbekannt! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Demut ist auch nicht Ihre Stärke! – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das sagt der Richtige! – Gegenruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Dafür habe ich ihn auch nicht wählen lassen, dass er demütig ist!)

Eines ist sicher: Patentrezepte hat in dieser Situation niemand. Deswegen ist es natürlich richtig, dass man sich über den Weg streitet – übrigens über Wege, wie ich gleich aufzeigen will, über die wir für hiesige Verhältnisse erstaunlich wenig Streit geführt haben.

Auf der anderen Seite muss man einfach feststellen, dass neben den Folgen für die Bürgerinnen und Bürger – Folgen, von denen ich sehr hoffe, dass sie nicht schwerwiegender werden, als schon sichtbar ist – zwei Folgen für die öffentlichen Haushalte sichtbar sind: erstens sinkende Einnahmen der öffentlichen Hand – darüber wird noch zu sprechen sein – mit enormen Folgerisiken, z. B. durch die Bürgschaften und Sonstiges, was alles vom Staat an Risiken übernommen worden ist; zweitens steigende Ausgaben zur Stabilisierung der Konjunktur und für ein Auffangen der Kollateralschäden, die zwischenzeitlich entstanden sind.

Inzwischen sind die Probleme in der Realwirtschaft angekommen, sodass wir mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg stehen. In diesem Umfeld bringt die Landesregierung den Landeshaushalt 2009, die Finanzplanung 2008 bis 2012 sowie das Finanzausgleichsänderungsgesetz in den Landtag ein.

Meine Damen und Herren, die Menschen erwarten angesichts dieser Situation vom Staat zu Recht Handlungsfähigkeit. Die Hessische Landesregierung und der Hessische Landtag haben mit dem Unternehmensstabilisierungsgesetz und den Sonderinvestitionspaketen des Landes und des Bundes diese Handlungsfähigkeit in den letzten Wochen bewiesen.

Meine Damen und Herren, es wäre kontraproduktiv, gegen diese Krise anzuspahren. Das hieße, die Abwärtskräfte

zu verstärken. Die Nachfrage und die Wirtschaft insgesamt würden weiter geschwächt. Es war in Volkswirtschaften schon immer so, dass die Frage, ob es aufwärtsgeht oder weiter abwärtsgeht, zu einem beachtlichen Teil in der Psychologie der Menschen entscheiden wird. Es ist dort angelegt, ob wir es schaffen, möglichst schnell aus dem Tal herauszukommen. Deswegen ist es auch eine Aufgabe der öffentlichen Hand und des Haushaltsgesetzgebers und damit letztlich des Landtags, in dieser Frage Signale zu setzen, die ein Stück Optimismus verbreiten, und auf der anderen Seite mit aller Kraft gegen diese schlimme Krise anzukämpfen.

Deswegen hat es keinen Sinn, die zusätzlichen Anstrengungen zur Konjunkturstärkung durch Kürzungen an anderer Stelle zu kompensieren – erst recht nicht in der Größenordnung, über die zu sprechen sein wird, die derzeit ins Haus steht und die auch objektiv bei einem Landeshaushalt in der derzeitigen Situation gar nicht realisierbar wäre. Massive Kürzungen in wichtigen Zukunftsbereichen wie Kinderbetreuung, Schule, Hochschule und Wirtschaft wären zudem langfristig falsch und teurer.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist eines der Probleme von Haushalten, über die wir uns immer streiten, ob wir uns sozusagen kaufmännisch verhalten, indem wir die Grundlagen dafür schaffen, dass wir auch in den nächsten Jahren Steuern einnehmen, dass auch in den nächsten Jahren Arbeitsplätze da sind, dass auch in den nächsten Jahren über die Bildung unsere Zukunft gesichert werden kann, oder ob wir nur ein Haushaltsjahr betrachten. Wenn man die Dinge verbinden kann wie im vorliegenden Fall, ist es sicherlich besonders gut und richtig. Aber wir müssen, wie gesagt, auch aufpassen, dass wir in diesen wichtigen Zukunftsbereichen die Zukunft gewinnen und nicht insgesamt verlieren.

Um die negativen Konsequenzen der Krise auf Arbeits- und Ausbildungsmarkt so gering wie möglich zu halten, sind Maßnahmen ergriffen worden, die auch nach Auffassung der hessischen Wirtschaft kurzfristig insbesondere den Binnenmarkt stützen. Trotz der zu erwartenden gewaltigen Einbrüche bei den Steuereinnahmen muss das Land gerade jetzt Geld in die Hand nehmen und damit antizyklisch agieren.

Die schon beschlossenen Konjunkturprogramme auf Landes- und Bundesebene sind hierzu wirkungsvolle Möglichkeiten. Das Hessische Sonderinvestitionsprogramm Schul- und Hochschulbau und das Konjunkturpaket II des Bundes weisen für Hessen ein Gesamtvolumen von über 2,6 Milliarden € aus. Das Land Hessen steuert mit dem Sonderinvestitionsprogramm 1,7 Milliarden € bei. Vom Konjunkturpaket II des Bundes profitiert Hessen mit insgesamt rund 958 Millionen € inklusive dem Eigenanteil von Land und Kommunen von rund 240 Millionen €. Das ist eine riesige Summe, die wirtschaftspolitisch relevant ist und gleichzeitig für die Schulträger und unsere Kommunen einmalige Chancen bietet.

Wir haben gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden das Prozedere abgestimmt, wie wir das Geld am schnellsten und effektivsten einsetzen können, um die gewünschte Wirkung zu entfalten. Die Förderrichtlinien sind veröffentlicht, die Anträge gehen bei der LTH ein, und in den nächsten Tagen werden die Bescheide herausgehen.

Unser Ziel ist es, die hessische Bauwirtschaft durch konzentrierte und – ich lege Wert auf das Wort – vorgezogene Investitionen in die hessischen Schulen und Hochschulen,

in Sportstätten und die kommunale Infrastruktur anzukurbeln und damit heimische Arbeitsplätze zu sichern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir werden in kurzen Fristen die Lern- und Lehrbedingungen an den Schulen und Hochschulen deutlich verbessern und insbesondere den Kommunen helfen können, den Investitionsstau aufzulösen. Dem Gedanken der Nachhaltigkeit tragen wir Rechnung, da mit dem Investitionsschub ein deutlicher Umwelt- und Spareffekt durch erhebliche Energieeinsparungen erreicht wird. Wir sind davon überzeugt, dass wir mit dem Haushaltsplan 2009 einen wirksamen, antizyklischen Beitrag zur Stabilisierung der konjunkturellen Lage leisten, ohne hierbei das Konsolidierungsziel aus den Augen zu lassen. Wir wollen und wir werden die Krise gemeinsam meistern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Noch aber entfaltet sich die Rezession weiter. Die Finanzkrise hat auf die reale Wirtschaft durchgeschlagen und ist auch im Baugewerbe angekommen – übrigens ein Eckpfeiler der konjunkturellen Entwicklung eines Landes. Sie müssen davon ausgehen, dass Anfang des Jahres ein Rückgang von bis zu 50 % der Bauaufträge zu verzeichnen gewesen ist, sodass das Programm genau in diesen Bereich hineinpasst.

Es ist ein gutes Zeichen, dass die meisten Unternehmen in Deutschland versuchen, Entlassungen zu vermeiden. Sie wissen, dass sie ihre hoch motivierten und gut qualifizierten Mitarbeiter dringend brauchen, wenn sie die Krise überwinden wollen. Das kostet auch Kapital. Wir unterstützen das z. B. durch unser Bürgerschaftsprogramm.

Zu den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Betrachten wir unsere gesamtwirtschaftliche Situation im vierten Quartal 2008, so stellt man fest, die konjunkturelle Talfahrt hat sich deutlich beschleunigt. Die globale Wachstumsprognose des IWF ist die niedrigste seit 1945. Wesentliches Kennzeichen auch in der historischen Rückschau dieses Abschwungs ist, dass er mehr oder weniger synchron die gesamte Weltwirtschaft betrifft. In der Vergangenheit war es immer so, dass, wenn in Amerika eine Krise war, Asien durchaus positive Konjunkturdaten liefern konnte oder umgekehrt. Irgendwo auf der Welt war immer auch für die deutsche, sehr stark exportorientierte Wirtschaft etwas zu verkaufen. In der derzeitigen Situation gibt es das Phänomen, dass weltweit ein Einbruch der Konjunktur zu verzeichnen ist. Etwas Vergleichbares haben wir noch nicht erlebt.

Im letzten Quartal 2008 ist die deutsche Wirtschaft um 2,1 % gegenüber dem Vorquartal geschrumpft, so stark wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Die Bundesrepublik Deutschland geht in eine Rezession, wie wir sie in dieser Tiefe seit Gründung der Bundesrepublik und auch seit der Wiedervereinigung nicht erlebt haben. Die Jahresprojektion von minus 2,25 %, von der die Bundesregierung bisher ausgeht, wird sich so nicht halten lassen.

Der konjunkturelle Einbruch schlägt mittlerweile auf den Arbeitsmarkt durch. Seit November 2008 sinkt auf Bundesebene saisonbereinigt die Zahl der Erwerbstätigen, allein im Januar 2009 um 83.000 Personen im Vergleich zum Vormonat. Gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit. Im Februar 2009 waren rund 40.000 Personen mehr arbeitslos gemeldet als im Vormonat. Insgesamt haben sich damit die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt eingetrübt. Hierauf deuten auch die stark steigenden Zahlen von Anträgen auf Kurzarbeit und der merkliche Rück-

gang des Angebots an offenen Stellen hin. In Abhängigkeit von Dauer und Schärfe des Konjunktüreintruchs muss daher davon ausgegangen werden, dass die Beschäftigung in Deutschland, die derzeit noch in erheblichem Umfang durch die Ausweitung der Kurzarbeit gestützt wird, durch die Konjunkturkrise zunehmend in Mitleiden-schaft gezogen wird.

Die drastische konjunkturelle Abkühlung im Laufe des vergangenen Jahres hat auf Hessen voll durchgeschlagen. Erhöhte sich das hessische BIP im ersten Halbjahr 2008 noch um 2,3 %, so ist es nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder im Gesamtjahr 2008 real nur noch um 1,3 % gewachsen. Das Wachstum entsprach damit dem Bundesdurchschnitt. In jeweiligen Preisen gerechnet, stieg das hessische BIP um 2,6 % auf knapp 221 Milliarden €, was unsere außerordentliche Wirtschaftsstärke signalisiert.

Da der Arbeitsmarkt erst mit einer gewissen Zeitverzögerung auf den Wirtschaftsabschwung reagiert, wirkt sich die Konjunktüreintrübung noch nicht auf das Jahresergebnis für die Zahl der Erwerbstätigen sowie die Zahl der Arbeitslosen aus. Mit 3,13 Millionen Personen erreicht die Erwerbstätigenzahl eine neue Höchstmarke, und die Arbeitslosenquote sank mit dem Jahresdurchschnitt von 6,6 % auf den niedrigsten Stand seit 1992, was die Wirksamkeit und die richtige Tätigkeit der Landesregierung in den letzten Jahren belegt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Traditionell liegt Hessen aufgrund seiner Wirtschaftsstärke beim Pro-Kopf-Vergleich zwischen den Ländern auf einem Spitzenplatz. Beim BIP je Erwerbstätigen sicherte sich Hessen mit einem Wert von 70.300 € im Jahr 2008 wieder Platz 1 unter den Flächenländern.

Aufgrund der hohen wirtschaftlichen Verflechtungen der heimischen Wirtschaft mit dem Ausland treffen die Auswirkungen des Konjunktüreintruchs Hessen allerdings besonders stark. Als zentraler Bankenplatz in Deutschland, als wichtiger Standort der Automobil- und der Chemieindustrie sowie als bedeutender Verkehrsknotenpunkt beherbergt das Land Branchen, die von der globalen Krise in besonderer Weise tangiert sind. Daher ist nicht verwunderlich, dass die Steuereinnahmen in Hessen als einzigem Bundesland im Jahr 2008 gesunken sind. Die Absenkung ist dort mit 1,8 % zu verzeichnen. Alle anderen Länder haben ein Wachstum von 3,3 % aufwärts gehabt. Immerhin mussten wir doch noch über 2,6 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich zahlen, obwohl wir als Einzige diesen Steuerrückgang haben.

Das zeigt die ganze Dramatik im Hinblick darauf, dass wir als Land auf der einen Seite ungewöhnlich wirtschafts- und leistungsstark sind und auf der anderen Seite ungewöhnlich stark abkassiert werden. Das ist einer der Punkte, mit denen ich mich dauerhaft nicht abfinden werde,

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

wenn auch bei Abstimmungen zwölf Nehmerländer eben mehr Stimmen haben als die vier Geberländer. Das ist eines der entscheidenden Probleme bei einer gerechten Verteilung des Steueraufkommens in Deutschland.

In Krisenzeiten ist es daher wichtiger denn je, sich auf die eigenen Stärken zu besinnen. In den vergangenen Monaten hat die Hessische Landesregierung bereits mehrfach

einen Beitrag zur Stabilisierung der Märkte und zum Erhalt der hessischen Arbeitsplätze geleistet, und zwar im Zuge der Ausarbeitung des Rettungspakets für die Banken und bei der Erhöhung des Bürgschaftsrahmens um 500 Millionen €. Damit haben wir Überbrückungshilfen für kleine, mittlere und große Unternehmen in Hessen geschaffen, die durchaus und zunehmend in Anspruch genommen werden.

Natürlich sind die Mittel eines einzelnen Bundeslandes begrenzt, aber sie sind groß genug, um über einen begrenzten Zeitraum krisengeschüttelten Branchen zu helfen. Solche Feuerwehrein-sätze des Staates sind meines Erachtens völlig legitim. Sie sind mit den Regeln der sozialen Marktwirtschaft vereinbar. Häufig sind sie das letzte Mittel, um die massenhafte Entlassung von Arbeitnehmern abzuwehren. Meine Damen und Herren, es lohnt sich, um jeden Arbeitsplatz in unserem Land zu kämpfen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir werden auch weiterhin unseren Beitrag dazu leisten, dass der deutsche Finanz- und Bankenplatz Frankfurt am Main gestärkt wird und seine Zukunftsfähigkeit langfristig gesichert bleibt. Dass der Bankenplatz Frankfurt bei den letzten Untersuchungen zu den Gewinnern dieser Finanzkrise gehörte, ist sicherlich ein Hinweis darauf, dass hier – auch in Zusammenarbeit mit der Hessischen Landesregierung – eine sehr ordentliche Grundlage geschaffen worden ist. Es ist auch ein Hinweis darauf, dass sich deutsche Tugenden im Bankenwesen international nie mehr verstecken sollten; gegenüber angelsächsischen Methoden haben wir das bisher teilweise gemacht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD)

Ich will eine Bemerkung in Richtung Hessische Landesbank machen, denn ich glaube, alle, die dort mitwirken, können sehr stolz sein. Andere Länder investieren derzeit riesige Milliardenbeträge in ihre Landesbanken. Das ist in Hessen nicht notwendig. Man muss sagen, dass die Landesbank Hessen-Thüringen im Vergleich zu anderen deutschen Landesbanken in dieser schweren Krise beachtliche Ergebnisse erzielt hat, und zwar mit Tugenden, die die besondere Stärke unserer Landesbank ausmachen: ein schlüssiges Geschäftsmodell und eine gewisse Bescheidenheit in der Art und Weise, wie man Geschäfte macht. Das ist übrigens eine der Lehren, die die Helaba 1975 aus dem sogenannten Helaba-Skandal ziehen musste. Während andere Länder in ihre Landesbanken investieren müssen, investieren wir – gemeinsam mit den Kommunen – in Schulen, Hochschulen und in die kommunale Infrastruktur.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Der Haushalt 2009 weist mit 2,42 Milliarden € die höchsten Investitionen aller Zeiten auf und zeigt damit eindrucksvoll, wie wir der aktuellen Wirtschaftskrise begegnen. Es sind aber auch die Konsolidierungspotenziale zu erkennen, die es gibt, wenn sich die Wirtschaft erholt und sich die Einnahmeseite des Landes wieder normalisiert. Dann ist die Zeit, Investitionen zurückzufahren und die frei werdenden Mittel gezielt für die Konsolidierung des Landeshaushalts zu verwenden.

Der Haushalt 2009 befindet sich im Spannungsfeld stark sinkender Einnahmen und im Investivbereich ganz bewusst initiiert, stark wachsender Ausgaben, die zu einer Ausweitung der Nettokreditaufnahme führen. Es ist an-

gesichts der von mir beschriebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht verwunderlich, dass die bereinigten Gesamteinnahmen gegenüber dem Haushalt 2008 um über 1,2 Milliarden € auf rund 19,3 Milliarden € zurückgehen – ein Minus von 6 %. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf deutlich niedriger veranschlagte Steuereinnahmen zurückzuführen, die mit einem erwarteten Aufkommen von rund 16 Milliarden € um 1,3 Milliarden € – ohne Ausgleich hinsichtlich der Kfz-Steuer – hinter dem Vorjahreswert zurückbleiben.

Unser Ansatz basiert auf den Ergebnissen der Steuererschätzung vom November 2008, wobei wir die zwischenzeitlich eingetretenen steuerrechtlichen Änderungen sowie die Auswirkungen des Wirtschaftseinbruchs in die Ergebnisse eingearbeitet haben – allerdings mit den Daten von Januar und Februar. Die anstehende Mai-Steuererschätzung, deren Ergebnisse wir im laufenden parlamentarischen Verfahren bekommen werden, wird zeigen, mit welchen weiteren Steuerausfällen wir eventuell rechnen müssen.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat angeblich vor, das Wirtschaftswachstum auf minus 5 % zu korrigieren. Bisher sind wir von minus 2,25 % ausgegangen. In der Zeitung habe ich gelesen, dass die Steuereinnahmen in diesem Jahr bundesweit um etwa 41 Milliarden € sinken werden. Das ist eine ganz einfache Rechnung: Die Hälfte davon entfällt auf die Länder; das sind 20 Milliarden €. Hessen ist mit etwa 10 % dabei. Das wären 2 Milliarden €. Sie sehen daran die mangelhafte Verlässlichkeit der Zahlen; sie sind derzeit ausgesprochen schwierig zu fixieren. Deswegen müssen wir die Mai-Steuererschätzung abwarten. Auch dann ist, wie gesagt, damit zu rechnen, dass weitere Steuermindereinnahmen prognostiziert werden.

Den stark rückläufigen bereinigten Gesamteinnahmen stehen – im Wesentlichen konjunkturbedingt – stark wachsende bereinigte Ausgaben gegenüber. Diese erhöhen sich im Vergleich zum Haushalt 2008 um 669 Millionen € auf rund 21,8 Milliarden €, ein Plus von 3,2 %. Dieser Anstieg ist insbesondere durch die Ausweitung der Investitionsausgaben bedingt, die im Zuge der Umsetzung der Konjunkturpakete um 450 Millionen € auf über 2,42 Milliarden € zunehmen.

Auch im Haushaltsjahr 2009 bleibt, wie in den Vorjahren, der finanzielle Handlungsspielraum Hessens durch die Zahlungsverpflichtung in den Länderfinanzausgleich in erheblichem Maße eingeschränkt. Hessen bleibt trotz eines rückläufigen LFA-Aufkommens das mit Abstand größte Pro-Kopf-Zahlerland. Bei einer Gesamt-LFA-Belastung von 2,45 Milliarden € ergibt sich eine Pro-Kopf-Belastung von 405 €. Das ist etwa doppelt so viel, wie Baden-Württemberg und Bayern pro Kopf zu zahlen haben. So wird Hessen in den Jahren von 1999 bis 2009 voraussichtlich 12,75 Milliarden € Kreditmittel aufnehmen, aber 25,4 Milliarden € in den LFA eingezahlt haben. Als Fazit ist zu sagen: Wir zahlen doppelt so viel in den Länderfinanzausgleich, wie wir Schulden gemacht haben, was wiederum ein Hinweis auf die Stärke des Landes Hessen ist, allerdings auch auf die Folgen einer aus meiner Sicht unakzeptablen Verteilung der Gelder im Länderfinanzausgleich.

Meine Damen und Herren, ich komme zum KFA. Aufgrund der rückläufigen Entwicklung der Landessteuern müsste der Kommunale Finanzausgleich eigentlich ebenso rückläufig sein. Der KFA verzeichnet aufgrund von Verrechnungen aus dem Jahr 2007 nach Einbeziehung

der Verstärkungsmittel und der Umlagen jedoch ein Gesamtaufkommen von 3,31 Milliarden €. Das sind sogar 19,3 Millionen € mehr als bei dem Rekordniveau von 2008. Den Kommunen stehen Mittel aus dem Konjunkturprogramm, erhebliche Gewerbesteuerereinnahmen, die sie auch 2008 hatten, zur Verfügung, und darüber hinaus steht ihnen ein KFA-Aufkommen zur Verfügung, das wieder einen neuen Höchststand erreicht hat.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die Finanzsituation des Landes muss es mittelfristig eine Änderung der Aufteilung der in Hessen verbleibenden Steuereinnahmen zwischen dem Land und den Kommunen geben. Die aktuelle Verteilung im Verhältnis 50 : 50 ist auf die Dauer nicht akzeptabel. Kein Bundesland hat auch nur annähernd eine solche Verteilung der Mittel zwischen dem Land und der Kommunen. Üblich ist in etwa eine Verteilung im Verhältnis 60 : 40. Eine solche Verteilung würde bei uns die Verschiebung von Milliardenbeiträgen ausmachen. Darüber redet zwar keiner, aber die Verteilung im Verhältnis von 50 : 50 ist auf die Dauer nicht akzeptabel.

Die im Haushalt 2009 vorgesehene Nettoneuverschuldung liegt mit rund 2,5 Milliarden € klar über dem Niveau vorangegangener Haushalte.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir können aufgrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise den Weg der Konsolidierung und der Rückführung der Neuverschuldung nicht so fortsetzen, wie es vorgesehen war. Ich will auch hier dazu anmerken, dass wir 2008 und 2007 durchaus auf dem Weg dazu waren, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

(Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

– Gut, Sie können darüber lachen. Allerdings hatten wir im vierten Quartal diesen Einbruch bei den Steuereinnahmen, den ich Ihnen geschildert habe. Sie sollten schlicht die Zahlen akzeptieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Hessen das einzige Bundesland ist – –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sollen Zahlen akzeptieren! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Hören Sie, dieses Thema ist zu ernst, um mit solchen Kasperielen darauf zu antworten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Hessen ist das einzige Bundesland, das im vorigen Jahr deutlich weniger Steuern eingenommen hat. Das ist nun einmal ein Fakt.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wenn wir, wie alle anderen Bundesländer, 3 oder 4 % mehr Steuereinnahmen gehabt hätten und nicht einen Betrag von fast derselben Größenordnung in den Länderfinanzausgleich gezahlt hätten, wären wir auf dem Weg zu einer Nullverschuldung gewesen. Das war unser Weg.

Daher brauchen wir uns nicht zu verstecken. Im Gegenteil, im vorigen Jahr haben wir trotz der anstehenden Belastungen im Haushalt 600 Millionen € eingespart. Noch

nie zuvor sind in einem Jahr 600 Millionen € eingespart worden.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe Mitte des Jahres 2008 eine Haushaltssperre erlassen. Wie haben Sie diese Haushaltssperre denn kommentiert? Das seien Tricks und was weiß ich noch alles, um eine Regierung von Rot-Grün und der Linkspartei zu verhindern.

Es war doch klar, dass wir an der Stelle etwas tun mussten. Wir haben das gemacht. Aber statt es positiv zu begleiten, haben Sie es kritisiert. Hören Sie doch auf mit den Zwischenrufen an dieser Stelle. Wir sind diejenigen, die dort tatsächlich handeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bereits jetzt ist klar, dass sich die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht kurzfristig überwinden lassen. Das gilt in erster Linie mit Blick auf die Föderalismusreform II, die vorschreibt, dass wir spätestens im Jahr 2020 einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegen.

Ein solcher Zeitpunkt kann allerdings nicht die Richtschnur eines wirtschaftsstarken Landes wie Hessen sein. Die zentrale finanzpolitische Leitlinie ist deswegen nach wie vor – und umso mehr –, spätestens Mitte dieses Jahrzehnts einen Haushalt ohne Neuverschuldung zu erreichen, so, wie es in der Koalitionsvereinbarung festgelegt worden ist.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sind eine maximale Steigerung der konsumtiven Aufgaben um 0,5 % per annum, die Einsetzung einer Regierungskommission Haushaltsstruktur, eine KFA-Strukturreform und eine Volksabstimmung über ein Verschuldungsverbot in der Hessischen Verfassung ebenfalls festgeschrieben. Das wird auch durchgeführt.

Wir dürfen aber bei dem alles beherrschenden Thema der Konjunkturabschwächung auch die langfristige Perspektive nicht vernachlässigen. Der sich weiter verschärfende Wettbewerb auf dem Weltmarkt, der Klimawandel und der demografische Wandel – um nur drei Aspekte zu nennen –: All das sind Probleme, die uns schon morgen größer erscheinen können und schwieriger zu lösen sind als die derzeitige Finanzkrise.

Wir müssen dafür sorgen, dass Familie und Beruf vereinbar sind. Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Menschen die bestmögliche Bildung erhalten. Darauf müssen wir antworten. Wir müssen unsere Konkurrenzfähigkeit stärken und die Menschen in unserem Land fördern. Wir müssen Antworten auf die demografische Herausforderung in vielen hessischen Regionen finden. Die umweltpolitische Herausforderung besteht darin, mit einer nachhaltigen Politik dafür Sorge zu tragen, dass unsere Kinder und Enkel in einer intakten Umwelt leben können.

Schlicht: Wir müssen unsere Schwerpunkte so setzen, dass wir damit sowohl die Konjunktur zeitnah wieder ankurbeln als auch langfristig den großen Herausforderungen dieses Jahrhunderts gerecht werden. „Jetzt richtig handeln und aus der Krise gestärkt hervorgehen“, muss daher die Devise lauten.

Eine erfolgreiche Bildungspolitik legt den Grundstein für die Zukunft unserer Kinder. Nur in einem Bildungssystem mit einer Vielzahl von Lernwegen und Lernkompe-

tenzen werden die individuellen Begabungen, ob praktisch oder theoretisch, bestens gefördert.

Wir stehen zu der Verantwortung des Staats, jedem einzelnen Kind die Chance auf eine erfolgreiche Schullaufbahn zu eröffnen. Durch die Schaffung von 1.000 zusätzlichen Lehrerstellen und 63 neuen Stellen für Lehrer im Vorbereitungsdienst sowie durch den Wegfall von 500 kw-Vermerken bei Lehramtsreferendaren wird die Unterrichtsversorgung weiter verbessert.

Damit setzt die Landesregierung ihren ersten Meilenstein zur Schaffung von 2.500 zusätzlichen Stellen in dieser Legislaturperiode, bei einem Verbleib der demografischen Rendite und des G-8-Gewinns – durch die Ablösung von G 9 durch G 8 – in den Schulen.

Mit dem Schuljahr 2008/2009 läuft die unter Rot-Grün erlassene Verordnung zur zusätzlichen Unterrichtsverpflichtung – ZUV-Stunde – aus. Zum Ausgleich der seit 1999 zusätzlich geleisteten Unterrichtsstunden wird im Jahr 2009 die zweite und letzte Rate der Ausgleichszahlungen an die betroffenen Lehrkräfte in Höhe von 52,7 Millionen € vorgenommen.

Zur Modernisierung der Lernmittel werden 2009 zusätzlich 6,1 Millionen € veranschlagt. Damit stehen 34 Millionen € zur Verfügung. Insgesamt ist so der erste Schritt in Richtung auf den Betrag von 40 Millionen € gemacht, den wir im Koalitionsprogramm festgeschrieben haben.

Wie es bereits im Sommer 2008 vom Landtag beschlossen worden ist, umfassen befristete BAT-Arbeitsverträge von Vertretungslehrkräften nun auch die Sommerferien, wenn die Gesamtvertragsdauer mindestens 39 Wochen beträgt. Hierfür werden im Haushalt 2009 zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 16,3 Millionen € zur Verfügung gestellt. Das war also ein teurer Beschluss dieses Landtags.

Auch bei den Hochschulen wollen wir das Konzept der Eigenverantwortung in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns rücken. Das Land steht vor der Herausforderung, die Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre in den Geistes- und in den Naturwissenschaften so auszugestalten, dass die hessischen Hochschulen im nationalen und im internationalen Vergleich für herausragende Leistungen stehen und die entsprechende Anerkennung finden.

Das Hochschulbudget wird von 1,289 Milliarden € um 119 Millionen € auf 1,408 Milliarden € erhöht. Diese Steigerung ergibt sich insbesondere durch das Gesetz zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre an hessischen Hochschulen, durch den Hochschulpakt, durch die Besoldungs- und Tarifsteigerung sowie durch höhere Landeszuschüsse für den Neubau der Universitäts- und Landesbibliotheken und die Sanierung des Residenzschlosses der Technischen Universität Darmstadt.

Zur Umsetzung der Beschlüsse der EU-Regierungschefs, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis zum Jahr 2010 gegenüber 2003 von 2,5 auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, wurde das Forschungs- und Innovationsprogramm LOEWE im Umfang von 90 Millionen € pro Jahr im Endausbau aufgelegt. Im Haushalt 2009 werden die Ausgabenansätze dafür um 35 Millionen € auf 55 Millionen € gesteigert, und die zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen von insgesamt 221,8 Millionen € zulasten der Jahre 2010 bis 2012 werden ausgebracht. Damit erfüllen wir unsere Verpflichtungen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Kofinanzierte Baumaßnahmen von überregionaler Bedeutung: in Frankfurt der Neubau für das Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ für 8,5 Millionen €, Exzellenzcluster European Cardiovascular Science Center für den Fachbereich Medizin mit Gesamtkosten von 27 Millionen €.

Im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms von Land und Bund fließen 1,2 Milliarden € an die hessischen Schulen und mehr als 500 Millionen € an die hessischen Hochschulen. Die gesamten Investitionen für den Hochschulbau werden in den Jahren 2009 bis 2011 weit über 1 Milliarde € betragen. In den Neunzigerjahren lagen wir im Schnitt bei 60 Millionen € pro Jahr. Sie sehen, was sich jetzt bei den hessischen Hochschulen tut.

Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung: So richtig und alternativlos in diesen außergewöhnlichen Zeiten das entschlossene Handeln des Staats als Krisenmanager ist, so sehr müssen wir gerade jetzt darauf achten, dass wir die Grundsätze unseres über Jahrzehnte so erfolgreichen wirtschaftlichen Ordnungsrahmens nicht über Bord werfen und Wasser auf die Mühlen derjenigen leiten, die schon immer für einen Systemwechsel gekämpft haben.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

In unserer Wirtschaftsordnung ist es nicht der Staat, der Arbeitsplätze schafft, sondern es sind die Unternehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Staat hat für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu sorgen. Eine verlässliche Wirtschaftspolitik sichert bestehende und schafft neue Arbeitsplätze.

Hessen lebt unter anderem von seiner Mobilität. Es ist die Drehscheibe im europäischen Fernverkehr. Die exzellente Anbindung an das kontinentale Straßen-, Schienen- und Luftverkehrsnetz ist eines unserer wichtigsten Argumente bei der Ansiedlung neuer Unternehmen. Das betrifft alle Branchen.

Daher werden wir im Haushalt 2009 die Mittel für das Landesstraßenbauprogramm gegenüber 2008 um 50 Millionen € auf 150 Millionen € erhöhen. Zulasten des Jahres 2010 ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 150 Millionen € ausgebracht worden; für die Folgejahre sind weitere Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 136 Millionen € ausgebracht worden. Damit werden wir wieder einen gewaltigen Schritt bei der Modernisierung des hessischen Straßensystems vorankommen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wir wollen in dieser Legislaturperiode insgesamt 1 Milliarde € in den Straßenbau investieren.

Die Erhöhung des Anteils des Landes an den Investitionskosten des Projekts „Ausbau des Verkehrslandeplatzes Kassel-Calden“ auf 119 Millionen € soll haushaltsmäßig abgesichert werden. Unter Berücksichtigung des schnelleren Projektfortschritts sollen für das Jahr 2009 nunmehr 15,8 Millionen € Liquidität bereitgestellt und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt rund 83,1 Millionen € veranschlagt werden.

Die Mittel für die Infrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs sollen in einem ersten Schritt um 6,2 Millionen € erhöht werden. Die Bund-Länder-Programme „Investitionspakt 2008“ und „Investitionspakt

2009“, die zur Finanzierung nachhaltiger Maßnahmen in Infrastruktureinrichtungen der Kommunen bestimmt sind, sollen vom Land kofinanziert und im Einzelplan 07 mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 35,5 Millionen € verankert werden.

All das wird zu einer weiter verbesserten Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes führen, die uns auch in der Zukunft Arbeitsplätze und Steueraufkommen sichern wird. Dies zeigt das kaufmännische Denken bei der Aufstellung des Entwurfs eines Landeshaushalts.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sicherheit bedeutet Lebensqualität. Sie ist ein zentraler Wert für das Miteinander in einer freiheitlichen Gesellschaft. Deshalb ist uns der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt und Verbrechen, vor Extremismus und terroristischer Bedrohung ein besonderes Anliegen. Wir haben in den vergangenen zehn Jahren bei der inneren Sicherheit Bemerkenswertes geleistet. Wir werden diesen eingeschlagenen Weg mit dem Haushalt für das Jahr 2009 konsequent fortsetzen.

(Günter Rudolph (SPD): Deshalb haben Sie vorher viele Stellen abgebaut!)

Wir setzen genauso auf konsequente Kriminalitätsbekämpfung wie auf konsequente Prävention. Deshalb soll die Personalausstattung der hessischen Polizei weiter verbessert werden. Nachdem bereits im Jahr 2008 550 Kommissaranwärter eingestellt wurden, sollen auch im Jahr 2009 550 Kommissaranwärter eingestellt werden. Die Stellenausstattung der Polizei soll durch die Schaffung von 200 Angestelltenstellen für die Wachpolizei verbessert werden. Diese Angestellten wurden bisher auf Planstellen der Vollzugspolizei geführt. Zudem sollen 150 neue Stellen für die Wachpolizei geschaffen werden, damit der heute absehbare Bedarf an Wachpolizisten gedeckt werden kann.

Auch technisch soll weiter aufgerüstet und investiert werden. Für die bundesweite Einführung des digitalen Funks für die Polizei und die Rettungsdienste sind im Haushaltsplanentwurf des Landes Hessen für das Jahr 2009 rund 61 Millionen € nebst Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 140 Millionen € vorgesehen. In der ersten Phase ist der Digitalfunk mit rund 200 Millionen € also ein ziemlich teures Vergnügen. Aber das ist nicht alles. Es kommen dann die entsprechenden Folgekosten. Trotzdem investieren wir und erfüllen unsere vertraglich eingegangenen Verpflichtungen.

Zur Modernisierung der Ausstattung der Polizeivollzugsbeamten sollen neue Dienstpistolen angeschafft werden. Hierfür sollen Verpflichtungsermächtigungen zulasten der Haushalte der Jahre 2010 bis 2012 über insgesamt 7,5 Millionen € veranschlagt werden.

Die Förderung des Brandschutzes soll unabhängig vom Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer mit mindestens 30 Millionen € im Jahr ausgestattet werden. Dazu sind im Jahr 2009 weitere originäre Landesmittel in Höhe von 1,8 Millionen € veranschlagt.

Unsere Feuerwehreute können sich darauf verlassen, dass wir sie unterstützen. Mit diesem Beschluss werden wir sie von dem Aufkommen aus der Brandschutzsteuer unabhängig machen. Vielmehr werden sich die hessischen Feuerwehreute dann darauf verlassen können, dass ihnen im Jahr 30 Millionen € für eine bessere Ausstattung zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich denke, das ist das Mindeste, was wir für unsere ehrenamtlich tätigen Feuerwehrmänner und -frauen tun können, denen wir jeden Tag für den Dienst dankbar sein müssen, den sie für diese Gesellschaft leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Für das Polizeipräsidium Südosthessen ist eine Neubaumaßnahme mit geschätzten eigenen Baukosten in Höhe von 160 Millionen € etatisiert. Falls die Voraussetzungen dafür erfüllt sein sollten, soll das Vorhaben in Form eines Public-Private-Partnership-Projektes realisiert werden.

Ich möchte jetzt auf den Etat Arbeit, Familie und Gesundheit zu sprechen kommen. Die Familien bilden das Fundament unseres Landes, die Kinder sind seine Zukunft.

(Beifall der Abg. Axel Wintermeyer (CDU), Florian Rentsch und Heinrich Heidel (FDP))

Nur eine Politik, die den Lebensbedingungen der Familien höchste Priorität einräumt, ist nachhaltig. Dies ist die beste und gewinnbringendste Investition in die Zukunft. Für die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans für Kinder von 0 bis 10 Jahren sind im Entwurf des Haushaltsplans 2009 weitere 5,4 Millionen € veranschlagt worden. Hinzu sollen 500.000 € für die Unterstützung der betrieblichen Kinderbetreuung, 300.000 € für die Erprobung der Betreuungsgutscheine für Kinder unter drei Jahren sowie 100.000 € für eine Kampagne zur Unterstützung kinderloser Paare, und um das Thema Adoption stärker in das öffentliche Bewusstsein zu bringen, kommen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Zur Umsetzung des Schulvorbereitungsjahres sind 5 Millionen € im Entwurf des Haushaltsplans 2009 veranschlagt. Ziel ist die Implementierung eines Schulvorbereitungsjahres in verschiedenen Modellregionen.

Für Arbeitsmarktprogramme – unter anderem ist ein neues Förderprogramm zur besseren Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familie vorgesehen – sind weitere 1,1 Millionen € veranschlagt. Für die Unterstützung des freiwilligen sozialen Jahres sind 1,8 Millionen € etatisiert, mit denen den Trägern 50 € pro Monat und Platz zur Verfügung gestellt werden sollen. Diese Maßnahmen zeigen, dass das Soziale bei dieser Landesregierung hohe Priorität besitzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Lachen der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Beim Schutz der Umwelt und der Natur ist das Prinzip der Nachhaltigkeit ein fester Bestandteil unserer Politik. Ein verantwortungsvoller und schonender Einsatz der Ressourcen hinterlässt kommenden Generationen nicht nur mehr Rohstoffe, sondern auch ein saubereres Klima.

Ehrgeizige Klimaziele lassen sich nur mit einem Energiemix erreichen. Aufgrund des steigenden Energieverbrauchs stehen wir zugleich vor der Herausforderung, Energieeinsparpotenziale konsequent auszuschöpfen und die modernsten Techniken der Nutzung der regenerativen Energien weiterzuentwickeln. Damit sind viele Chancen verbunden, die es zu nutzen gilt.

Für den Ausbau des Fachzentrums Klimawandel, das Klimaforschungsprogramm „Klima E³“, das Modellvorhaben „Klima-Regio“ und für Forschungsvorhaben des

Fachzentrums Klimawandel sollen daher 2,2 Millionen € zur Verfügung gestellt werden. Zur Umsetzung der in der vergangenen Legislaturperiode begonnenen Nachhaltigkeitsstrategie werden für das Jahr 2009 Mittel in Höhe von 3 Millionen € sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 7 Millionen € veranschlagt.

Im Übrigen möchte ich noch etwas zu den Mitteln zur Förderung des Verbraucherschutzes sagen. Dort sollen rund 0,6 Millionen € zusätzlich aufgebracht werden, so dass sich der Anteil für den Verbraucherschutz auf 2 Millionen € erhöhen wird.

Ich komme jetzt auf Justiz, Integration und Europa zu sprechen. Es bleibt unser Ziel, dass die Bürgerinnen und Bürger schnellstmöglich zu ihrem Recht kommen. Vorrangige Aufgabe ist es deshalb, die Modernisierung der Justiz mit Nachdruck voranzutreiben und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern moderne Informations- und Arbeitsmöglichkeiten an die Hand zu geben. Auch ein moderner Justizvollzug, der den Zielen des Schutzes der Bevölkerung und der Resozialisierung gleichermaßen Rechnung trägt, ist wesentlicher Bestandteil unseres Rechtsstaats.

Zur Verbesserung der Bekämpfung der Wirtschafts- und Internetkriminalität werden eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität sowie eine Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität mit jeweils fünf Stellen eingerichtet werden.

Der Neubau eines Justizzentrums in Kassel zur gemeinsamen Unterbringung des Verwaltungsgerichtshofs, des Verwaltungsgerichts Kassel und des Sozialgerichts Kassel ist mit den geschätzten Kosten des Eigenbaus in Höhe von 20,8 Millionen € etatisiert. Auch hier gilt, dass wir das, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen, als Public-Private-Partnership-Projekt realisieren werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Die Erweiterung der Jugendarrestanstalt Gelnhausen/Rockenbergrum um weitere 24 Haftplätze ist mit geschätzten Gesamtkosten von 1,5 Millionen € veranschlagt worden.

Für eine wirksame Bekämpfung der Alltagskriminalität soll die Staatsanwaltschaft mit sechs Stellen personell verstärkt werden. In der weiteren Umsetzung des Hessischen Jugendstrafvollzugsgesetzes sind in der zweiten Tranche 26 Stellen vorgesehen.

Lassen Sie mich zu Ende meiner Rede noch auf die wichtigsten Reformen in der Finanzpolitik eingehen. Ich begrüße ausdrücklich die grundsätzliche Einigung in der Föderalismuskommission II über die Einführung einer Schuldenbremse. Wir haben dies mitgetragen und in der Diskussion auch durchaus mitgestaltet.

Im Falle der Einigung auf ein Verschuldungsverbot, das dann im Grundgesetz verankert würde, würden wir, wie bereits mit der Koalitionsvereinbarung angekündigt, dieses den hessischen Bürgerinnen und Bürgern in einer Volksabstimmung mit dem Ziel zur Entscheidung vorlegen, dass es zu einer Änderung der hessischen Landesverfassung kommt. Mit dem Vorschlag für eine derartig einschneidende Maßnahme wollen wir dem Ziel einer dauerhaften und nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik gerecht werden, die sich nicht am Wünschbaren, sondern am Machbaren und Verantwortbaren orientiert.

Allerdings wird dies nicht ohne spürbare Einschnitte in das Leistungsniveau unseres Landes möglich sein. Darü-

ber müssen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern im Vorfeld einer Volksabstimmung diskutieren.

Im Zusammenhang mit der Verschuldungsfrage werden wir uns für eine Reform des Länderfinanzausgleichs einsetzen, damit die besondere Belastung Hessens verringert wird. Wir können nicht zulassen, dass die hessischen Steuerzahler auf Dauer die Hauptzahler in den Länderfinanzausgleich sind.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Mit einem Maßnahmenbündel in der Haushalts- und Finanzpolitik wollen wir zu einer strikten Ausgabenbegrenzung beitragen und zugleich für mehr Transparenz sorgen. Dazu zählt, dass wir im Rahmen unserer politischen Schwerpunktsetzung zusätzliche Personalstellen in den Bereichen Bildung und innere Sicherheit schaffen, zugleich aber die Zahl der Stellen im Landshaushalt nicht erhöhen werden. Ohne die Begrenzung der Personalkostenquote nehmen wir künftigen Generationen jeglichen Spielraum für Investition in die Zukunft unseres Landes. Langfristig müssen wir genau aus diesem Grund die Personalkostenquote des Landshaushalts zurückfahren.

Das Hessische Sonderinvestitionsprogramm für Schulen und Hochschulen sowie die Konjunkturpakete I und II sind der Einstieg in eine antizyklische Investitionspolitik des Landes. Deshalb werden wir die hohe Investitionsquote der kommenden beiden Jahre beim nächsten Aufschwung deutlich reduzieren. Ohne eine strikte Begrenzung des Anstiegs der konsumtiven Ausgaben ohne Personalkosten, die weit unterhalb des langfristigen durchschnittlichen Einnahmewachstums liegen, werden wir das Ziel einer Nettoneuverschuldung von null nicht erreichen können. Deshalb werden wir den Anstieg aller sonstigen konsumtiven Ausgaben auf 0,5 % pro Jahr begrenzen.

Meine Damen und Herren, als Fazit: Der Haushaltsentwurf der Landesregierung zeigt, dass kraftvolle Antworten auf die derzeitige beispiellose Krisensituation von uns gegeben werden. Die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist nur bei Wirtschaftswachstum möglich.

Übergeordnetes Ziel ist daher die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und die Stärkung von Wachstum. Darauf müssen wir den Haushalt ausrichten. Der Staat muss sich auf die Kernaufgaben konzentrieren, um so in anderen Bereichen wieder finanzielle Spielräume zurückzugewinnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Minister, ein Hinweis zur Redezeit.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Meine Damen und Herren, für die Landesregierung steht fest: Wir nutzen diese Krise als Chance. Unser Ziel muss sein, dass Hessen gestärkt aus diesem Tal herauskommt. Dazu handeln wir wohlüberlegt, aber rasch. Deswegen legen wir Ihnen dieses Konvolut von Haushaltsvorlagen mit der Bitte vor, dass Sie diesem so zustimmen. – Ich bedanke mich.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Staatsminister Weimar, herzlichen Dank. Die Redezeit wurde fast exakt eingehalten – vielen Dank auch dafür.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Uiuuiui!)

Ich eröffne die Aussprache. Herr Schmitt hat sich für SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

(Zurufe von der CDU: Eieiei! – Horst Klee (CDU): Jetzt kommt ein Haushaltsrhetoriker!)

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat finden diese Haushaltsberatungen zu einem Zeitpunkt statt, zu dem sich die Weltwirtschaft und damit natürlich auch die Wirtschaft in Deutschland und in Hessen in einer der schwierigsten Situationen, vielleicht in der schwierigsten Wirtschaftskrise seit dem schwarzen Freitag 1929, befinden. An welcher Stelle des Tales wir uns befinden, das weiß derzeit niemand. Es gibt an einem Tag gute Nachrichten. Es gibt an einem Tag weniger gute Nachrichten. Es wird, wie es der Finanzminister gesagt hat, keiner momentan richtig solide einschätzen können, wann wir aus dieser elementaren Krise herauskommen werden.

Lassen Sie mich eines vorweg sagen: Die Große Koalition in Berlin hat mit den beiden Konjunkturpaketen entschlossenes und richtiges Verhalten gezeigt. Auch wir Sozialdemokraten haben das Konjunkturprogramm der Hessischen Landesregierung begrüßt und unterstützt. Aus unserer Sicht wurde an dieser Stelle richtig reagiert.

Aber Hessen ist im besonderen Maß gefordert. Aufgrund der Versäumnisse dieser Landesregierung – nämlich der Vorgängerregierung, der absoluten CDU-Regierung, aber auch der davor bestehenden FDP/CDU-Regierung – ist es so gekommen, dass Hessen seine Spitzenposition beim Wirtschaftswachstum längst eingebüßt hat.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Schmitt, eine Sekunde einmal. – Ich darf bitten, die Gespräche auf der Regierungsbank einzustellen. Das stört den Redner sehr. Bitte machen Sie damit Schluss.

Norbert Schmitt (SPD):

Hessen hat seine Spitzenposition beim Wirtschaftswachstum längst eingebüßt. Ich kann das gerne wiederholen. Dazu gibt mir die Störung die Gelegenheit.

(Günter Rudolph (SPD): Die Wahl tut weh!)

Die Landesregierung feiert mittlerweile schon Tabellenplätze im Mittelfeld als Erfolg. Die Arbeitslosigkeit hat sich schlechter als im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer entwickelt. Die Landesregierung muss deswegen in der Begründung zum Haushaltsgesetz eingestehen, dass das hessische BIP im laufenden Jahr noch stärker schrumpft als die bundesweit prognostizierten 2,25 %.

Sie muss eingestehen – Zitat –, „dass sich auch der hessische Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten ungünstiger entwickeln wird als der Bundesdurchschnitt“, also ein Eingeständnis der Landesregierung, dass sich Hessen schlechter als der Durchschnitt der bundesdeutschen Länder entwickelt und dass deswegen mit einem Kon-

junkturprogramm das Engagement in dieser Krise deutlich größer sein muss.

Übrigens ist zu der Frage Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit noch vor drei Monaten im Landtagswahlkampf von der Landesregierung und insbesondere von der CDU etwas ganz anderes gesagt worden – das nur zum Stichwort Wahlbetrug.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP)

– Ich habe diese Reaktion gehaut. – Hessen muss mehr als andere tun. Hessen muss jetzt mehr tun, weil die Landesregierung weder ein Konzept für den Bankenstandort Hessen noch für den Automobilstandort Hessen hatte, als die Zeiten noch besser waren.

Herr Finanzminister, das war auch schön: Sie haben angesprochen, möglicherweise komme Deutschland oder der Wirtschaftsplatz Frankfurt besser durch die Krise, weil dort deutsche Tugenden herrschten. Das erinnert mich wieder an Kochs Forderung nach besonderen Steuererleichterungen für ausländische Manager. Meine Damen und Herren, zum Glück haben wir, die SPD auf Bundesebene, das verhindert.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, aber das zeigt natürlich, welche geistige Richtung Sie einnommen hatten: Machen wir es doch den Bankmanagern in den USA oder in Großbritannien nach; das wird schon richtig sein. – Das war doch Ihre Geisteshaltung. Dazu kann man nur sagen: Wie hat er sich da geirrt. Gott sei Dank haben wir verhindert, dass sein Vorschlag nach steuerlichen Erleichterungen für ausländische Bankmanager im Bundesrat abgelehnt wurde. Ich glaube, dann würde das in Frankfurt noch schlechter aussehen, als es jetzt schon aussieht.

Die Entwicklung bei Opel hat besondere Aufmerksamkeit. Wenn wir über die Frage Wirtschaftsstandort und über Wirtschaft reden, ist Opel eine zentrale Frage. Opel ist hessische Industriegeschichte. Ich füge auch hinzu: Opel ist hessische Industrieentwicklung.

Über alle Parteigrenzen sind wir uns einig, dass wir Opel mit Bürgschaften helfen wollen und auch helfen müssen, wenn sie überhaupt notwendig sein sollten; denn die Liquidität, auch bedingt durch den Insignia, ist gar nicht so schlecht, wie man das zunächst einmal befürchtet hat. Streitig ist nur, ob eine staatliche Beteiligung im Fall der Fälle sinnvoll ist. Wir wollen dies jedenfalls nicht ausschließen. Es geht schließlich um viele Arbeitsplätze bei Opel und bei vielen Automobilzulieferern.

Es freut uns, dass es anscheinend Interessenten gibt, die bei Opel einsteigen wollen. Ich glaube, das ist in diesen Zeiten eine gute Nachricht.

(Beifall bei der SPD)

Das zeigt, dass Opel auch oder vielleicht gerade ohne GM Perspektive haben kann. Wir werden jedenfalls um Opel kämpfen. Das sind wir den betroffenen Menschen schuldig. Das sind wir auch dem Industriestandort Hessen und damit vielen Dienstleistern in der Region schuldig, die von den Anwendungsmöglichkeiten in ihrer Entwicklung in der Region profitieren.

Herr Finanzminister, dass der Bürgschaftsrahmen mit dem Haushaltsgesetz auf immerhin 1,7 Milliarden € ausgeweitet werden soll, halten wir für richtig, um möglichen Bürgschaftsanträgen von Unternehmen zur Überwin-

nung der schwierigen Lage, die die Automobilindustrie betrifft, die aber auch den Maschinen- und Anlagenbau betrifft, auch zum Teil die Bauindustrie, nachkommen zu können.

Meine Damen und Herren, das war es dann aber schon an Positivem, was man zu diesem Haushaltsgesetz und diesem Haushaltsbegleitgesetz sagen kann.

(Minister Karlheinz Weimar: Immerhin!)

– Immerhin, sagen Sie, aber jetzt kommt es dick: Mit der Vorlage dieses Haushaltsgesetzes und dieses Begleitgesetzes haben sich alle Haushaltsversprechungen von CDU und FDP als Lug und Trug erwiesen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Leider zeigt der vorgelegte Haushaltsentwurf eben auch, dass diese Wirtschaftskrise von CDU und FDP anscheinend zum Anlass genommen wird, in nie da gewesener Weise mit vollen Händen Geld auszugeben und ein Rekorddefizit von 2,5 Milliarden € herbeizuführen, das es in dieser Höhe in der Geschichte Hessens noch nie gegeben hat.

(Michael Boddenberg (CDU): Das hatten Sie vor der Krise auch in Ihrem Koalitionsvertrag stehen!)

– Herr Boddenberg, Schulden in Höhe von 2,5 Milliarden € gab es bisher in Hessen noch nie.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die höchste Neuverschuldung, die es bisher gab, lag bei knapp 2 Milliarden €. Die FDP wird sich freuen, denn sie war damals bei dem Rekord dabei, und jetzt ist sie wieder bei diesem Rekord dabei – bei diesem Verschuldungsrekord.

(Beifall bei der SPD)

Herr Finanzminister, im Jahr 2008 hatte Hessen das höchste Defizit aller Bundesländer. Meine Damen und Herren, Sie sagen immer, daran sei der Länderfinanzausgleich schuld.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Das ist aber nicht der Fall. Bayern hat sogar mehr und Baden-Württemberg hat genauso viel wie Hessen in den Länderfinanzausgleich eingezahlt – aber Baden-Württemberg hat im Jahr 2008 einen Überschuss von 1,36 Milliarden € erwirtschaftet. Damit ist der Beweis erbracht, dass kein Zusammenhang zwischen der Zahlung eines Landes in den Länderfinanzausgleich und dessen Neuverschuldung besteht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, der Finanzminister macht große Sprüche über einen Haushalt ohne Neuverschuldung nach seiner Amtszeit. Das ist bizarr: Seine Versprechungen sollen eingelöst werden, wenn er nicht mehr regiert. So ist es heute, und so war es die ganze Zeit.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, alle Versprechungen von CDU und FDP zum Haushaltsausgleich im letzten Landtagswahlkampf waren reine Wählertäuschungen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Vor der Wahl haben Sie für das Jahr 2011 einen ausgeglichene Haushalt versprochen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Lug und Trug!)

Ich zitiere:

Gerade diese Krisenzeiten müssen dazu genutzt werden, die erforderlichen Vorkehrungen dafür zu schaffen, um bei wieder einsetzender wirtschaftlicher Belebung schnell eine durchgreifende Besserung der Finanzlage des Landes zu realisieren.

Das sage nicht ich, sondern das sagt Finanzminister Weimar in einer Pressemitteilung vom 24. März 2009. Herr Finanzminister, daran gemessen ist Ihr Haushaltsentwurf ein Totalversagen der Landesregierung – selbst an Ihren eigenen Maßstäben gemessen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Sicherlich sind die Handlungsmöglichkeiten eines Finanzministers auf der Einnahmenseite beschränkt. Aber ich habe gerade auf Fehlentwicklungen in Hessen beim Wirtschaftswachstum und bei der Arbeitslosigkeit hingewiesen. Hinzu kommt die mangelnde Dynamik Hessens in vielen Bereichen, wie viele Studien und Untersuchungen gezeigt haben – ob es beim Einsatz erneuerbarer Energien oder bei der Bildungspolitik ist. Herr Kollege Milde, das wirkt sich natürlich auf die Einnahmenseite des Landes Hessen aus. Nicht ohne Grund sagt der Finanzminister, Hessen habe niedrigere Steuereinnahmen als andere Bundesländer. Herr Finanzminister, das hängt damit zusammen, auch wenn das nicht die alleinige Ursache dafür ist. Aber eine der Ursachen ist, dass wir an Dynamik verloren haben. Das sehen wir beim Wirtschaftswachstum und bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, und wir werden das leider auch bei der Höhe der Steuereinnahmen sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Innovative Energieunternehmen gehen in andere Bundesländer – nämlich dorthin, wo ihre Arbeit unterstützt und nicht, wie in Hessen, behindert wird. Das ist eines der Beispiele, die wir hier anführen können.

Wenn wir über die Einnahmenseite reden, dann müssen wir beispielsweise auch über die Wiedereinführung der Vermögensteuer reden. Dafür müssen wir kämpfen.

(Zurufe der Abg. Michael Boddenberg, Dr. Walter Arnold und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Man könnte auch bei dem in der Großen Koalition zwischen CDU und SPD noch bis heute Morgen umstrittenen Steuerfluchtgesetz eine andere Position einnehmen. Meine Damen und Herren, all das würde die Einnahmenseite verbessern.

Das alles aber will die CDU nicht. Dann aber gehört es sich für die CDU auch nicht, sich immer nur über die Einnahmenseite zu beklagen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Schmitt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Arnold?

Norbert Schmitt (SPD):

Wenn es kurz ist.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Der Arnold kann sich kurz fassen!)

Dr. Walter Arnold (CDU):

Vielen Dank, Herr Kollege Schmitt. Ich möchte nur sicherstellen, dass ich Sie eben richtig verstanden habe: Fordern Sie die Wiedereinführung der Vermögensteuer? In Berlin hat Ihre Partei doch jüngst anders entschieden. Das ist ein Widerspruch, den ich nicht verstehen kann.

Norbert Schmitt (SPD):

Sie sind ausrechenbar. Meine Damen und Herren, ich hätte eine hohe Summe darauf gewettet, dass an dieser Stelle diese Zwischenfrage kommt.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Ich will Ihnen Ihre Frage beantworten: Bei uns funktioniert die innerparteiliche Demokratie.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich bin einmal gespannt, wie am Ende die Beschlussfassung über diesen Programmentwurf aussehen wird. Ich bin sehr stolz darauf, dass beispielsweise der Kollege Poß aus Nordrhein-Westfalen gesagt hat, eigentlich müsste das mit in diesem Programm stehen. Das werden auf jeden Fall noch spannende Wochen. Wir von unserer Seite her werden auf jeden Fall dieses Thema einbringen. Wir halten die Vermögensteuer auch aus Gründen der Steuergerechtigkeit für einen richtigen Weg. Herr Kollege Dr. Arnold, nochmals danke schön also für diese Zwischenfrage.

(Michael Boddenberg (CDU): Also ist Herr Steinmeier ungerecht?)

Da wir aber gerade dabei sind und Sie auf Berlin verwiesen haben: Wir haben gerade ein Wahlprogramm „Sozial und demokratisch – Anpacken für Deutschland“ verabschiedet. Sie sollten endlich einmal für Hessen anpacken.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Mit oder ohne Vermögensteuer?)

Wir haben in unserem Wahlprogramm formuliert, dass wir in und nach dieser Wirtschaftskrise unbedingt einen solidarischen Leistungsausgleich brauchen. Denn die Bewältigung dieser Finanz- und Wirtschaftskrise verlangt unserer Gemeinschaft enorme Lasten ab. Die öffentlichen Haushalte werden zu Mehrausgaben gezwungen und haben Mindereinnahmen zu verkraften. Der Finanzminister hat das eben dargestellt.

Während die Ursachen dieser Krise in erster Linie im unverantwortlichen Handeln von Finanzmanagern liegen und die Vermögenden von diesem Fehlverhalten auch noch profitiert haben, hat die Allgemeinheit die Kosten zu tragen. Deswegen brauchen wir wenigstens einen teilweisen Ausgleich der Lasten, einen solidarischen Lastenausgleich. Dazu gehört – und das finde ich in diesem Programmentwurf sehr gut formuliert – beispielsweise eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, auch um damit Bildungsinvestitionen zu finanzieren. Deswegen brauchen wir auch die Börsenumsatzsteuer. Ich weiß, da kommt gleich der Zwischenruf: „Ist das nicht gefährlich?“ – Wir können uns da an der britischen Stempelsteuer orientieren.

(Widerspruch des Abg. Leif Blum (FDP))

Die ist dort schon seit sehr vielen Jahrzehnten eingeführt.

Ich finde, die CDU sollte endlich einmal ihren Widerstand dagegen aufgeben, dass wir die Steuerhinterziehung richtig bekämpfen und Steuerschlupflöcher schließen. Deswegen steht als Nächstes die Frage an, die bis heute Morgen zwischen CDU und SPD auf Bundesebene strittig debattiert worden ist. Übrigens: Welche Haltung nimmt die Hessische Landesregierung dazu ein, ob wir es zulassen, dass sich weiterhin Länder als Steueroasen darstellen und ihren Informationspflichten nicht nachkommen, und ob dann, wenn das geschieht, nicht bestimmte Sanktionen für Steuerpflichtige eingeführt werden, die dort Geld angelegt haben? Wir müssen es herbeiführen, dass in solchen Fällen geeignete Sanktionen gegen Steuerpflichtige verhängt werden. Ich glaube, auf diese Weise werden wir das sehr erhebliche Steuerausfallvolumen, das durch diese Steueroasen entsteht, eindämmen können.

Meine Damen und Herren, befassen wir uns nun aber näher mit der Ausgabenseite. Die kann sicherlich stärker als die Einnahmenseite von der Landesregierung bestimmt werden. Das dürfte unstrittig sein – auch wenn es, wie gesagt, Möglichkeiten gibt, die Einnahmenseite zu verbessern.

Schauen wir uns den zur Beratung vorliegenden Haushaltsentwurf an. Die Ausgaben steigen, und zwar nach – das ist mir wichtig – Abzug von LFA und KFA. Nach der Bereinigung um diese Posten steigen die Ausgaben um rund 1 Milliarde €. Von einem zum anderen Jahr gibt es eine Steigerung um 1 Milliarde €, exakt um 1,064 Milliarden €, also eine Ausgabensteigerung um 7,1 %.

Konjunkturbedingt sind aber von diesen Mehrausgaben nur die Ausgaben für Investitionen, die getroffen werden – Herr Finanzminister, das ist eine andere Darstellung als die, die Sie eben gegeben haben –, in Höhe von 450 Millionen €. Die übrigen Mehrausgaben sind hausgemacht; sie sind politische Entscheidungen, über die man streiten kann und muss.

Herr Finanzminister, wenn Sie von antizyklischer Finanzpolitik sprechen, kann man sagen: Natürlich ist es auch aus unserer Sicht falsch, Einnahmeverluste hinterherzusparen – Stichwort: automatische Stabilisatoren wirken lassen. Es wäre jetzt sicherlich falsch, den Steuerausfällen hinterherzusparen zu wollen. Aber bei den Ausgaben noch einmal draufzusatteln, über die Investitionen hinaus, meine Damen und Herren, das hat mit antizyklischer Finanzpolitik nichts zu tun. Das hat etwas mit zügelloser Finanzpolitik zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Unser Gefühl ist, dass die Wirtschaftskrise zum willkommenen Anlass genommen wird, um bei den Ausgaben einmal richtig auf die Sahne zu hauen. Die Begründung Ihres Haushaltsgesetzes ist eine Aneinanderreihung von Ausreden, warum Sparen nicht möglich sei. Von sinnvollem Sparen ist nirgendwo die Rede. Ihr Credo heißt – und so ist dann auch in der Begründung die Überschrift zu Teil 2 c gehalten –: „Einsparungen weder geeignet noch möglich“.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Meine Damen und Herren, „Einsparungen weder geeignet noch möglich“ – wenn ein Finanzminister das als Linie ausgibt, braucht man sich in der Tat nicht zu wundern, dass dies auch der Finanzminister ist, der im Jahre 2008 das Rekorddefizit aller Bundesländer zu verantworten hatte,

und dass dies auch der Finanzminister ist, der das Rekorddefizit in Höhe von 2,5 Milliarden € zu verantworten hat, das höchste Defizit, das es je in der Geschichte Hessens gegeben hat.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Kollege Milde, der Vorwurf „windig, sprunghaft und wirr“, den die „FAZ“ vor einigen Jahren mal gegenüber Herrn Weimar gemacht hat, ist fast noch verniedlichend, denn es ist doch noch viel schlimmer. Dieser Minister und die gesamte Landesregierung sind ohne Ehrgeiz, Einsparungen vorzunehmen. So etwas kann dann auch nur schlimm enden. Ich bitte die Kollegen von den Regierungsfractionen wirklich darum, einmal in den Finanzplan hineinzuschauen, denn vielleicht gehen ihnen dann die Augen auf. Der Finanzplan für die Jahre 2008 bis 2012 zeigt eindrucksvoll, wie schlimm alles enden wird. Das sind Ihre eigenen Zahlen. Dort wird die Katze nämlich in mehrererlei Hinsicht aus dem Sack gelassen.

Erstens. Ministerpräsident Koch wird bis zum Ende dieser Legislaturperiode die Hälfte aller Schulden Hessens verantworten. Ministerpräsident Koch wird für die Hälfte aller Schulden Hessens verantwortlich sein. Auf Seite 49 des Finanzplans heißt es – Sie können es gerne nachlesen –, dass sich die Kreditmarktschulden Hessens im Jahr 2012 auf rund 40 Milliarden € erhöhen werden. Es handelt sich um 40 Milliarden € im Jahre 2012, also bis zum Ende der Legislaturperiode.

(Günter Rudolph (SPD): Hört, hört!)

Zur Erinnerung: Als Roland Koch die Regierungsgeschäfte übernahm, gab es einen Schuldenstand von rund 22 Milliarden €. Das war auch noch zu hoch, aber es waren immerhin 18 Milliarden € weniger, also fast die Hälfte weniger als jetzt.

Herr Ministerpräsident Koch, Sie haben dann innerhalb von 13 Jahren 18 Milliarden € mehr Schulden gemacht. Das hat auch Auswirkungen. Herr Koch hat während seiner Amtszeit jeden hessischen Bürger mit rund 3.000 € Schulden mehr belastet. Wenn Sie es exakt wissen wollen: 2.964 €. Eine vierköpfige Familie muss für die Ausgaben von Herrn Koch und Herrn Weimar, die FDP war ja auch manchmal dabei, mit rund 12.000 € geradestehen; denn irgendwann müssen die Schulden getilgt werden, und das ist nur der Zuwachs an Schulden während der Amtszeit von Ministerpräsident Koch.

Zweitens, und das ist ein sehr entscheidender Punkt. In diesem Finanzplan wird auch an anderer Stelle die Katze aus dem Sack gelassen. Die Kommunen werden nämlich beraubt. Meine Damen und Herren, Sie sollten dies nachlesen. Auf Seite 45 wird dargestellt, dass die Kommunen ab dem Jahr 2011 über den KFA jährlich 400 Millionen € weniger erhalten werden. Das plant diese Landesregierung, und dann macht sie noch Sprüche, dass sie der Partner der Kommunen sei. Sie sind nicht der Partner der Kommunen, sondern Sie rauben sie gerade aus.

(Beifall bei der SPD – Günter Rudolph (SPD): Erstaunlich!)

Meine Damen und Herren, Sie wollen den Kommunen 12 % weniger an Mitteln zur Verfügung stellen, als es nach der derzeitigen Gesetzeslage der Fall ist. So hat eine Landesregierung die Kommunen in Hessen noch nie abkassiert. Ich glaube, nun wird auch klar – wir haben es immer befürchtet; und vor der Landtagswahl haben Sie dazu auch immer etwas anderes gesagt –, dass die Kommunen

jetzt für die hemmungslose Politik der Landesregierung bezahlen müssen.

Das trifft nicht nur kommunale Investitionen, sondern auch viele kommunale Initiativen. Vieles, was auf der kommunalen Ebene an Dingen erledigt werden muss, was wichtig und sinnvoll ist, ist dann nicht mehr möglich. 12 % weniger – und bei den Schlüsselzuweisungen wird es am Ende noch mehr sein – werden die hessischen Kommunen niemals verkraften können, meine Damen und Herren. Aber das haben Sie vor; und das wird jetzt endlich mit dem Finanzplan dokumentiert.

Wenn ich in Ihre Gesichter schaue, stelle ich fest: Ich glaube, das haben Sie bei der CDU und der FDP selbst noch gar nicht realisiert. Sie sollten wirklich einmal hineinschauen und sich fragen, was die Landesregierung da konkret vorhat.

(Zuruf von der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nicht aufgepasst!)

Nun zum dritten Punkt, wo die Katze aus dem Sack gelassen wird. Die versprochene Reduzierung der Ausgaben wird nämlich nicht erfüllt. Die Ausgaben sollen – ich bleibe bei dem Finanzplan – von rund 15 Milliarden € im Jahr 2008, also dem vergangenen Jahr, auf 16,2 Milliarden € im Jahr 2012, dem Ende des Finanzplans, steigen. Das ist ein Anstieg um 1,2 Milliarden €. Das ist eine Steigerung um 8 % innerhalb von vier Jahren.

Im Finanzplanungsrat wurde einmal vereinbart, dass die Ausgaben nur um 1 % jährlich steigen sollen. Der Finanzminister sagt, es müsse gespart werden; und die Haushaltsplanungen trügen dem Rechnung. Hierzu kann man nur sagen: Es darf gelacht werden. Wenn Sie den Finanzplan sehen und ihn mit der Aussage des Finanzministers, es müsse jetzt nach der Krise gespart werden, vergleichen, kann man nur sagen: Das ist einfach falsch.

Wie dem Finanzminister die Ausgaben davonlaufen, sieht man an den Festlegungen des Finanzplans. Im September 2007, also vor der Landtagswahl 2008 und vor rund 18 Monaten, hat die Landesregierung für dieses Jahr Ausgaben von genau 15 Milliarden € vorgesehen. Im Haushaltsplan ist nun genau 1 Milliarde € mehr vorgesehen. Jetzt sagt die Landesregierung dazu natürlich, das sei konjunkturbedingt. Das stimmt nicht, weil nur etwa 450 Millionen € dieser Mehrausgaben tatsächlich Investitionen und damit konjunkturbedingt sind.

Wenn diese Argumentationen sogar stimmen würden und alle diese Mehrausgaben konjunkturbedingt wären, dann müsste die Ausgabenseite nach den zu erwartenden Krisenjahren 2009 und 2010 im Jahr 2011 – 2011, da war doch etwas, das Versprechen eines ausgeglichenen Haushalts – wieder ins Lot kommen und müsste dem alten Finanzplan einigermaßen entsprechen. Es kann sein, dass wir in den Jahren 2009 und 2010 konjunkturbedingte Mehrausgaben haben. Aber im Jahre 2011 müsste man doch im Finanzplan sozusagen wieder an den Normalzustand herankommen.

Machen wir den Vergleich. Der Finanzplan für die Jahre 2007 bis 2011 sieht für das Jahr 2011 15,2 Milliarden € bereinigte Ausgaben vor – alles nach den Ausgaben für den Länderfinanzausgleich und den Kommunalen Finanzausgleich. Der nun vorgelegte Finanzplan geht aber für das Jahr 2011 von Ausgaben in Höhe von 16,35 Milliarden € aus, also anders, als man es noch vor 18 Monaten festgelegt hat, wiederum von Mehrausgaben in Höhe von

1,15 Milliarden €, für einen Zeitpunkt – das ist mir wichtig – nach der Krise.

All das macht doch deutlich, dass die Landesregierung auch nach der Krise nicht weniger, sondern noch mehr Ausgaben plant, als es die alte Landesregierung schon vorhatte. Geplant ist also eine Ausgabensteigerung um rund 8 %. Bei 8 % innerhalb von vier Jahren kann man nur sagen: alle Achtung.

Herr Finanzminister, dann sagen Sie noch: Ja, die konsumtiven Ausgaben sollen nur um 0,5 % pro Jahr steigen. – So heißt es auch in der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP.

Auch Herr Koch hat dies in seiner Regierungserklärung am 18. Februar angekündigt. Wörtlich sagte er: „Deshalb haben wir verabredet, den Anstieg aller sonstigen konsumtiven Ausgaben auf 0,5 % pro Jahr zu begrenzen.“ So Ministerpräsident Koch.

Der Finanzplan straft diese Aussagen Lügen. Der Haushaltsplan übrigens auch. Dazu komme ich gleich noch einmal. – Der Finanzplan straft diese Aussagen Lügen. Im Finanzplan ist auf Seite 54 ein Anstieg der sächlichen Verwaltungsausgaben um 3,9 %, also um etwa 1 % pro Jahr, vorgesehen, das Doppelte an Ausgaben, das Sie selbst noch in der Koalitionsvereinbarung festgehalten haben. Meine Damen und Herren, die Halbwertszeit der eigenen Vereinbarungen, die fünf Jahre halten sollen, beträgt nicht einmal mehr drei Monate. Ich glaube, das macht vieles deutlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Finanzminister, im Jahre 2009 sollen die sächlichen Verwaltungsausgaben um 6,6 % steigen. Das habe ich ausgerechnet. Sie behaupten, um 6,1 %. Aber darauf kommt es nicht an. Auf jeden Fall sollen sie um ca. 6 % steigen. Was sagt die FDP dazu? Es war doch Ihre Formulierung,

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

die Sie in die Koalitionsvereinbarung „hineinformuliert“ haben, dass der Anstieg der sächlichen Verwaltungsausgaben gebremst werden soll: 0,5 % pro Jahr.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

In diesem Haushaltsplan, drei Monate nachdem Sie diese Koalitionsvereinbarung geschlossen haben, werden 6,6 % draufgehauen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Viertens. Die versprochene Reduzierung der Nettoneuverschuldung auf null im Jahre 2011 erweist sich als schlichter Wahlbetrug. Die Landesregierung geht für das Jahr 2011 von einer Nettoneuverschuldung – so der Finanzplan – von 1,65 Milliarden € aus. Herr Finanzminister, das ist das Jahr nach der Krise, wenn wir davon ausgehen, dass die Krise auch noch in das Jahr 2010 hineinläuft. 1,65 Milliarden € Nettoneuverschuldung in dem Jahr, für das angekündigt worden ist: null Verschuldung.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Die Krise hört nicht von heute auf morgen auf!)

Meine Damen und Herren, das ist auch ganz interessant: Selbst mit der Ankündigung für 2011 wird die Verfassungsgrenze gerissen. Die Investitionen sind so heruntergefahren, dass die Verfassungsgrenze im Jahre 2011 nicht

eingehalten werden kann. Da besteht also erheblicher Handlungsbedarf.

Meine Damen und Herren, selbst 2012 – laut Finanzplan – wird noch von einer Nettokreditaufnahme von 950 Millionen € ausgegangen. Es ist sehr fraglich, ob damit überhaupt die Verfassungsgrenze eingehalten werden kann. Ich schätze, dass die Investitionen, die angerechnet werden können, etwa bei dieser Summe liegen.

Aber das funktioniert alles nur, wenn Sie den Kommunen mit 400 Millionen € in die Tasche greifen, was wir versuchen werden zu verhindern. Wenn Sie das nicht durchsetzen werden, ist eines klar: Dann haben Sie 2011 eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 2 Milliarden € und 2012 eine Nettoneuverschuldung von 1,3 bis 1,4 Milliarden €. Dann reißen Sie auch in diesen Jahren die Verfassungsgrenze. Meine Damen und Herren, was Sie hier als Finanzplan vorlegen, ist der dokumentierte beabsichtigte Verfassungsbruch des Landes Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Leif, die FDP hat auf Seite 65 ihres Wahlprogramms

(Leif Blum (FDP): Wortklauber!)

– das ist jetzt live – am 13. September 2008, man kann also sagen, vor wenigen Wochen, formuliert:

Politisches Ziel ist es, die Nettoneuverschuldung durch das Land spätestens ab dem Jahre 2011 – bei entsprechenden Steuereinnahmen bereits eher – dauerhaft einzustellen.

Die CDU hat in ihrem Wahlprogramm formuliert:

Wir stehen für eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik und bleiben bei dem politischen Ziel, Anfang des nächsten Jahrzehnts einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorzulegen.

Das steht auf Seite 12 Ihres Wahlprogramms.

(Leif Blum (FDP): Ihr habt nicht einmal das Ziel!)

– Das ist der Unterschied. Sie verkünden Ziele, von denen Sie genau wissen, dass Sie sie nicht einhalten können, um die Wähler irre zu machen, und wir haben die Wahrheit gesagt. Herr Leif, das ist in der Tat der Unterschied.

(Beifall bei der SPD – Peter Beuth (CDU): Sie haben nicht ein einziges Mal die Wahrheit gesagt! Unsinn! – Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Herr Leif, lassen wir doch einmal Ihren Haushaltsexperten, Herrn Krüger, sprechen.

(Unruhe)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Schmitt, nur ein kurzer Hinweis: Der Kollege Leif heißt Blum.

Norbert Schmitt (SPD):

Leif Blum. Der Kollege Leif Blum. Jetzt hat er ein Blümchen verdient.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Leif Blum, okay. – Aber ich wollte den Kollegen Krüger zitieren, weder Leif noch Blum. Herr Krüger hat am 07.10.2008 in einer Pressemitteilung erklärt:

„Das Ziel des Finanzministers, trotz der aktuellen internationalen Bankenkrise und der derzeitigen Steuerentwicklung am Ziel des ausgeglichenen Haushalts ohne Nettoneuverschuldung bis 2011 festzuhalten“, ist notwendig und richtig. – Das war eine Pressemitteilung von Ihnen vom 7. Oktober 2008.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Dort wurde sogar konkret auf die Wirtschaftskrise Bezug genommen, und trotzdem ist gesagt worden: Jawohl, wir wissen, dass es schwierig ist. Trotzdem kriegen wir das mit der Nettoneuverschuldung bis 2011 hin. – Das war Ihre Aussage. Deswegen sage ich Ihnen, insbesondere den Kollegen von der FDP: Diesen zentralen Wortbruch, was Ihre finanzpolitischen Aussagen betrifft, werden wir nicht hinnehmen.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Dann komme ich zum Koalitionsvertrag von CDU und FDP. Die Festlegungen im Koalitionsvertrag lassen viele Unklarheiten und Mängel im Detail erkennen und werden schon nach wenigen Wochen mit dem Haushaltsentwurf 2009 und dem Finanzplan Lügen gestraft. Wie und wo die Personalstellen eingespart werden sollen, um die Stellenzuwächse im Bildungs- und im Innenbereich aufzufangen, bleibt unklar. Nicht einmal das Instrument dafür wurde benannt. In diesem Haushalt, also im Haushalt 2009, hat die Koalition diese Ankündigung jedenfalls gleich nicht erfüllt. Auch hier gilt: Die Halbwertszeit Ihrer Vereinbarung beträgt anscheinend nicht einmal zwei Monate.

Auch mit der Formulierung, dass die Investitionsquote nach dem Konjunkturprogramm antizyklisch reduziert werden soll, wird die Ankündigung eines rapiden Abbaus bei den Investitionen vorbereitet. Meine Damen und Herren, insbesondere auf der kommunalen Seite sind eigentlich Investitionen in massiver Höhe nötig. Wir haben in Deutschland das Problem, dass, wenn man Deutschland im westeuropäischen Vergleich sieht, die Investitionen der öffentlichen Haushalte insgesamt viel geringer sind als in den Nachbarländern.

(Günter Rudolph (SPD): Das stimmt!)

Insbesondere auf der kommunalen Seite sind die Investitionen in den letzten Jahren zurückgegangen. Wenn Sie den Kommunen dann noch 400 Millionen € wegnehmen,

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

wenn Sie selbst Ihre Investitionen zurückfahren wollen, werden wir ein massives Problem bekommen. Meine Damen und Herren, Sie bereiten damit die nächste Krise vor. Sie bekämpfen sie nicht. Sie bereiten mit der Ankündigung, die Investitionen zurückzufahren, die nächste Krise vor.

(Beifall bei der SPD)

Ich bleibe bei Ihrer Koalitionsvereinbarung. Die Ankündigung, den Kommunen einen Teil der Gewerbesteuerentnahmen zu entziehen, ist ein massiver und verfassungswidriger Eingriff. Herr Kollege Milde hat diesen Teil der Vereinbarung zu Recht öffentlich infrage gestellt und rechtliche Bedenken geäußert. Damit wird nämlich auch die Aussage in Ihrem eigenen Koalitionsvertrag, dass es bei dem kommunalen Anteil am Steuereinkommen von 23 % bleiben soll, konterkariert und die Öffentlichkeit in die Irre geführt. Herr Finanzminister, ich würde gerne wissen, ob Ihre Ankündigung, den Kommunen im Jahre

2011 400 Millionen € wegzunehmen, schon mit der kommunalen Seite erörtert worden ist und ob diese Ankündigung, wie sie im Finanzplan gemacht worden ist, auch schon einmal besprochen worden ist. Ich vermute: Nein.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Stichwort: Kommunalen Finanzausgleich, ein Blick in Ihre Koalitionsvereinbarung. Auch da haben Sie nach wenigen Tagen Ihren eigenen Koalitionsvertrag gebrochen. In dem Vertrag heißt es:

Darüber hinaus wollen wir zur Stärkung der kommunalen Autonomie den Anteil der „Allgemeinen Finanzausweisungen“ (nicht an landespolitische Vorgaben gebunden) weiter vergrößern.

Seite 83, Sie lesen mit.

(Leif Blum (FDP): Das tun wir doch!)

– Nein, Herr Kollege. – Was tun Sie denn heute mit dem zur Beratung vorgelegten Finanzausgleichsgesetz mit den allgemeinen Finanzausweisungen? Sie kürzen die Schlüsselzuweisungen um 54,6 Millionen €, tun also genau das Gegenteil dessen, was Sie noch in der Koalitionsvereinbarung festgelegt haben. Das ist doch mehr als peinlich für Sie. Vor wenigen Wochen haben Sie in der Koalitionsvereinbarung festgelegt: „Wir werden die allgemeinen Finanzausweisungen beim KFA nicht kürzen“, und wenige Wochen später legen Sie einen Haushalt vor, der 54,6 Millionen € weniger allgemeine Finanzausweisungen enthält. Das ist die Halbwertszeit Ihrer eigenen Vereinbarung. Ist Ihnen das wenigstens ein Stückchen peinlich? Mir wäre es in der Tat peinlich, eine solche Koalitionsvereinbarung unterschrieben zu haben.

(Beifall bei der SPD – Günter Rudolph (SPD): Denen ist nichts peinlich! – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Interessant ist auch die Formulierung in Punkt 7 des Finanzteils Ihrer Koalitionsvereinbarung – das zeigt, wie wenig Sie den Haushalt in den Griff kriegen –, wo es heißt:

Um die schwierige Haushaltssituation bewältigen zu können, werden wir eine Bewertung der Landesausgaben im Vergleich zu den Ausgaben anderer Länder anfertigen.

(Günter Rudolph (SPD): Ist das eine Drohung?)

Mit Verlaub, weil der Finanzminister anscheinend nicht in der Lage ist, seine Arbeit zu machen, wird die Regierung – ich zitiere –

... in enger Zusammenarbeit mit den Koalitionsfraktionen eine Regierungskommission Haushaltsstruktur einsetzen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Goldig!)

– Wie goldig. – So sieht das entschlossene Handeln dieser Landesregierung aus: Es wird eine Regierungskommission eingesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Aber gut, angesichts des bundesweiten Rekorddefizits 2008 und des Negativrekords 2009 wird der Finanzminister in einer Pressekonferenz doch nachdenklich. „Ja, wir müssen sparen“, sagt er. „Nein, aber jetzt nicht; jetzt ist erst einmal angesagt, Geld auszugeben; nach der Krise müssen wir sparen. Dann wollen wir auch einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.“ Frage: Also nach der Krise 2009/2010 möglicherweise 2011 einen ausgeglichenen

Haushalt? „Nein, geht nicht.“ Dann 2012? „Nein, 2012 nicht.“ 2013? „Nein.“ 2014? „Nein.“

(Günter Rudolph (SPD): Wann denn?)

2015 – das ist die Lösung. So wird der Minister zitiert nach der „Rhein-Main-Presse“ vom 30. März dieses Jahres:

Durch die zurückgehenden Steuereinnahmen rechnet Weimar erst 2015 mit einem ausgeglichenen Haushalt ...

Also nicht mehr in dieser Legislaturperiode, sondern zu einem Zeitpunkt, wenn diese Landesregierung längst nicht mehr im Amt ist.

(Beifall bei der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Die Hoffnung stirbt zuletzt! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das ist typisch für diese Landesregierung und für die an ihr beteiligten Parteien und Fraktionen. Vor den Wahlen wurden von CDU und FDP immer ausgeglichene Haushalte angekündigt. Das war vor der Landtagswahl 1999 so, das war vor der Landtagswahl 2003 so, das war vor der Landtagswahl 2008 so, und das war vor der Landtagswahl 2009 so. Herausgekommen sind Defizite und Schuldenrekorde. So war es am Ende.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Herr Weimar, Sie haben ja recht, wenn Sie einen ausgeglichenen Haushalt unter Ihrer Amtsführung nicht mehr für machbar halten. Von dieser Landesregierung ist eine wirkliche Konsolidierung des katastrophalen hessischen Landeshaushalts nicht zu erwarten.

Typisch ist Ihr Interview in der „FAZ“ vom 30. März dieses Jahres. Dort verweisen Sie auf die Haushaltssperre von 2008, die 100 Millionen € gebracht hat, und sagen:

Hätte ich stattdessen eine Kürzungsliste über diese Summe präsentiert, wäre eine Revolution ausgebrochen.

Herr Finanzminister, wenn Sie sich schon scheuen, als Finanzminister eine Kürzungsliste gegenüber Ihren Kabinettskollegen vorzulegen, dann, mit Verlaub, haben Sie Ihren Job wirklich verfehlt.

(Beifall bei der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Er hat doch 600 Millionen € eingespart!)

Da kann man wirklich nur sagen: zwar nicht amtsmüde, aber zu müde im Amt, Herr Kollege Weimar. Anders kann man das nicht sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie werden viele, viele Kürzungslisten um viele, viele Hunderte Millionen € vorlegen müssen. Denn strukturell ist dieser Haushalt mit einem Defizit zwischen 1,2 und 2 Milliarden € belastet. Das ist das strukturelle Defizit, über das wir reden. Da sind 100 Millionen €, wozu Sie sich scheuen eine Kürzungsliste vorzulegen, lächerlich. Herr Finanzminister, mit so einer Einstellung kann man keine Finanzpolitik in Hessen machen. Genau das hat zu Rekordverschuldung, zu Rekorddefiziten geführt. Die Ursache dafür ist, dass es keine Mentalität des Finanzministers gibt, sich auch wirklich einmal mit Kabinettskollegen anlegen zu wollen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nicht einmal die symbolischen Ausgaben eingedämmt. Die Verfügungsmittel der Ministerien steigen um 6,5 %.

(Petra Fuhrmann (SPD): Unglaublich!)

Ironisch gesagt: Das ist Konjunkturförderung, das ist wichtig für die Konjunktur. – Die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit steigen wieder um 5,2 %. Ich muss sagen, die sozialen Initiativen in diesem Land wären über einen Anstieg ihrer Mittel von 5 % oder sogar von 6,5 % glücklich, sie hätten sich darüber gefreut. Ihre Mittel werden eingefroren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Petra Fuhrmann (SPD): Wirklich!)

Bei der Dorferneuerung und Regionalförderung werden die Mittel reduziert. Für die Ausbildungsprogramme für Benachteiligte stehen weniger Mittel bereit. Im Bereich der erneuerbaren Energien ist keine Kehrtwende festzustellen, die erforderlich ist, um Hessen vom Tabellenende endlich nach vorn zu führen. Wir hätten uns alle gefreut, wenn es dort Zuwächse von 5 % gegeben hätte. Die gibt es nicht.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung soll verstärkt werden, dafür soll es mehr Geld geben. Da kann man nur als Prinzip festhalten: Je schlechter das Produkt, umso besser muss die Werbung sein. – Das ist Ihre Einstellung, das kommt da wieder einmal zum Ausdruck.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Weil Sie zu einer soliden Finanzpolitik nicht fähig sind, werden ab 2011 die Kommunen Opfer Ihrer unsoliden Politik. Die hessischen Steuerzahler und künftige Generationen werden für Ihre unsoziale Politik bluten müssen. Das macht der Finanzplan völlig deutlich.

Meine Damen und Herren, das ist keine gute Perspektive für dieses Land. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Menschen in Hessen, die sehr strebsam sind, hervorragend wirtschaften, sehr engagiert sind, haben in der Tat eine bessere Finanzpolitik verdient, als Sie sie derzeit bieten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Schmitt. – Das Wort hat Herr Kollege Leif Blum, FDP-Fraktion.

Leif Blum (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es noch irgendeinen Zweifel daran gegeben hätte,

(Günter Rudolph (SPD): Oh!)

mit welchem Ausmaß die Finanz- und Wirtschaftskrise auch unser Bundesland treffen wird, wenn es noch eines Nachweises bedurft hätte, unter welchen schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren in Hessen Politik gestaltet werden muss – dieser Haushaltsentwurf und die Debatte heute Nachmittag geben darauf eine profunde Antwort.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir erleben tagtäglich, in welchem schwierigem Umfeld sich die hessische Wirtschaft in diesen Tagen und Monaten befindet. Hessen als Automobil- und Automobilzuliefererstandort, Hessen als Finanzplatz Nummer eins in der

Bundesrepublik Deutschland leidet in besonderem Maße unter den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Wenn selbst gesunde Unternehmen von im Regelfall antizyklischen Industrien, wie beispielsweise Merck in Darmstadt, Kurzarbeit anmelden müssen, dann verdeutlicht dies erst recht, wie schwierig die Zeiten sind, in denen hier und jetzt agiert wird.

Die Folge – auch das wird aus diesem Haushaltsplanentwurf der Landesregierung deutlich – ist ein dramatischer Rückgang bei den Steuereinnahmen, ist ein dramatischer Einbruch auf der Einnahmenseite, der sinnvollerweise durch keine Sparbemühung, egal wie sehr wir uns anstrengen würden, kompensiert werden kann.

Wenn gleichzeitig – der Herr Finanzminister hat es schon anklingen lassen – trotzdem die Belastung Hessens mit seinem Solidarbeitrag im Länderfinanzausgleich immer noch bei 2,45 Milliarden € liegt, wenn wir also die gesamte Nettoneuverschuldung dieses Haushaltsjahrs dafür aufwenden müssen, an andere Länder über den Länderfinanzausgleich Zahlungen zu leisten, dann stimmt etwas nicht mit diesem System, und die Landesregierung tut gut daran, dass sie sich in Berlin weiterhin dafür einsetzt, dass dieses System zugunsten der leistungsstarken Länder wie Hessen verändert wird.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Aber trotz oder vielleicht gerade wegen dieser schwierigen Rahmenbedingungen muss sich Politik jetzt beweisen. Wir alle sind gemeinsam gefordert – das dürfen die Menschen in Hessen zu Recht von uns erwarten –, dass wir alles dafür tun, die Folgen dieser Wirtschaftskrise möglichst abzumildern und ihnen möglichst entgegenzusteuern. Wir alle sind gefordert, uns jetzt angemessen und besonnen einerseits, aber auch tatkräftig und entschlossen dieser Krise und ihren Folgen in unserem Land entgegenzustellen. Wir sind fest davon überzeugt, dass die Landesregierung mit diesem Haushaltsentwurf auf dem richtigen Weg ist. Deswegen hat sie unsere volle Unterstützung.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, anders als viele andere Bundesländer verlässt sich die Hessische Landesregierung nicht alleine auf die konjunkturbelebenden Maßnahmen und konjunkturellen Hilfen des Bundes, sondern wir lassen keine Anstrengung unversucht, auch mit eigenen Mitteln, und zwar in nennenswerter Größenordnung, zur Konjunkturbelebungs-, zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise in Hessen beizutragen. Insgesamt 2,6 Milliarden € werden in diesem und im nächsten Jahr in die hessische Volkswirtschaft fließen, werden in Investitionen in Hessen fließen. Mit der komplementären Lockerung und Änderung der Vergaberichtlinien haben wir auch die Grundlage dafür geschaffen, dass dieses Geld möglichst in die regionalen, in die lokalen Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten fließt, damit das Handwerk und der Mittelstand vor Ort von unserem Programm profitieren – und daran tun wir gut.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

An dieser Stelle gilt es ganz offen zu argumentieren und zu bekennen. Lieber Kollege Schmitt, Sie hätten die Koalitionsvereinbarung vielleicht richtig lesen sollen, wenn Sie sich schon die Mühe gemacht haben. Denn wir haben es schon ganz offen in der Präambel unserer Vereinbarung bekannt: Die Bekämpfung der Folgen der Wirtschaftskrise, die enormen Belastungen, die wir als öffentliche Hand jetzt auf uns nehmen, damit in Hessen auch in

Zukunft Arbeitsplätze sicher sind und sicher bleiben, sind nicht zum Nulltarif zu haben. Es ist richtig, dieser Haushalt weist die größte Nettoneuverschuldung in der Geschichte dieses Landes aus. Aber wir investieren in diesem Jahr auch die höchste Summe, die in der Geschichte dieses Landes jemals investiert worden ist, weil wir glauben, dass es richtig ist, jetzt und hier und heute diesen Weg zu gehen und mit Investitionen dafür zu sorgen, dass die Menschen auch in Zukunft in Hessen sichere Arbeitsplätze haben.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Dieser Weg ist nach unserer Auffassung derzeit ohne Alternative. So schwierig er ist, er ist es wert, und er muss gegangen werden. Deswegen können auch wir durchaus selbstbewusst, und ohne von unseren grundsätzlichen Zielen einer nachhaltigen und soliden Finanzpolitik abrücken zu müssen, diesen Weg mitbeschreiten.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Denn es ist nachhaltige Finanzpolitik, in Zeiten der Krise die Investitionen – –

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kollege Frömmrich, ich sage nachher noch etwas zur Polizei. Heben Sie Ihre Zwischenrufe vielleicht für diesen Zeitpunkt auf.

Es ist richtig, dass wir jetzt im Zuge antizyklischen Investitionsverhaltens die Investitionsrate der öffentlichen Hand so massiv nach oben fahren, wie wir das in diesem Haushalt und mit Sicherheit auch im nächsten Haushalt für das Jahr 2010 tun werden. Es ist keine Frage, dass genau das das richtige Rezept zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diesem Ziel – das sage ich auch für meine Fraktion, die FDP-Fraktion, ganz deutlich – müssen sich im Moment alle anderen Ziele unterordnen. Es muss oberste Priorität unserer Politik gemeinsam mit der Hessischen Landesregierung sein, dass wir in dieser Zeit möglichst viele Unternehmen, möglichst viele Arbeitsplätze in Hessen sichern und dass wir alles dafür tun, auch um den Preis einer Nettoneuverschuldung in der Höhe, über die wir im Moment reden, dass diese Arbeitsplätze sicher sind, sicher bleiben und dass die hessischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch die hessischen Unternehmen gut und möglichst schadlos durch diese Krise kommen. Genau dem dient diese Nettoneuverschuldung, und deswegen ist sie vertretbar.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir investieren dabei in wichtige Bereiche. Wir geben gemeinsam mit unseren Partnern in den Kommunen, gemeinsam mit der kommunalen Familie Geld in Bereichen aus, die für die Zukunft dieses Landes essenziell sind. Wir investieren 1,2 Milliarden € in Bildung, in Schulinfrastruktur, in bauliche Maßnahmen in den Schulen der öffentlichen, aber auch der freien Träger, weil wir wissen, dass Bildung die Zukunftschance unseres Landes ist, weil wir wissen, dass gute Bildung gute Rahmenbedingungen braucht. Die machen sich eben auch an Gebäuden, an Schulen und an der Ausstattung dieser Schulen fest. Deswegen geben wir so viel Geld in einer Summe in die hes-

sischen Schulen wie zu keiner Zeit zuvor. Das ist richtig und wichtig.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir investieren darüber hinaus zusätzliche 500 Millionen € in die hessischen Hochschulen, weil auch der Hochschul- und Forschungsstandort Hessen ein wichtiger Baustein für die wirtschaftliche Zukunft dieses Landes ist. Deswegen ist es auch an dieser Stelle richtig, dass wir uns nicht scheuen, diese große Kraftanstrengung jetzt zu unternehmen, um die hessischen Hochschulen in Zukunft wettbewerbsfähig nicht nur im Vergleich zu anderen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland, sondern vor allem zu Hochschulen im internationalen Vergleich zu halten. Dort haben wir noch einiges nachzuholen, nachdem die Hochschulpolitik über Jahre hinweg Steinbruch für Rot-Grün gewesen ist. Wir sind langsam erst wieder auf dem Weg, die hessischen Hochschulen international wettbewerbsfähig zu gestalten.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mein lieber Mann!)

– Herr Kollege Al-Wazir, wenn Sie die Wahrheit nicht vertragen können, dann müssen Sie hinausgehen und ein Gespräch führen. Aber es ist nun einmal so.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mein lieber Leif Blum, als Rot-Grün regiert hat – –)

– Den Namen haben Sie sich jetzt gemerkt. Das war auch nicht so schwierig, nachdem Herr Kollege Frank Lortz ihn hier mehrfach erwähnt hat.

Wir investieren nicht nur in sächliche Investitionen. Wir wollen nicht nur in Gebäude und Gebäudesanierungen investieren, sondern wir investieren auch – das ist uns wichtig – in die Menschen in diesem Land. Wir investieren auch in die Mitarbeiter unserer Verwaltung, weil wir natürlich wissen, dass ohne eine leistungsfähige Verwaltung, ohne motivierte Mitarbeiter in der hessischen Landesverwaltung die ehrgeizigen politischen Ziele, die wir uns gesetzt haben, in allen Politikbereichen nicht umzusetzen sind.

(Günter Rudolph (SPD): Zehn Jahre ist nichts passiert im öffentlichen Dienst! Jetzt packt ihr es an?)

Deswegen schultern wir gerne die Zusatzbelastungen, die sich aus dem Tarifvertrag ergeben haben, den der hessische Innenminister abgeschlossen hat.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die stehen da gar nicht drin!)

– Sie werden trotzdem zu tragen sein, Herr Kollege Frömmrich. Oder?

(Beifall bei der FDP – Lachen und demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Denn wir sind davon überzeugt, dass das ein richtiges Signal an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der hessischen Landesverwaltung ist.

Wir werden bei den Bildungsinvestitionen – –

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Blum, der Kollege Wagner – –

(Leif Blum (FDP): Die Antwort ist schon gegeben!
– Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Angst hat er auch noch!)

– Die Antwort ist schon gegeben. Lassen wir es, danke.

Leif Blum (FDP):

Das Problem ist, vom Kollegen Wagner kommen leider selten sinnvolle Zwischenfragen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb möchte ich mich in meinen Ausführungen nicht beschränken lassen.

Wir investieren nicht nur in Schulgebäude, sondern auch nachhaltig in Personal. Wir werden 1.000 Lehrerstellen schaffen und dafür Sorge tragen, dass auch die Qualität des Unterrichts – durch kleinere Klassen und durch eine bessere Ausstattung unserer Schulen – nachhaltig verbessert wird.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sogar das Abitur wird doppelt gemacht! – Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das ist eine Investition, die sich in diesem Haushalt wiederfindet. Sie ist bei den Personalausgaben, nicht bei den Investitionen zu finden, die zu einer Neuverschuldung führen. Das ist trotzdem eine notwendige Ausgabe, und das erklärt vielleicht, Herr Kollege Schmitt, warum wir im Moment eine Ausgabensteigerung in Höhe von 6 % haben. Wir wollen nämlich auch in diesen Bereichen Investitionen tätigen. Auch das ist eine Investition in die Zukunft, obwohl sie buchhalterisch und bilanziell nicht abbildbar ist. Das Einstellen neuer Lehrer ist aber eine ganz wesentliche Maßnahme, um den Standort Hessen zukunftsfähig und attraktiv zu halten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir investieren auch in die innere Sicherheit. 550 neue Anwärterinnen und Anwärter für den hessischen Polizeidienst sowie 200 zusätzliche Wachpolizisten sind in diesem Haushaltsplan etatisiert, weil wir eben davon überzeugt sind, dass es wichtig ist, dass die Menschen – jeder für sich und in jeder Region Hessens – das Gefühl haben, sie leben in einem sicheren Land; denn auch das trägt zur Identifikation und zur Verbundenheit mit der Heimat bei. Das ist keine Frage von Statistik oder von irgendwelchen amtlichen Tabellen. Deshalb ist es richtig, dass wir auch an dieser Stelle Geld in die Hand nehmen.

Ich will noch einige weitere Bereiche nennen, die uns wichtig erscheinen. Wir werden die Investitionen in den Brandschutz, insbesondere in den ehrenamtlichen Brandschutz, nachhaltig erhöhen. Wir werden dem ehrenamtlichen Brandschutz jährlich 30 Millionen € zur Verfügung stellen, und zwar losgelöst vom Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer, die bisher Hauptfinanzierungsträger von Brandschutzmaßnahmen gewesen ist. Dieser Haushaltsplanentwurf gibt das wieder. Daher können sich die, die im Ehrenamt im Brandschutz eine wertvolle Aufgabe leisten, sicher sein, dass wir sie Jahr für Jahr mit Mitteln in

gleichbleibender Höhe unterstützen werden. Das ist ein kleines, aber wichtiges Signal dafür, dass dieser Landesregierung der ehrenamtlich organisierte Brandschutz in Hessen wichtig ist. Das ist ein Signal an die vielen Tausend Menschen, die sich in Hessen bei den freiwilligen Feuerwehren engagieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Schmitt, all das muss Ihnen nicht gefallen. Das ist keine Frage. Das ist Ihr gutes Recht als Oppositionspolitiker, und es ist Ihre Aufgabe, hier laut und hart Kritik zu üben. Aber ein bisschen hat mir Ihr Konzept, Ihre Vision gefehlt, wie die hessische SPD finanzpolitisch mit dieser Krise umgehen will. Das Einzige, was mir in Erinnerung geblieben ist, ist der finanzpolitische Albtraum, den Sie Koalitionsvereinbarung genannt haben. Zum Glück ist uns der erspart geblieben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Trotzdem bleibt für uns eine der maßgeblichen Herausforderungen der Finanzpolitik, heute schon an morgen zu denken,

(Zurufe von der SPD: Ach!)

uns heute schon Gedanken darüber zu machen, wie die Nettoneuverschuldung, die wir aus guten Gründen mittragen, obwohl es in der Tat eine Rekordneuverschuldung ist, in den kommenden Jahren wieder zurückgeführt werden kann.

(Günter Rudolph (SPD): Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Unser Ziel muss es sein, am Ende des wirtschaftlichen Abschwungs in der Lage zu sein, den Haushalt so zu gestalten, dass Ressourcen und Mittel freigestellt werden, Schuldenabbau zu betreiben, die Zins- und Tilgungsbelastungen zu reduzieren. Das ist für unsere Fraktion nach wie vor und gerade in Zeiten wie diesen ein besonderes Anliegen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am besten Steuersenkungen!)

– Das zeigt Ihren begrenzten finanzpolitischen Horizont, Herr Kollege Al-Wazir. Diese Diskussion will ich mit Ihnen aber nicht an der Stelle führen, das können wir zu gegebener Zeit vielleicht einmal draußen tun.

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU)

Es ist deswegen unabdingbar, dass wir bereits heute versuchen, die notwendigen Mechanismen in Umsetzung zu geben, die Dinge anzustoßen, die wir gemeinsam vereinbart haben, die in Zukunft dazu führen sollen, dass – nach Möglichkeit bis zur Mitte des Jahrzehnts – Haushalte ausgeglichen gestaltet werden können und dass Mittel für die Schuldentilgung und den Abbau von Verbindlichkeiten bereitgestellt werden können.

Einer der wesentlichen Punkte dabei ist in der Tat die vom Herrn Kollegen Schmitt etwas spöttisch betrachtete, aber sicherlich sehr sinnvolle Regierungskommission zur Haushaltsstruktur. Herr Finanzminister, deshalb ist und bleibt es die Forderung meiner Fraktion, dass diese Kommission alsbald mit der Arbeit beginnt, dass wir diese Kommission schnellstmöglich einsetzen; denn sie wird Zeit brauchen, um belastbare Arbeitsergebnisse zu liefern. Wir alle gemeinsam sind aber in der Pflicht – wir alle

Koalitionsfraktionen im Besonderen –, spätestens für den Haushalt 2011/2012 Ergebnisse zu haben, die dort einfließen können. Deswegen muss diese Kommission eingesetzt werden, alsbald und dringend, damit wir ihre Ergebnisse zu den Haushaltsberatungen 2011/2012 vorliegen haben. Es ist nicht nur unser Wunsch, sondern unsere dringliche Bitte, unser Appell und unsere Forderung an die Hessische Landesregierung, dies möglichst bald umzusetzen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Zu diesen Maßnahmen gehört auch das von uns vereinbarte Benchmarking, was den Vergleich der Landesausgaben mit Blick auf andere Bundesländer angeht. Ich weiß gar nicht, Herr Kollege Schmitt, was daran schlimm sein soll.

(Norbert Schmitt (SPD): Dass es noch nicht vorliegt!)

Ich bin sehr froh darüber, dass wir in der Koalitionsvereinbarung mit den Kollegen der CDU festlegen konnten, dass wir einen solchen Schritt gehen wollen; denn es ist doch legitim, zu fragen, warum andere Bundesländer mit vergleichbarer Struktur und vergleichbarer Leistung die gleichen Leistungen günstiger oder zum selben Preis, genauso effektiv oder sogar effektiver erbringen können. Ich freue mich darauf, dass wir das vergleichen, denn ich glaube, wir können dabei viel lernen. Es ist doch überhaupt nicht schlimm, wenn man sich in einem föderalen System auch einmal an dem orientiert, was andere tun, und schaut, was andere Bundesländer an Ideen haben. Andere orientieren sich an uns. Insoweit habe ich da überhaupt kein Problem. Ich glaube, wir beschreiten hier einen sehr richtigen Weg. Schade, dass er nicht schon vorher gegangen worden ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ab heute heißen Sie bei mir Major Tom! – Heiterkeit)

– Ich fühle mich zutiefst geehrt, dass ich nach einem Helden Ihrer Kindheit benannt werde.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Er ist heute noch sein Held! – Heiterkeit)

Wir bleiben dabei: Wir wollen im Dialog und im Austausch mit der Bevölkerung das Ziel einer Verfassungsänderung im Hinblick auf eine Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung weiter verfolgen und aufrechterhalten. Ich glaube, es ist richtig und notwendig, dass wir diesen Weg konsequent weitergehen; denn eine nachhaltige Finanzpolitik wird nicht hier in einem geschlossenen Zirkel betrieben, sondern geht uns alle, geht alle gesellschaftlichen Akteure etwas an. Jeder muss bereit sein, seinen Beitrag dazu zu leisten. Deswegen ist die Frage, ob wir auch in Zukunft weiter Schulden machen, ohne uns Gedanken darüber zu machen, wie wir sie zurückzahlen können, oder ob wir einen anderen Weg einschlagen, mit den Menschen in Hessen diskutieren und dann auch eine Verfassungsänderung zur Abstimmung stellen. Das ist sicherlich nicht frei von Risiko. Eine solche Abstimmung kann auch negativ ausgehen. Wir wollen aber die Chance nutzen, in der Diskussion mit den Menschen in Hessen deutlich zu machen, warum wir es für richtig und notwendig halten, dass wir zukünftig keine neuen Schulden mehr machen, oder, wenn wir dies tun, gleichzeitig sagen, wie und

in welchem Zeitraum wir diese Schulden wieder abbauen wollen.

Wir sind davon überzeugt, dass wir die Menschen in Hessen auf diesem Weg nur mitnehmen können, indem wir ihnen die Argumente offen vortragen, ihnen die Konsequenz deutlich vor Augen führen und auch klar sagen, dass es dort mit Einschnitten verbunden sein wird, wo es um die Frage geht, was der Staat leisten kann, muss und will. Darüber kann man politisch diskutieren. Aber ich glaube, wir alle sind uns darüber einig, dass dies in Zukunft nicht mehr in dem Umfang erfolgen kann wie jetzt.

Das muss man den Leuten aber auch deutlich sagen. Man muss ihnen sagen: Wenn ihr das wollt, stimmt dem zu. Wenn das im Interesse einer generationengerechten Finanzpolitik unser gesamtgesellschaftliches Ziel sein soll, müsst ihr einer solchen Verfassungsänderung zustimmen. Aber ihr dürft euch danach nicht beschweren, wenn es so ist und wenn wir in unserem politischen Ringen daraus auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

(Beifall bei der FDP – Günter Rudolph (SPD): Vor der Wahl, nach der Wahl nicht!)

Ein letzter Teil, der in dieses Portfolio genauso hineingeht: Natürlich müssen wir uns auch in Hessen ernsthaft darüber Gedanken machen, ob sich die kommunale Familie im bestehenden Finanzierungsgeflecht zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ausreichend an den Lasten des Landes Hessen im Rahmen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen beteiligt. Herr Kollege Schmitt, darüber kann man streitig diskutieren. Ich bin auch gern bereit, das streitig mit Ihnen auszutragen.

Tatsache ist aber, dass Hessen selbst in einer Zeit der negativen wirtschaftlichen Entwicklung, in einer Zeit, in der sich die uns originär zufließenden Steuereinnahmen im Rückgang befinden, aufgrund der starken Wirtschafts- und Finanzkraft unserer Kommunen – darüber sind wir froh – nach wie vor immense Beiträge an den Länderfinanzausgleich leistet, die wir eigentlich nur noch fremdfinanzieren können.

Es muss doch erlaubt sein, an dieser Stelle einmal darüber nachzudenken, ob und inwieweit auch die kommunale Familie einen Beitrag dazu leisten kann, dass sich diese Situation für das Land Hessen verändert. Am Ende aller Tage ist das nämlich ein öffentlicher Haushalt. Am Ende aller Tage ist jeder Euro ein Steuer-Euro, der bei denen, die ihn bezahlt haben, nur einmal eingetrieben worden ist. Es ist aber nicht so, dass 1 € bei den Kommunen ist, ein weiterer beim Bund und noch einer bei den Ländern. Dann hätten wir drei. Schön wäre es; der Herr Finanzminister würde sich freuen. Es ist aber nicht so.

Deshalb ist diese Frage mehr als berechtigt. Wir wollen diese Frage stellen und mit den Vertretern der Kommunen – insbesondere der Kommunen, die es betrifft – offensiv darüber diskutieren.

Es ist noch nicht klar, welchen Weg wir am Ende gehen werden. Es ist mit den Vertretern der Kommunen, die wir auf diesem Weg mitnehmen wollen – das ist überhaupt keine Frage –, noch nicht zu Ende diskutiert worden, auf welche Art und Weise, mit welcher Haushalts- und Gesetzestechnik und mit welchem finanziellen Ergebnis wir diesen Weg am Ende beschreiten. Aber dass wir ihn im Interesse des Landeshaushalts und im Interesse aller Menschen in diesem Land beschreiten werden, ist unbestreitbar. Das ist in der Koalitionsvereinbarung festgelegt.

Herr Kollege Schmitt, machen Sie sich keine Sorgen, da ist auch Herr Kollege Milde ganz nah bei uns. Er hat kein Problem damit, auch wenn Sie eben kurz versucht haben, das anzudeuten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Abschließend will ich sagen: Alles in allem zeichnet dieser Haushaltsentwurf ein realistisches und ungeschöntes Bild der wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen, denen wir uns hier gemeinsam stellen müssen. Es ist die Aufgabe des ganzen Hauses, in diesen Zeiten eine verantwortungsbewusste Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik zu machen. Die Mehrheit in diesem Haus wird sich dieser Verantwortung auf jeden Fall stellen. Ich würde mir wünschen, dass sich auch alle anderen konstruktiv an dieser Debatte beteiligen.

Insofern bin ich auf die weiteren Beratungen über diesen Haushaltsentwurf in den Ausschüssen sehr gespannt. Wir glauben, dass der Weg, der hier eingeschlagen wird, der richtige ist und dass er ohne Alternative ist. Wir werden gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen von der CDU genau darauf achten und auch darauf drängen, nach diesen schwierigen Jahren die Maßnahmen und Mechanismen zu entwickeln, die uns helfen, die Schulden von heute im Interesse künftiger Generationen wieder abzubauen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP – Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Blum. – Nächster Redner ist Herr Kollege Kaufmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beginne meine heutige Haushaltsrede mit dem Bekenntnis eines höchst bedauerlichen Irrtums: Sie mögen, wie der Kollege Milde, überrascht sein, da so etwas in der Politik eher selten geschieht. Aber es ist mir ein echtes Bedürfnis.

(Zuruf von der CDU)

Als ich das letzte Mal anlässlich der gleichen Angelegenheit im Plenum am Rednerpult vor Ihnen stand, nämlich bei der ersten Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2008 am 26. September 2007,

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das ist ein-einhalb Jahre her!)

äußerte ich meine große Freude darüber, dass wir es endlich hinter uns hätten und dass das Schlimmste überstanden sei. Damit meinte ich die weimarschen Haushalte und die dazugehörigen Einbringungsreden.

Meine Freude war vor allem eine Vorfreude; denn ich war ganz fest davon überzeugt, dass die Stunde der Befreiung von der desaströsen weimarschen Finanzwirtschaft wirklich unmittelbar vor der Tür stand.

(Horst Klee (CDU): So kann man sich täuschen!)

Meine Damen und Herren, wie man sich doch täuschen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben es leider immer noch nicht hinter uns. Wir müssen uns, wie das heutige Beispiel zeigt, stattdessen wieder anhören, dass das, was der Kollege Finanzminister uns erzählt, grundsätzlich und immer alternativlos ist.

Es ist allerdings alternativlos schlecht, aber keineswegs unabänderlich. Der Herr Finanzminister bringt einmal wieder einen Haushaltsentwurf im Landtag ein, er steigert die Neuverschuldung einmal wieder auf einen neuen Rekord, und er lobt sich dafür einmal wieder in den höchsten Tönen.

Meine Damen und Herren, an Letzterem fühle ich mich absolut unschuldig. Sie wissen, ich würde so etwas niemals machen. Ich betone deshalb umso mehr mein Verständnis und meine Betroffenheit angesichts Ihrer tiefen Enttäuschung über das soeben Erlebte. Ich habe Ihnen – ich bekenne es – seinerzeit ein falsches Versprechen gegeben. Es geht nun leider doch „als so weiter“, wie der Hesse sagt.

Es gibt immerhin einen winzigen Trost dabei: Das berühmte Zitat bleibt aktuell. Herr Kollege Schmitt hat sich schon daran versucht. Das klügste Urteil aller Zeiten über die weimarsche Haushaltspolitik wurde durch die heutige Rede des Finanzministers wieder eindrucksvoll bestätigt. Es kann, es darf, ja es muss in Zukunft weiterhin zutreffend zitiert werden:

Solide und transparent, wahr und klar, wie Haushaltswirtschaft zu sein hat, ist das nicht, sondern sprunghaft, windig, wirr, unüberlegt und nicht ganz seriös.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei hatte doch alles so hoffnungsvoll ausgesehen. Am Anfang – das war bald nach der Verabschiedung des letzten weimarschen Haushalts – stand die krachende Wahlniederlage der CDU vom 27. Januar 2008, die von dem diesjährigen Stimmenverlust noch überboten wurde.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wir sind aber immer noch am Regieren!)

Sie machte in diesem Landtag endlich den Weg frei für sachorientierte Debatten anstelle der ewig gleichen Zelebrierung der jeweils fest gefügten und bar aller Argumente unverrückbar eingenommenen Standpunkte. In diesen Debatten zeigte sich sehr rasch – Herr Kollege Milde, Sie werden sich daran erinnern, dass wir sie auch zu Haushaltsthemen hatten –, dass Karlheinz Weimars Finanzwirtschaft selbst unter den neuen politischen Verhältnissen mit Argumenten allein nicht zu korrigieren war. Er zeigte sich nämlich ausgesprochen sträubig, sodass sich im Ergebnis gesetzgeberische Aktivitäten als notwendig erwiesen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): So kennen wir ihn gar nicht!)

Eine Regierungskommission wollten wir damals nicht haben, und auch das, was gerade vorgetragen wurde, deutet eher darauf hin, dass Sie eigentlich eine „Oppositionskommission“ berufen müssten; denn Sie fragen uns immer händeringend: Ja, wie sollen wir es denn machen? Was würdet ihr denn vorschlagen? – Nun, lassen Sie uns in Form einer Oppositionskommission doch mal ran. Dann sagen wir Ihnen, was wir Ihnen vorschlagen.

Sie erinnern sich sicherlich an das letzte Jahr: Mehrheitlich beschlossene Aufforderungen des Landtags an die Landesregierung, einen Nachtragshaushalt und eine gesetzeskonforme Vorlage für den Haushaltsentwurf 2009

vorzulegen, wurden vom Finanzminister schlicht ignoriert. Er stritt damals lieber an der Seite seines Chefs für den Erhalt der Studiengebühren an den Hochschulen, anstatt sich für eine geordnete Finanzwirtschaft einzusetzen und seine Aufgaben termingerecht zu erledigen. Diese Ignoranz der geschäftsführenden Regierung war im Übrigen zumindest nach meiner Beurteilung die wirklich beklagenswerte Seite der hessischen Verhältnisse, zugleich eigentlich auch die einzige.

Vom Finanzminister wurde schließlich im letzten Sommer – wir hörten heute bereits davon – eine Haushaltssperre verhängt, die Einsparungen in Höhe von 100 Millionen € erbringen sollte, deren quantitative Rechtfertigung zu dem damaligen Zeitpunkt z. B. aus dem Finanzstatusbericht, der hier kurz zuvor vorgelegt wurde, überhaupt nicht herzuleiten war.

Insgesamt beurteilt, kann man sagen: Der Finanzminister hatte im Sommer letzten Jahres überhaupt keine Lust, den Entwurf eines Haushaltes 2009 zu erarbeiten und hier zu präsentieren.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das ist doch dummes Zeug!)

Der Grund dafür ist wohl der, dass er sich mit seiner eigenen Finanzplanung jede Menge Fallen und schwere Brocken auf den Weg geworfen hatte.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Herr Kaufmann, das glaubt doch kein Mensch!)

Herr Kollege Dr. Arnold, Ihnen sind doch noch die berüchtigten „globalen Mehreinnahmen“ in Erinnerung. Im Finanzplan des Jahres 2008 sind sie mit immerhin 500 Millionen € notiert. Dies war aber noch nicht alles: In der weimarschen Finanzplanung kamen noch 250 Millionen € globale Minderausgaben dazu. Zu Deutsch heißt das doch nichts anderes, als dass beim Finanzminister Ahnungslosigkeit in Höhe von mindestens 750 Millionen € vorhanden und in den Finanzplan eingepreist war.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben das damals im Plenum heftig kritisiert und gefordert, dass uns die dahinterstehenden finanzpolitischen Absichten erläutert werden. Uns wurde dann aber erklärt, so etwas wie der Einbezug einer „globalen Mehreinnahme“ sei das natürlichste Verfahren der Welt. Diese globalen Wunschzahlen würden erst bei der Aufstellung des Haushaltsplans – damals wurde das „Finalisierung“ genannt – endlich konkretisiert.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege Kaufmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Arnold?

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, ich möchte das gerne im Zusammenhang vortragen. Der verehrte Herr Kollege Dr. Arnold kann sich gerne danach einer Kurzintervention bedienen.

Der Finanzminister wusste im letzten Sommer offensichtlich überhaupt nicht, wie er die selbst gestellten Vorgaben erfüllen sollte. Denn vor der Landtagswahl im Jahr 2008, als der Finanzplan präsentiert und diskutiert wurde, wollte man eine wirksame Begrenzung der Ausgaben für das Jahr 2009 nicht hineinschreiben und vorzeigen müs-

sen. Also floh man in die Vernebelung durch die Definition des Globalen.

Doch nun war guter Rat teuer. Nachdem der Finanzminister immer wieder angekündigt hatte, er werde das Problem hinsichtlich der Konkretisierung der globalen Mehreinnahmen lösen, dabei aber nie sagte, wie er das tun will, räumte er schließlich am 24. September 2008, also genau zu dem Zeitpunkt, zu dem der Entwurf des Haushalts 2009 eigentlich hätte präsentiert werden müssen, hier vor diesem Hause endlich ein – ich zitiere –:

Diese 500 Millionen € ... sind realistisch nicht mehr einzuplanen.

Herr Weimar konnte also, obwohl der Termin bereits überschritten war, den Entwurf des Haushaltsplans 2009 überhaupt nicht ordentlich „finalisieren“. Seine Planung erwies sich schlicht als Illusion, wenn nicht gar als arglistige Täuschung des Parlaments und der Öffentlichkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie so wollen, könnte man sagen: Das war schwarze Magie mit roten Zahlen.

Man mag es durchaus verstehen, dass unser Finanzminister angesichts all der von mir geschilderten Schwierigkeiten einfach keine Lust mehr hatte, sich seinem Geschäft zu widmen. Am 7. Oktober 2008 stellte er denn auch die Arbeit getreu dem Motto: „Ich bin dann mal weg“, einfach ein.

Nachdem wir, d. h. die Vertreterinnen und Vertreter der SPD und der GRÜNEN, bei ihm vorstellig geworden waren, kannten wir immerhin einige rudimentäre Planungsdaten für den Entwurf des Haushalts 2009, die, zusammengefasst, nur als riesiger finanzpolitischer Scherbenhaufen beschrieben werden konnten. Der eine oder andere wird sich noch an unsere Presseerklärung vom 8. Oktober 2008 erinnern. Ohne irgendwelche Folgen der Finanzkrise überhaupt berücksichtigt zu haben, lag das Defizit damals bereits bei 1.500 Millionen €, also bei 1,5 Milliarden €. Von denen sollten nach den uns damals mitgeteilten Überlegungen allerhöchstens 210 Millionen € durch Einsparungen gedeckt werden.

Meine Damen und Herren, Sie werden sich fragen: Warum erzählt er uns das eigentlich alles?

(Zurufe von der CDU: Genau!)

Die Frage hat verschiedene Aspekte. Die Antwort ist dennoch recht einfach. Wir haben soeben bei der Einbringung eine Lobrede des selbst erwählten Oberkrisenmanagers Staatsminister Weimar gehört, der uns darzulegen versuchte, dass er, erstens, ohne Alternative ist, dass er, zweitens, wichtig ist und dass, drittens, seine finanzpolitischen Fähigkeiten für uns in dieser Krise besonders bedeutsam seien. Wir sollen glauben – und als Botschaft heute hier mitnehmen –, dass die Menschen unseres Landes es als ungeheuren Segen erachten müssen, dass ausgerechnet Kapitän Karlheinz an Bord ist und das Vollschiff Hessen vor der Havarie rettet und durch die Strudel der tobenden Finanzkrise in einen sicheren Hafen steuert. – Jetzt dürfen Sie klatschen.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Dabei verschweigt der Kapitän natürlich, dass die Hessen zwar einst ein sehr stolzes Schiff war, inzwischen aber durch überbordende Schulden schon heftig Schlagseite hat, von den schwarzen Leichtmatrosen bereits ziemlich

abgetakelt wurde und in Wahrheit sogar in einen weitgehend manövrierunfähigen Zustand gebracht wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, bei der Betrachtung der Abläufe des vergangenen Jahres ist Ihnen sicherlich deutlich geworden, dass genau das Gegenteil von dem richtig ist, was in der weimarschen Eloge zu hören war. Verantwortet von ihm sieht sich Hessen in der Finanzkrise mit einer Situation konfrontiert, in der sich der Fiskus in einem äußerst miserablen Zustand befindet, weil trotz der Jahre der sprudelnden Steuereinnahmen nicht nur keine Rücklagen gebildet, sondern sogar immer noch neue Schuldenberge angehäuft wurden.

Angesichts der Realität in Hessen war Kapitän Weimar nämlich schon lange dem Untergang geweiht. Das seit Jahren von ihm verwaltete strukturelle Defizit des Haushalts wurde um keinen Deut abgebaut. Vielmehr wurde lediglich durch den Verkauf des Vermögens und die Aufnahme von Schulden versucht, das zu kaschieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt ist das Vermögen bis auf einen kläglichen Rest weitestgehend verschleudert und auch gegenwärtig unverkäuflich. An Rücklagen ist kaum noch etwas Nennenswertes vorhanden, sieht man einmal von der zweckgebundenen Rücklage aufgrund der Neubewertung des Sondervermögens Wohnungswesen und Zukunftsinvestitionen ab, die von Herrn Weimar auch schon einmal zur kurzfristigen Verringerung des Kreditbedarfs im Haushalt ver senkt werden sollte.

Wenn die Einnahmeseite also derart schlecht aussieht, dann geht es nicht mehr um die Darstellung virtueller Einnahmen und Darstellungen zur Vertuschung, sondern dann geht es um mehr. Herr Finanzminister, dann hilft Budgetmanagement in Form eines Fantasieabenteuers überhaupt nicht mehr weiter. Hier muss in der Wirklichkeit gespart werden.

Deswegen muss sich ein Finanzminister in einer solchen Situation zuallererst die Ausgabenseite vornehmen und für wirksame Einsparungen sorgen. Herr Weimar, dies wurde von Ihnen trotz Mahnungen nicht nur von der Opposition dieses Parlaments stets unterlassen, weil die Harmonie im Kabinett und die Bedienung der eigenen Klientel offensichtlich wichtiger waren als eine wirksame Haushaltskonsolidierung. Der Finanzminister Karlheinz Weimar hat es sich mit seiner Finanzwirtschaft nämlich längst in der schönen virtuellen Welt der Blasenökonomie bequem gemacht. Dabei raucht er geruhsam sein Pfeifchen.

Angesichts dieser Situation gibt es für die gesamte Regierung und für den Finanzminister nur noch eine Rettung: die Krise. Sie kommt ihm wie gerufen. Sie allein rettet ihn nämlich nicht nur vor dem endgültigen finanzpolitischen Untergang.

Klar und deutlich ausgesprochen heißt das also: Nicht Weimar rettet uns, die hessischen Bürgerinnen und Bürger und die heimische Wirtschaft, vor der Wirtschaftskrise und ihren Folgen. Nein, die Finanzkrise rettet Finanzminister Weimar vor dem Offenbarungseid infolge seiner jahrelangen desaströsen Verschuldenspolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Norbert Schmitt und Nancy Faeser (SPD))

Meine Damen und Herren, wenn Sie das nicht glauben wollen, erinnern Sie sich bitte an das Unternehmensstabilisierungsgesetz, das wir am 19. November letzten Jahres an einem Tag durch das Parlament bringen und verabschieden mussten. Der Grund für die Eilbedürftigkeit bestand darin, dass in Hessen ohne dieses Gesetz ab Beginn dieses Jahres überhaupt keine Bürgschaften für die Wirtschaft mehr hätten vergeben werden können, weil die Landesregierung und bei ihr insbesondere der zuständige Finanzminister es offensichtlich schlichtweg übersehen hatten, dass die Vergabe von Bürgschaften vom Haushaltsgesetz abhängt, dessen Bearbeitung Herr Weimar nach dem Motto eingestellt hatte: „Ich bin dann mal weg.“

Der rettende Anlass für dieses Gesetz, das Unternehmensstabilisierungsgesetz, war dann unstrittigerweise die gemeinsame Sorge um die Entwicklung bei Opel, sodass in der damaligen Debatte Herr Kollege Al-Wazir schon völlig zu Recht feststellen konnte:

Opel rettet Weimar, nicht andersherum.

Aktuell ist es noch sehr viel deutlicher: Unter dem Vorwand, gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise aktiv werden zu müssen, wird ein Schulden-Tsunami produziert, der alles wegschleudert. Er überflutet auch das weimarsche Finanzdesaster, sodass man es in den trüben Fluten nicht mehr ohne Weiteres erkennen kann. Allerdings beseitigt er es nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil, der Schulden-Tsunami verursacht gewaltige zusätzliche Schäden, die sehr bald danach ans Licht kommen werden. Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, deshalb nützt es Ihnen am Ende auch nichts, wenn Sie jetzt die Kritik an der neuen Rekordverschuldung verleumden, wie es der Kollege Blum versucht hat.

Es ist natürlich sinnvoll, in der Krise gegenzusteuern und Investitionen zu fördern. Wichtig wäre dabei allerdings, dass diese Investitionen nachhaltig und auch rentierlich wirksam sind, was man bei dem Programm der Landesregierung leider nicht so ohne Weiteres bestätigen kann. Wichtig wäre obendrein, dass man tatsächlich antizyklisch agiert, dass man in guten Zeiten Vorsorge getroffen, für Wirtschaftskrisen Vorräte angelegt und Reserven aufgefüllt hat. Doch genau das ist nicht der Fall. Jahrelang wurde nach dem Motto der Marquise de Pompadour „après nous le déluge“ gelebt. Sie haben es heute Morgen in der „FAZ“ gelesen. Herr Lückemeier hat es im Deutschen „Und nach uns die Sintflut“ bereits sogar zum Thema seines Kommentars genommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses eher herablassend absolutistische Motto wurde von Weimar praktiziert, sodass man sich jetzt wirklich nicht zu wundern braucht, wenn die Sintflut der Schulden tatsächlich kommt. Wir werden noch zu betrachten haben, inwieweit die neuen Schulden zur Finanzierung der Konjunktur in Wirklichkeit erforderlich sind oder vielleicht ganz anderen Zwecken dienen.

Meine Damen und Herren, im Rahmen der Beratung des Landeshaushalts in erster Lesung stehen traditionell die finanzwirtschaftlichen Aspekte des Zahlenwerks und die dazugehörige Finanzplanung im Vordergrund. Deshalb will ich heute hier von mir aus die inhaltlichen Aspekte eher hintanstellen. Auch dazu wäre allerdings vieles anzumerken – die Zeit würde nicht ausreichen.

Allein die finanzwirtschaftlichen Daten sind schon niederschmetternd genug. Und was einen besonders empört, ist der beim Finanzminister überhaupt nicht erkennbare Wille, seines Amtes zu walten. Ein Finanzminister hat in der harten Realität der Zahlen und Fakten zu arbeiten und sich nicht zum Zwecke der Selbstbelobigung in Fiktionen zu flüchten. Denn, es ist noch nicht lange her, seit der Präsentation des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2008 – das war genau heute vor vier Wochen – kennen wir einen neuen Begriff aus der weimarschen Trickkiste: die fiktive Nettokreditaufnahme. Dies hat jetzt nichts mit der weltweiten Bankenkrise zu tun, sondern heißt nur, dass Karlheinz Weimar ein ganz toller Kerl ist. Beifall?

(Minister Karlheinz Weimar: Das ist wahr!)

– Er stimmt zu. – Weil er eigentlich noch viel mehr Schulden hätte machen können, vielleicht auch wollen, und er aus Versehen davon abgesehen hat. Hinter dieser vermeintlichen finanzpolitischen Großtat verbirgt er geschickt die Tatsache, dass er das vom Haushaltsgesetzgeber für 2008 genehmigte Kreditvolumen mal eben um fast 350 Millionen € überschritten hat. Doch die Leute sind ja froh. Sie sollen froh sein, denn es hätte nach der weimarschen Fiktivrechnung noch viel schlimmer kommen können. Es hätten locker insgesamt 1,5 Milliarden € sein können. Das heißt eine Überschreitung von fast 1 Milliarde € bezüglich der Genehmigung.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen dazu: Wer als Finanzminister eine solch dramatische Überschreitung der Kreditemächtigung des Haushaltsplanes zu verantworten hat und auch noch bejubelt, dass er seine selbst ermittelte fiktive Nettokreditaufnahme nur zu 59 % ausgeschöpft hat, der ist als Taschenspieler entlarvt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Finanzminister, warum nehmen Sie nicht noch eine höhere fiktive Nettokreditaufnahme an? Mit der vom Landtag genehmigten Höhe hat dies alles sowieso nichts zu tun. Dann könnten Sie z. B. feststellen, dass dank Ihrer exzellenten Finanzwirtschaft nur ein Drittel der fiktiven Kredite benötigt wurden.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Dies wäre doch dann Anlass zu noch größerem Jubel bei der CDU. Kollege Milde, ich schlage Ihnen deshalb die Schaffung einer neuen Haushaltskennzahl vor.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Gut!)

Wir definieren sie als die Differenz des Verhältnisses von realer zu fiktiver Nettokreditaufnahme zur Zahl 1 – die fiktive Nettokreditaufnahme, selbstverständlich eine Definition des Finanzministers –, und wir nennen diese neue Kennzahl am besten WEQ, Weimareffizienzquotient.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er bewegt sich immer zwischen null und eins, je nach Größe der Fiktion.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, ich denke, auch Ihnen ist deutlich geworden, dass zurzeit der völlig falsche Mann auf dem Stuhl des Finanzministers sitzt. Die fiktive Nettokreditaufnahme hat das eindrucksvoll nachgewiesen. Es be-

stätigt sich weiterhin nachdrücklich, wenn man in die weimarsche Finanzplanung genauer hineinschaut und sich vor Augen führt, was denn seine Absichten für 2009 und die folgenden Jahre sind.

Diese Frage beantwortet äußerst deprimierend die Abbildung 18 im Finanzplan auf Seite 49. Dort wird einmal wieder – wir bleiben im Fiktiven – die real nicht gegebene, also auch nur fiktive Beziehung der Belastung des Landes Hessen durch den Länderfinanzausgleich einerseits zu der Nettokreditaufnahme im Haushalt andererseits dargestellt.

Wir haben es heute schon mehrfach gehört. Für die vergangenen zehn Jahre der weimarschen Residenz und die aus seiner Sicht noch einmal fünf Jahre nebeneinandergestellt: Bislang stiegen die Schulden unter Weimar pro Jahr durchschnittlich um rund 1 Milliarde €, nämlich in zehn Jahren um 10,43 Milliarden €, während in den Länderfinanzausgleich durchschnittlich 2,19 Milliarden € zu zahlen waren. Also wurden nur rund 47 % der Leistung in den LFA auf Pump finanziert und damit 53 % aus eigenen Mitteln.

In den kommenden fünf Jahren sollen es allerdings schon fast 63 % sein, denn Weimar plant im Durchschnitt eine Nettokreditaufnahme von 1,64 Milliarden € bei einer Zahllast in den Länderfinanzausgleich von durchschnittlich 2,62 Milliarden €.

Die Zahlung in den Länderfinanzausgleich finanziert das Land also unter seiner Verantwortung mit einem wachsenden Anteil von Krediten. Der Kollege Blum hat vorhin darauf hingewiesen, dass man für das Jahr 2009, das wir unmittelbar beraten, von einer nahezu 100-prozentigen Finanzierung ausgehen kann. Meine Damen und Herren, jeden Privaten, der seine Steuern aus Bankkrediten bezahlt, führt eine solche Finanzplanung binnen Kurzem vor den Insolvenzrichter, möglicherweise gar ins Gefängnis.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Der Finanzminister glaubt offensichtlich, dass er sich dies erlauben kann und mit ihm die ganze hessische Bevölkerung, die es am Ende zahlen muss.

Meine Damen und Herren, ein Weiteres zeigt uns auch die schon zitierte Abbildung in brutaler Klarheit. Am Ende des Jahres 2012, also am Ende des Finanzplanungszeitraumes und noch knapp vor dem regulären Ende dieser Legislaturperiode, wird der Finanzminister Weimar, so er so lange durchhält und nicht wieder vorher weg ist, mehr als eine ganze ungekürzte Jahressteuergesamteinnahme an eigenen Schulden gemacht haben. Das heißt, alle Steuereinnahmen Hessens innerhalb eines Jahres reichen dann nicht mehr aus, um die Schulden abzutragen, die Weimar als Finanzminister zu verantworten hat.

Meine Damen und Herren, wie wenig ernsthaft der Wille zur tatsächlichen Haushaltskonsolidierung aufseiten der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen tatsächlich ist, wird doch aus den Ausflüchten deutlich, die Weimar bei der öffentlichen Präsentation des Haushalts vortrug. Er präsentierte unter anderem einen Chart, auf dem man lesen konnte: Reduzierung der Neuverschuldung um 1 Milliarde € würde bedeuten, 25.000 Stellen in der Landesverwaltung zu streichen oder 18.000 Lehrer zu entlassen oder den Steuerverbandsatz für den KFA von 23 auf 15 % zu reduzieren. So steht es im Chart.

Das heißt, es werden Horrorszenarien präsentiert, um die Unmöglichkeit der Sparforderung vermeintlich zu bele-

gen. Herr Finanzminister, da frage ich aber: Warum denn so zaghaft? Wenn Sie 2.500 Millionen €, also 2,5 Milliarden €, Schulden eingeplant haben, dann müssten Sie, um diese zu vermeiden, 62.500 Stellen in der Landesverwaltung streichen oder 45.000 Lehrer entlassen oder den KFA-Satz um 20 auf 3 % reduzieren. Warum sagen Sie dies nicht gleich? – Ich kann nur sagen: Willkommen in Absurdistan, Herr Finanzminister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jedem ist doch sowieso klar, dass dies alles offenkundiger Unfug ist und nur den Ausweis der Feigheit darstellt, für das eigene Tun einzustehen. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund, dass noch nicht einmal alle Pflichtaufgaben vollständig in der Finanzplanung berücksichtigt sind. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur einmal an den Tarifabschluss und seine Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten des Landes, was noch einzupreisen wäre. Der Kollege Blum hat dies schon bestätigt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Er hat es nicht gewusst, aber bestätigt!)

Meine Damen und Herren – damit meine ich mehr das Publikum als die verehrten Kolleginnen und Kollegen hier im Rund –, wann endlich hat die Mär ein Ende, dass die Schwarzen sorgfältig mit Geld umgehen könnten?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei Abgeordneten der SPD)

Ist denn die weltweite Finanzkrise nicht auch ein offenkundiger Beweis dafür, dass die Konservativen – ich erinnere an solche Galionsfiguren der Konservativen wie den speziellen Freund unseres Ministerpräsidenten, den EX-US-Präsidenten George W. Bush – ebenso wie die Marktliberalen wirklich keinerlei Vertrauen bezüglich ihres Umgangs mit Vermögenswerten verdienen? Deshalb mahne ich dringlich: Beenden Sie unverzüglich Ihren Irrglauben an solide Grundwerte im konservativen Finanzgebaren. Meine Damen und Herren, da werden Sie nicht geholfen, sondern abgezockt und hinters Licht geführt, auch und gerade beim Umgang mit öffentlichen Geldern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, dass dies alles so schlimm ist und dass auch die Hessische Landesregierung nicht bereit ist, ihren seit Jahren nicht nur von uns GRÜNEN kritisierten Kurs der finanzpolitischen Verantwortungslosigkeit endlich zu verlassen, liegt auch an der vollständig fehlenden Ernsthaftigkeit bei der Vorgabe der eigenen Ziele.

Für die Landesregierung und ihre Parlamentsmehrheit ist das alles nur eine Frage der Darstellung – und die glauben Sie mit einer hinreichenden Zahl von Mätzchen und sonstigen coolen Sprüchen so gestalten zu können, dass Sie sich dahinter wirklich alles erlauben.

Meine Damen und Herren, das beste Beispiel dafür ist die Zieldefinition der hessischen Finanzpolitik der Regierungen Koch – so muss ich ja sagen –, wie wir sie seit Jahren im Haushaltsplan, Einzelplan 06 und auch 17, im ersten Satz nachlesen können. Angesichts der heute vom Finanzminister präsentierten Zahlen bedeutet diese Zielbeschreibung nach meiner Auffassung eine Unverschämtheit, die kaum noch zu überbieten ist. Ich lese Ihnen diesen Text vor:

In seiner Finanzpolitik lässt sich Hessen von der Verantwortung für heutige und kommende Generationen mit dem Ziel leiten, letztere nicht stärker

zu belasten, als es eine verantwortungsbewusste finanzielle Konsolidierungspolitik erlaubt.

Meine Damen und Herren, der verehrte ehemalige Kollege Roland von Hunnius – den nach dem Auftritt seines Nachfolgers Major Tom Leif Blum nicht nur ich äußerst schmerzlich vermisste –

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

hat bei einer Debatte, wie wir sie gerade führen, sehr eindrucksvoll nachgewiesen, dass trotz der zitierten Vorgabe überhaupt keine Rede von Konsolidierung sein kann, wenn die Neuverschuldung Jahr für Jahr steigt.

Genau dies ist auch die Diagnose für die letzten Jahre, bis hin zu diesem Haushaltsentwurf 2009. Wo war, wo ist da auch nur ein winziges Quäntchen an Konsolidierung? Schauen Sie hin – Sie finden nichts, rein gar nichts.

Meine Damen und Herren, die weimarsche „Konsolidierung“ erkennt man an folgenden Zahlen – ich nehme die Istwerte und nicht die Sollzahlen, gemäß Haushaltsabschluss tatsächlich getätigte Nettokreditaufnahmen in den betreffenden Jahren –: 2006 waren es 582 Millionen €, 2007 waren es 745 Millionen €, 2008 waren es 894 Millionen €. Hier frage ich: Wer erkennt da den Konsolidierungskurs?

Im Jahr 2009 sind 2.505 Millionen € geplant. Ich gehe davon aus, dass der Wert für das Jahr 2008 bei dieser Planung nicht unterschritten wird, sodass wir mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein weiteres Jahr steigender Neuverschuldung haben.

Genauso wie der Kollege von Hunnius vor zwei Jahren stellen wir also heute fest: Konsolidierung verträgt sich nicht mit jährlich ansteigender Neuverschuldung.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
So ist es!)

Diese Verwendung des Wortes „Konsolidierung“ ist eine vorsätzliche Täuschung.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Zahlen beschert uns der Text der Zielbeschreibung für das Oberziel des Finanzministeriums dann noch eine Steigerung an Unverfrorenheit. Als neuer Satz wird nämlich eingeschoben – ich zitiere –:

Hierzu dient auch ein in der Hessischen Verfassung zu verankerndes Verschuldungsverbot.

Meine Damen und Herren, das nenne ich wahrlich eine Verhöhnung der Hessischen Verfassung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die Sache wird dadurch noch deutlich schlimmer, dass es dem wohl geneigten politisch interessierten Leser des Haushalts – oder auch von Zeitungen oder dem Zuhörer der Debatte – in den Sinn kommen könnte, dass selbst dann, wenn man meiner Kritik im Prinzip zustimmt, für die Ankurbelung der Konjunktur doch ausnahmsweise eine Steigerung der Nettokreditaufnahme richtig sei.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Ja!)

Ja, dieser Auffassung kann man sein. Selbst wir GRÜNE, die Nachhaltigkeit als politisches Prinzip vertreten, stimmen einer Kreditfinanzierung von nachhaltigen Zukunftsinvestitionen durchaus zu. Aber das geliehene Geld muss dann auch für derartige Investitionen eingesetzt werden.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das wird es doch auch!)

Genau dies haben wir am weimarschen Haushaltsentwurf 2009 überprüft. Herr Kollege Dr. Arnold, das Ergebnis ist für uns wenig überraschend, aber sehr niederschmetternd.

Im Kapitel 17 03 des vorliegenden Haushaltsentwurfs finden wir zunächst die verlockende Überschrift „Hessisches Sonderinvestitionsprogramm und Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes“ sowie umfängliche Erläuterungen, wie und wofür Investitionen von am Ende insgesamt 2.611 Millionen €, also 2,6 Milliarden €, getätigt werden sollen; davon war bereits die Rede. Aber im Jahr 2009 sind von dieser beeindruckenden Summe noch nicht einmal 50 Millionen € vom Land finanziert.

Was heißt das? Das heißt doch nichts anderes, als dass von den neuen Schulden mehr als 2.450 Millionen € nicht der Finanzierung der Ankurbelung der Konjunktur über die Konjunkturprogramme dienen, sondern anderen Zwecken. Umgekehrt sollen lediglich 2 % der geplanten neuen Schulden wirklich zur Finanzierung des Konjunkturprogramms eingesetzt werden.

(Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Wahrheit!)

Das steht in Ihrem Haushalt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, da kommt natürlich sofort die Frage auf, welchen anderen Zwecken mit dieser gigantischen Neuverschuldung wirklich gedient werden soll.

So schließt sich der Kreis: Weimar ist gerettet. Sein strukturelles Defizit kann er neuerlich ein Jahr weiter schieben, und allen wird Sand in die Augen gestreut, denn unter dem großen Propagandaschild der Ankurbelung der Konjunktur lässt sich alles ganz prima verstecken. Roland Koch strahlt und hat allen Grund, Karlheinz Weimar einmal wieder einen „prima Finanzminister“ zu nennen.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr seid das Orchester auf der Titanic!)

Meine Damen und Herren, Sie verstehen mich völlig falsch, wenn Sie aus meinen Äußerungen etwa eine gewisse Bewunderung für die weimarsche Cleverness oder für seine Überlebensstrategie als Finanzminister entnehmen wollen.

(Zurufe von der CDU)

Meine eigene mentale Einstellung – –

(Zurufe der Abg. Dr. Walter Arnold und Volker Hoff (CDU))

– Herr Kollege Hoff, wir leben in der Zeit der Fiktionen, das scheint Ihnen auch so zu gehen.

Meine eigene mentale Einstellung zu dem, was uns der Finanzminister vorführt, ist ausschließlich Empörung, durchaus gepaart mit Verachtung.

Zu meinen Prinzipien und Überzeugungen, wie eine geordnete und solide Finanzwirtschaft auszusehen hat, steht dies vollständig konträr. Herr Finanzminister, das ist eindeutig zu tricky. So, wie Weimar dies tut, darf man nach meiner festen Überzeugung nicht mit dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger umspringen.

Dieser Haushalt – damit komme ich noch zu einem interessanten weiteren Kapitel – ist nach sechs Jahren erstmals wieder ein Koalitionshaushalt. Da ist es schon der Mühe

wert, einmal genauer zu betrachten, wie sich denn die segenreiche Mitwirkung des alten und neuen Partners jetzt auswirkt.

Gewiss hat die FDP in den vergangenen Jahren überwiegend die Kuschelopposition gegeben, doch der von mir schon erwähnte Name von Hunnius erinnert uns daran, dass in Haushaltsdebatten durchaus gelegentlich die Fetzen flogen und von ihm Haushaltswahrheit und -klarheit eingefordert wurden, genauso wie Sparsamkeit und Schuldenabbau. Sie erinnern sich noch an seine wunderbare Wortprägung: Nachdem die Regierung – das war damals die absolute Mehrheit der CDU – sich immer so über „Verfassungsbruch“ aufregte, sagte er: Dann sind wir ein Ideechen vornehmer und nennen es Konstitutionsfraktur. – Meine Damen und Herren, der Sachverhalt bleibt derselbe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ich allerdings schon befürchtet hatte, stellt sich die wieder mitregierende FDP jetzt neu auf. Nicht wahr, mein Herr von der FDP, Sie werden nicht mehr gerne daran erinnert, was von Ihrer Seite so alles zum Landeshaushalt gefordert wurde? Denn das ist in etlichen Punkten das genaue Gegenteil von dem, was wir im vorliegenden Haushaltsentwurf jetzt finden.

(Günter Rudolph (SPD): Das haben die schon verdrängt!)

Aber Ihr Oppositionsgeschwätz stört Sie offensichtlich nicht. Sie knüpfen bruchlos an den letzten Koalitions-haushalt an. Damals unterstützte die FDP einen neuen Rekord bei der Neuverschuldung des Landes; dann musste sie fünf Jahre Opposition erleiden; jetzt ist sie wieder dabei und freut sich darüber, dasselbe tun zu können: einen neuerlichen Rekord an Neuverschuldung, 500 Millionen € mehr als beim letzten Mal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Herzlichen Glückwunsch, meine Herren von der FDP, herzliches Beileid, meine Damen und Herren! Wir alle werden das bezahlen müssen.

Durchaus in den Kontext der bei der ersten Lesung eines Haushalts üblichen Betrachtung der finanzwirtschaftlichen Aspekte passt auch der Blick auf die geplanten personalwirtschaftlichen Maßnahmen.

Im Vordergrund stehen dabei, zumindest in meiner Betrachtung, die Ressorts mit dem politischen Wechsel an der Spitze, also grundsätzlich die Einzelpläne 04, 05 und 07. Da man hier in der kurzen Zeit aber nicht alles darstellen und vorher auch analysieren kann, nehme ich exemplarisch den Einzelplan 05. Hier ist das Wirken des neuen Koalitionspartners der CDU besonders eindrucksvoll zu studieren – schließlich hat der langjährige Partei- und Fraktionsvorsitzende der FDP die Gesamtverantwortung.

Meine Damen und Herren, das Urteil als Ergebnis der Betrachtung der Stellenpläne fällt ebenso knapp wie eindeutig aus: Maßlosigkeit jenseits aller sachlichen Erfordernisse. Das scheint der Finanzminister ähnlich zu sehen, denn er hat vorhin bei seinem Vortrag im Justizbereich beim Einzelplan 05 zwar über den engeren Justizsektor gesprochen, aber weder über das Thema Europa noch über das Thema Integration. Darüber spreche ich jetzt.

(Minister Karlheinz Weimar: Gut!)

Zunächst musste eine zweite Staatssekretärsstelle geschaffen werden, die jährlich allein knapp 160.000 € kostet, ohne die zusätzlichen Kosten der Entourage, die man noch dazurechnen müsste.

Meine Damen und Herren, der Grund für diese Mehrausgaben liegt gewiss nicht in der qualitativen Verbesserung der hessischen Europapolitik. Es ging vielleicht noch um Koalitionsarithmetik, weil sich die CDU bei den Verhandlungen dieses Mal offensichtlich mehrfach schwer verrechnete, aber es ging wohl vor allem um den inneren Frieden in der FDP-Fraktion. Die Herren wollten dort lieber unter sich sein, zumindest hätten sie eine permanente Auseinandersetzung über die Frage, warum eine Dame etwas geworden ist, die andere aber nicht, auf Dauer kaum ertragen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Judith Lannert (CDU): Was reden Sie da eigentlich? Das ist am Thema vorbei!)

So nahm man die zusätzlichen Kosten auf die leichte Schulter. Hauptsache, man konnte am Ende einen Zickkrieg vermeiden und seine Ruhe sichern. Schließlich zahlt dies ja großzügig der Steuerzahler.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP: Oh!)

Meine Damen und Herren, so etwas gab es in der Politik schon öfter. Das trägt allerdings nicht zur Popularität von Politik bei. Völlig inakzeptabel ist aber die Art und Weise, wie das so wichtige Thema Integration als politische Aufgabe von der Koalition bereits kaputt gemacht wurde, bevor auch nur ein einziger neuer inhaltlicher Impuls gesetzt werden konnte.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Zum Thema, bitte!)

Ich will hier gar nicht der Frage nachgehen, warum ausgerechnet das Justizministerium als geeignet angesehen wurde, sich um diesen viel zu lange vernachlässigten Bereich zu kümmern. Aber ich trage Ihnen einige interessante Daten vor. Aus dem Bereich des früheren Sozialministeriums sind Fördermittel –

(Dr. Walter Arnold (CDU): Zurück zum Haushalt, bitte!)

– Herr Dr. Arnold, wir sind mitten im Haushalt – in Höhe von also rund 1.085.000 €, 1,08 Millionen €, und aus dem Bereich des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung sind rund 60.000 € in das neue Ministerium übertragen worden. Hinzu kommen fünf Planstellen für Beamte aus dem Sozialministerium. Neu geschaffen werden aber insgesamt zwölf Planstellen für Beamte, beginnend mit der Stelle für einen Ministerialdirigenten und dann die Leiter runter. Die zusätzlichen Kosten allein dieser neuen Planstellen betragen nach der aktuellen Veranschlagungstabelle mehr als 1,08 Millionen €, also bereits deutlich mehr, als an Fördermitteln aus dem Sozialbereich für die Aufgaben der Integration insgesamt zur Verfügung stehen. Hinzu kommen noch einmal die Kosten der umgesetzten Stellen. Das sind auch 445.000 € im Jahr. Die Kosten der Sonstigen, der Angestellten habe ich jetzt gar nicht mitbewertet, diese dürfen Sie noch gerne hinzurechnen.

Meine Damen und Herren, es wird doch deutlich, dass das Thema Integration vor allem verwaltet, aber nicht gestaltet werden soll, weil eine Anhebung etwa der Sach- und Fördermittel im Haushalt nicht zu finden ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Meine Damen und Herren, wer so, wie an diesem Beispiel gezeigt, mit dem Thema Integration umgeht, der sollte es lieber lassen. Wir brauchen an erster Stelle keine neuen hoch dotierten Beamtenstellen – für Parteigänger der FDP im Justizministerium gleich im Dutzend –, sondern wir brauchen einen Perspektivwechsel in der Integrationspolitik, eine Partizipation von Menschen und Organisationen aus dem Migrationsbereich und mehr Möglichkeiten für die Förderung von Initiativen und Dialogen. Das ist es, was wir brauchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten auch die fachpolitische Debatte an anderer Stelle führen. Ich will Ihnen aber mit Nachdruck zu bedenken geben, dass Sie mit dieser Vorgehensweise der Integration als Aufgabe für Hessen mehr schaden als nutzen werden.

(Minister Karlheinz Weimar: Ah!)

Deswegen mein Appell: Sie könnten es noch korrigieren.

Meine Damen und Herren, überhaupt gibt der Haushalt in allen Einzelplänen das wieder, was auch schon aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vor gut zwei Monaten zäh heraustropfte: Unambitioniertheit überall, trostlose Langeweile, immer öfter Versorgungsmentalität für die eigenen Parteigänger, statt Aufbruch zu neuen Ufern. Wenn man das mit den Wahlprogrammen vergleicht, dann kann man sich nur noch wundern. Wie propagierte die FDP doch einst? – „Unser Wort gilt!“

(Zurufe der Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Judith Lannert (CDU))

Unter genau diesem Slogan und dem Bild des Kollegen Krüger lesen wir in dem Programmabschnitt mit der Überschrift „Verantwortliche Haushaltspolitik“ – ich zitiere –:

Wir dürfen nicht auf Kosten unserer Kinder leben, indem wir ihnen unsere Schulden hinterlassen. Das bedeutet für die hessische Haushaltspolitik erstens: Verlässlichkeit; die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen. Zweitens: Nachhaltigkeit; die Nettoverschuldung wird gestoppt, und zwar möglichst ab dem Jahr 2011. Drittens: Zielgenauigkeit; die Kernaufgaben des Landes werden definiert und eingegrenzt.

Meine Damen und Herren, wenn bei der FDP das Wort tatsächlich noch gilt, dann können wir uns ja gemeinsam auf viele spannende Änderungsanträge zu diesem Haushaltsentwurf freuen. Dann wird die weimarsche Vorlage so nicht bleiben können, wie sie ist. Denn dieser Haushalt 2009 ist für die FDP und ihre Versprechen die Nagelprobe, was jetzt wirklich gilt.

Meine Herren von der FDP, ich rate Ihnen – ich habe ja auch schon ein bisschen politische Erfahrung –: Halten Sie Wort. Ich sage Ihnen, im Sinne Ihrer eigenen, so von Ihnen genannten verantwortlichen Haushaltspolitik können Sie mit Karlheinz Weimar und der CDU nicht rechnen. Aber wenn Sie wirklich Wort halten wollen, dann mit uns. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Kaufmann. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Blum zu Wort gemeldet.

Leif Blum (FDP):

Herr Kaufmann, ich weiß nicht, ob ich für Ihre kurzen Ausführungen, über das, was sich Ihrer Meinung nach bei innerparteilichen und innerfraktionellen Vorgängen meiner Partei abspielt, dankbar oder in der Tat doch verärgert sein soll. Ich sage Ihnen an dieser Stelle – wegen der Zeit in aller Kürze – Folgendes:

Erstens. Herr Kollege Kaufmann, ich erachte es für ein Unding, dass Sie Frau Staatssekretärin Beer und Frau Staatsministerin Henzler bei Ihren Ausführungen in diesem Haus als Zicken bezeichnen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich erwarte, dass Sie sich dafür entschuldigen. Nichtsdestotrotz bin ich Ihnen dafür ein Stück weit natürlich auch dankbar; denn, Herr Kollege Kaufmann, eines sage ich Ihnen ganz deutlich: Wer sich so über weibliche Mitglieder anderer Parteien und Fraktionen äußert, hat mit Sicherheit jeglichen moralischen Anspruch darauf verwirkt, sich in irgendeiner Form darüber zu äußern, ob, in welcher Funktion und in welcher Anzahl Frauen in der Fraktion und der Partei der FDP vertreten sind. Herr Kollege Kaufmann, daran werden wir Sie ab heute erinnern.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Blum. – Nächster in der Rednerreihenfolge ist Herr Kollege Willi van Ooyen für die Fraktion DIE LINKE.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin manchmal über die Lernfähigkeit, die man hier im Hause erlebt, dann doch erstaunt. Dass die offenbare Staatsferne der FDP, wenn es um Stellenbesetzungsfragen in hoch dotierten Ämtern geht, in Staatsnähe – –

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr van Ooyen, bitte entschuldigen Sie ganz kurz. – Wir haben hier bislang eigentlich eine sehr ruhige und aufmerksame Debatte erlebt. Das ist immerhin die Haushaltseinbringung. Ich würde bitten, dass wir in genau dieser Ruhe fortfahren. Herr Kollege van Ooyen hat das Wort. Alle anderen bitte ich, ruhig zu sein oder den Saal zu verlassen. Herzlichen Dank.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Vielen Dank. – Die Staatsferne der FDP wird bei den Stellenbesetzungen in den Ministerien ziemlich deutlich umgekehrt in eine Staatsnähe, wenn es um das Geldausgeben für die eigene Klientel geht.

(Beifall bei der LINKEN – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sie müssen für jeden Arbeitsplatz dankbar sein!)

– Wir kommen darauf zurück. Arbeitsplätze kann man überall schaffen, vor allem für Menschen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind.

Ich habe heute aber noch eine andere Überraschung erlebt, nämlich dass es doch so etwas wie eine Krise gibt. Herr Weimar hat die Rede zum Haushalt sehr nachdenklich begonnen und hat gesagt: „Diese tiefe Krise ...“ Vor gut einem Monat hatten wir als LINKE eine Aktuelle Stunde über die Krise beantragt. Die Regierungsparteien wussten damals nicht, welche Krise gemeint war. Herr Grüttner hat an Kickers Offenbach oder Eintracht Frankfurt gedacht.

(Minister Karlheinz Weimar: Jetzt wird es persönlich!)

– Eintracht Frankfurt nicht, aber Kickers Offenbach wahrscheinlich doch. Sie sind ablenkend ins Spiel gebracht worden.

„Was für eine Krise?“, fragten FDP und CDU gemeinsam. Dabei ist den Menschen im Land klar: Es handelt sich um die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seit den Dreißigerjahren des vergangenen Jahrhunderts. Millionen Menschen fürchten um ihren Arbeitsplatz, um ihre Ersparnisse und um ihre Zukunft. Davon ist in dem nunmehr vorgelegten Haushaltsentwurf nichts zu spüren.

Der Haushalt, den die Landesregierung heute einbringt, ist ein Haushalt der Zementierung sozialer Ungleichheit und des neoliberalen Privatisierungswahns. Er ist ein Haushalt der Solidarität mit den Reichen und Vermögenden, der auf den dünnen Beinen der Trickserei und der Mogelei steht. Darauf wurde hier schon in mehreren Reden hingewiesen. Ich will nur an die kreative Buchführung erinnern, die mit der Vokabel Vorsorgeprämie daherkommt.

Das Markenzeichen dieser Landesregierung ist nicht die antizyklische Politik, sondern die Fortführung gescheiterter neoliberaler Ideologien, von Deregulierung, Privatisierung und Sozialabbau im zarten Mantel keynesianischer Ankündigungsrhetorik. Das ist halt die weimarsche Nebelkerzentaktik: immer das Gegenteil von dem anzukündigen, was Sie gerade tun. In Zeiten guter Einnahmementwicklung haben Sie weiterhin Schulden gemacht und auf der Bundesebene und in der Öffentlichkeit den Sparminister gegeben. Gleichzeitig haben Sie den Neiddebatten gegenüber den Nehmerländern des Länderfinanzausgleichs Zucker gegeben.

Während wir in Zeiten wie diesen noch über antizyklische Politik diskutieren, bereiten Sie mit Ihrer Haushaltsplanung das nächste Fiasko vor. In den Hinterstuben wird sicherlich die nächste „Operation düstere Zukunft“ geplant.

(Petra Fuhrmann (SPD): Es ist fast nichts mehr da!)

– Na ja, über die düstere Zukunft kann man nachdenken. Ich denke, wir kommen nachher darauf zurück. Es geht darum, dass das, was 2003 als Vorlage angedacht war, im Grunde genommen durchaus wieder für 2010/2011 als Schattenspiel hervorgeholt werden kann.

Es wird darüber nachgedacht, welches Tafelsilber noch zugunsten der Profitmärkte und zulasten der Allgemeinheit verschleudert werden kann. Diese Politik der staatlichen Ausplünderung tragen wir nicht mit.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Finanzminister Weimar, wenn Sie bei der Verkündung des Haushaltsentwurfs jetzt angeben, dass Sie zusätzliches Personal, beispielsweise im Polizeidienst, einstellen, dann kann ich Ihnen nur entgegnen, dass die Einstellung von 150 Wachpolizisten und die Beibehaltung der Ausbildungsquote bei der Polizei die Auswirkungen Ihrer Rotstiftpolitik nicht wiedergutmacht. Wenn Sie den ersten Schritt, die von uns allen im Hause unterstützte Einstellung von 1.000 zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern und die Erhöhung der Referendarstellen, als bildungspolitisches Highlight feiern, dann möge Ihnen gesagt sein, dass dies a) nur ein erster Schritt sein kann, b) momentan ein Tropfen auf den heißen Stein ist und c) ohne eine Reform des überholten und unsozialen dreigliedrigen Schulsystems nur Stückwerk bleiben wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie jetzt auch noch von einem souveränen Staat als antizyklischem Akteur reden, dabei zeitgleich die Privatisierung im Bildungsbereich durch staatliche Förderung von Eliteschmieden wie der EBS ausweiten, Public-Private-Partnership-Projekte trotz gesteigener Bedenken fortführen und dann noch in der Zeit der größten Nettokreditaufnahme in Höhe von 2,5 Milliarden € das Neuverschuldungsverbot in der Verfassung des Bundes und Hessens festschreiben wollen, dann sparen und privatisieren Sie das hessische Gemeinwesen zugrunde.

In unseren Augen, in den Augen der Linksfraktion, hat dieser Haushalt drei Grundfehler. Erstens. Durch die grundsätzliche Ausweitung der Investitionssumme als Zeichen einer, wenn auch zaghaften und zögerlichen, antizyklischen Politik ohne ein nennenswertes leistungs- und aufgabengerecht ausgestaltetes Steuersystem wird der Staat über kurz oder lang ausgehungert.

Übrigens trägt hierfür nicht allein die Landesregierung die Verantwortung. Ich möchte daran erinnern: Insgesamt verliert der hessische Haushalt durch die Steuerpolitik der Bundesregierungen unter Schröder und Merkel dieses Jahr 1,537 Milliarden €. Von 1998 bis 2008, also in den zehn Jahren Bundesregierung von SPD, CDU und GRÜNEN unter Applaus und stetiger Komplizenschaft der FDP und der Hessischen Landesregierung, mussten die Hessen für die Steuergeschenke an Unternehmen und Vermögende zahlen. Unter dem Motto: „Wann wir zahlen Seit an Seit“, dürfen die Steuerzahler die Zeche für die ökonomische Elite zahlen. Das ist die Vorstellung des Kassinsozialismus für Reiche, die wir ablehnen.

Es ist ein politischer und gesellschaftlicher Skandal, wenn das Gemeinwesen ausgehungert wird, während andererseits exklusiv und in Hinterzimmern in Gesprächen für Großbanken und Großunternehmen bis zu 800 Milliarden € öffentliches Geld ausgeschüttet werden. Wir werden es nicht zulassen, dass die Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Beschäftigten und Transferleistungsempfänger abgewälzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Mit diesem Landeshaushalt und der von dieser Landesregierung forcierten Schuldenbremse liegt Ihnen ein enger Schuldenbegriff vor, der die Investitionen in Bildung formal ausweitet, aber die Ursachen des hessischen Bildungsfiaskos, nämlich den chronisch unterfinanzierten Bildungssektor sowie das vermurkste preußische dreigliedrige Schulsystem, beibehält. Der Umbau von Schul- und Hochschulgebäuden ersetzt nicht den dringend notwendigen Umbau des Bildungssystems. Eine gute Schule für alle ist nötiger denn je.

In Sachen sozialer Gerechtigkeit ist von dieser Regierung auch in diesem Haushalt nichts zu sehen. Nicht einmal das einzig konkrete sozialpolitische Versprechen dieser Koalitionsparteien, die Erarbeitung eines aussagekräftigen Armutsberichtes, ist im Haushalt enthalten. Stattdessen werden die Beschäftigungsprogramme trotz täglich steigender Arbeitslosenzahlen gerade einmal wie immer gehalten. Konzeptionelle Antworten auf die kommende Krise im Ausbildungsbereich, auf dem Arbeitsmarkt oder auf das sich verschärfende Verharren von Langzeitarbeitslosen in der Beschäftigungslosigkeit sind in diesem Haushalt nicht zu finden. Hessen braucht jetzt erst recht ein Antiarmutsprogramm, existenzsichernde Mindestlöhne und ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, das Menschen wieder Chancen zur Erwerbstätigkeit bietet.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Antwort dieser Landesregierung auf die selbst verursachte Sozial- und Bildungskrise ist die Subventionierung von privaten Eliteschulen wie der European Business School, die Kürzung von Geldern an Sozialträger wie den Landeswohlfahrtsverband und die Beibehaltung des Dogmas der „Operation düstere Zukunft“. Weiterhin müssen die Beschäftigten des öffentlichen Landesverzicht üben, steht die Verschleuderung des Landesvermögens auf der politischen Agenda und sind Sozialprogramme in Hessen chronisch unterfinanziert.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Der Anteil der aktiven Personalkosten, d. h. ohne Versorgungsausgaben, an den bereinigten Gesamtausgaben ist von 38,3 % im Jahre 2004 auf Planwerte von 29,21 % in diesem Jahr drastisch gesunken. Auch die kleine Kosmetik des Tarifvertrages und die in Aussicht gestellte Übertragung auf die Beamten verkleistern nicht, dass diese Landesregierung den Landeshaushalt auf dem Rücken ihrer Arbeiter, Angestellten und Beamten konsolidiert.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Immerhin, dass es mal einer zugibt: konsolidiert!)

– Konsolidiert auf Kosten der Beschäftigten. Das ist die „düstere Zukunft“ von 2003, das ist die Fortsetzung der gleichen Politik.

Dieser kochschen Umverteilung von unten nach oben werden wir konsequent Widerstand entgegensetzen. Der Einstieg in die Solidargemeinschaft der Tarifverträge der Länder bleibt ein Muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens. Diese Landesregierung gibt mit diesem Landeshaushalt nur zögerliche, falsche oder keine Antworten auf die Wirtschafts- und Finanzkrise.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Na, also!)

In Zeiten historisch wachsender Arbeitslosenzahlen, drastisch sinkender Wirtschaftsleistungen und steigender Verunsicherung der Menschen gibt diese Landesregierung – außer der vorgesehenen Ausweitung von Bürgschaften und Investitionsausgaben – keine Antwort auf die Wirtschaftskrise. Es ist schon interessant, dass – außer der Ankündigung von Investitionsprojekten in Infrastruktur, dem Verpflanzen fragwürdiger Industrieleuchttürme und einer wahrhaft popeligen Aufstockung des Beschäftigungsprogramms um 1,1 Millionen € – keinerlei Ideen oder Vorstellungen für aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik existieren.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Jetzt kommen aber Ihre Vorschläge!)

Dabei wächst die Krise immer weiter an. Die Wirtschaftsinstitute erwarten einen drastischen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts um 5 % auch für Hessen. Allein im März ist in Hessen für fast 50.000 Beschäftigte Kurzarbeit angezeigt worden, und die Anzahl der Arbeitslosen ist schon jetzt um Tausende gestiegen. Das ist erst der Anfang eines großen Arbeitslosenheeres; dies prognostizieren sämtliche relevanten Wirtschaftsinstitute.

Es ist nicht lange her, dass uns an vielen hessischen Wegen der Spruch entgegnet: „In Zeiten wie diesen kämpfen wir um jeden Arbeitsplatz“. Momentan entsteht bei uns der Eindruck, dass hier nur um Ministerposten gekämpft wurde und diese Landesregierung sich darin erschöpft, in aller Öffentlichkeit über die Opel-Rettung ordnungspolitisch zu debattieren, jedoch außerhalb dessen kaum etwas für die Menschen im Lande getan wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich befürchte, dass die Opel-Rettungsgedanken wahrscheinlich nur bis zum 27. September 2009 tragfähig sind. Das ist das Los, das bei der Opel-Rettung immer noch mitschwingt.

Was kann denn ein Arbeitsloser oder Hartz-IV-Empfänger von dieser Landesregierung erwarten? Was tut denn diese Regierung zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von Menschen, was tut diese Regierung für ein nachhaltiges, solidarisches und gerechtes Bildungs-, Sozial- und Umweltsystem? Diese Fragen bleiben beim bisherigen Lesen des Haushaltsplans offen und unbeantwortet. Es bleibt zu hoffen, dass die Alternativen der Opposition für eine aktive, öffentlich geförderte Beschäftigungspolitik oder die progressive Beteiligung des Staates an gesunden, durch die Finanzkrise gefährdeten Unternehmen nicht der ideologischen Borniertheit der Mehrheitsfraktionen zum Opfer fallen. Dazu ist die wirtschaftliche Situation zu ernst und sind gerade jetzt die Erwartungen der Menschen an die Politik zu groß, als dass sie an der Ignoranz von Regierungsmehrheiten scheitern sollten.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Minister Weimar, dabei sollten Sie auch zur Kenntnis nehmen, dass Ihre ambitionierten finanzpolitischen Ziele der mittelfristigen Konsolidierung der hessischen Landesfinanzen, Ihre scheinbare Investitionsfreudigkeit und Ihre Vorstellungen von Steuerpolitik mit denen Ihrer Kolleginnen und Kollegen in der Landesregierung schlicht unvereinbar sind – oder Sie wollen ganz bewusst die Öffentlichkeit täuschen. Es ist schlichtweg eine Quadratur des Kreises, jetzt Investitionen in Höhe von 1,7 Milliarden € durch Pump 30 Jahre lang abzufinanzieren, im Bundesrat als Hessische Landesregierung Erklärungen für weitere Steuersenkungen abzugeben und dann gleich noch die verfassungswidrige und verheerende sogenannte Schuldenbremse für Hessen ab 2020 zu unterstützen. Das ist schon angesichts der Herausforderungen an verantwortungsbewusstes staatliches Handeln eine Zumutung.

(Beifall bei der LINKEN)

Erklären Sie doch bitte anhand Ihrer mittelfristigen Finanzplanung, wie Sie die strukturelle Verschuldung von mehr als 1 Milliarde € abbauen wollen, ohne staatliche Leistungen wegzukürzen. In der jetzigen Finanzplanung lesen wir nur bestenfalls als optimistisch zu bezeichnende Steuereinnahmewachse für das Land Hessen in Höhe

von 781 Millionen € für das Jahr 2010 und 1,27 Milliarden € für 2011. Inwieweit diese Zahlen mit den Steuerkürzungsprogrammen von FDP und CDU, der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung oder den Resultaten der großen neoliberalen Steuersenkungscoalition vereinbar sind, möchte ich arg in Zweifel ziehen. Dabei stehen schon die diesjährigen Steuererwartungen auf wackligen Füßen und werden spätestens nach der Mai-Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzungen überholt sein.

Oder wollen Sie etwa noch mehr öffentliches Eigentum ab 2010 verscherbeln? Es scheint so, als ob Leo III nur vertagt wurde und der schwarz-gelbe Privatisierungswahn in den Startlöchern verharrt und schon mit den Füßen scharrt. Dass Sie trotz der rasanten Kritik an PPP-Projekten und der schwierigeren Finanzbedingungen auch noch mehr Mittel für Personal im Bereich Public-Private-Partnership-Projekte zur Verfügung stellen und dann die hessischen Steuerzahler 100.000 € für eine Lobbyvereinigung der Privatwirtschaft wie die Öffentliche Partnerschaft Deutschland AG, wie im Einzelplan 17 nachzulesen, berappen darf, grenzt schon an Privatisierungswahn. Dass Sie dann auch noch durch die Finanzplanung ab 2011 den Kommunen durch Ihre Politik 400 Millionen € plus ca. 40 bis 50 Millionen € Zwangsbeiträge für das Sonderinvestitionsprogramm, fast eine halbe Milliarde € durch rabiate Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs wegnehmen wollen, beweist wiederum nur eines: Diese Regierung saniert sich zulasten der Kommunen und zögert so ihr finanzpolitisches Versagen nur hinaus.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie bei Leo I und II einmalige Einnahmen zulasten jährlicher Mehrausgaben für Mieten von mehr als 300 Millionen € als finanzpolitischer Erfolg gefeiert wurden, brüstet sich diese Landesregierung über das geplante spitze Abrechnen von kommunalen Einnahmen mit Einnahmen der Landesregierung. Ich prophezeie Ihnen schon jetzt, dass diese Rotstiftpolitik zulasten der Kommunen den Ausnahmefall der Haushaltssperre und Einsparauflagen zum Regelfall in der hessischen Politik machen wird.

Damit tragen Sie die Verantwortung für die kommende politische Handlungsunfähigkeit und Kürzungssorgen in den hessischen Kommunen. Schon jetzt sind im Schnitt der letzten Jahre mehr als 200 Gemeinden defizitär und haben wir ein strukturelles Finanzproblem der Landkreise in den ärmeren Regionen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Völliger Unfug, was Sie erzählen!)

– Nein, das ist so. – Folge Ihrer Kürzungspolitik des Kommunalen Finanzausgleichs wird die Schlechterstellung der armen Kommunen und das Ansteigen von kommunalen Gebühren sein. Damit bezahlen wieder die Eltern von Kindern in Schulen und Kitas mit ihren Gebühren für Ihre Konsolidierungserfolge und wird die Armut vieler kommunaler Kassen zementiert. Sie lassen mit dieser Kürzungspolitik die hessischen Kommunen und Menschen im Stich. Wenn das Ihre Vorstellung von einer neuen Selbstverantwortung ist, fällt mir nur eines ein: gute Nacht Hessen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber es gibt auch Trost. Immerhin feiern wir gemeinsam mit den mutigen Initiativen – zum Schluss gehörten selbst die GRÜNEN dazu – am 28. April ein kleines Fest, weil wir im Jahr 2003 in Frankfurt am Main verhindert haben, dass die U-Bahn dem Cross-Border-Leasing zum Opfer

gefallen ist. Solchen Widerstand brauchen wir überall, und wir werden uns dafür engagieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber kommen wir noch einmal auf das eigentliche Grundproblem dieser Landesregierung zu sprechen. Ich möchte dabei eines voranstellen. Unsere Fraktion wird in ihrer ersten Haushaltsberatung konstruktiv an den Beratungen teilnehmen und eigene Gestaltungsinitiativen für eine nachhaltige Umweltpolitik, gute Bildung und soziale Gerechtigkeit für alle in die Debatte einbringen. Dabei werden wir die politischen Prioritäten der Landesregierung genau prüfen und sämtlicher forcierter Privatisierung, Deregulierung und Sozialabbau Widerstand entgegenzusetzen.

Was wir jedoch nicht mitmachen werden – das in Richtung SPD und GRÜNE –, ist das Wetteifern um den besten Sparkommissar. Wir werden als Fraktion konkrete Einsparungs- und Umverteilungsvorschläge einbringen, die jederzeit machbar sind. Dabei stellen wir uns der Frage, ob denn das hessische Gemeinwesen ausreichend finanziert ist, um seine Aufgaben zuverlässig, bürgernah und demokratisch zu erfüllen.

Das Grundproblem dieser Landesregierung ist nicht der immer wieder hochgehaltene Länderfinanzausgleich oder die vermeintlich in Geld schwimmenden Kommunen, sondern die unsoziale Steuerpolitik der Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte.

(Beifall bei der LINKEN)

Unsere Fraktion wird deshalb parallel zu den Beratungen einen Antrag mit dem Titel „Solidarische Finanzierung sichern – Reichtum gerecht verteilen“ einbringen, um Ihnen, Herr Weimar, ein wenig auf die Sprünge zu helfen. Ihr Haushalt reiht sich ein in die Reihe anderer Landeshaushalte, die alle eine Politik der Staatsauszehrung betreiben. Das gilt im Übrigen auch für den Bundeshaushalt. Diese Politik der Staatsauszehrung ist das Resultat der ganz großen Koalition, die dieses Land faktisch schon länger als seit 2005 regiert. Diese Politik der Staatsauszehrung hat Deutschland und Hessen unsozialer, ärmer und kälter gemacht. Den Jahrzehnten der Entstaatlichung darf nicht der Hungertod auf Raten folgen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Machen Sie ein paar Vorschläge!)

Wir hatten, wie Sie alle wissen, 1999 bundesweit eine Staatsquote von 48,1 %. Wir haben jetzt noch eine Staatsquote von 43,9 %.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist auch gut!)

Hessen bewegt sich dabei vollkommen im Tross der Bundesrepublik Deutschland, die sich in der Frage der Staatsquote insgesamt vom Niveau Kontinentaleuropas und Skandinaviens wegbewegt zum Niveau von Schweländern wie der Türkei oder Litauen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Keine Diskriminierung!)

Durch diese Steuersenkungspolitik entstehen dem Land Hessen und den hessischen Kommunen jährlich mehr als 1 Milliarde € an Verlusten, die Ihre Parteien seit 1998 in Bundestag und Bundesrat politisch zu verantworten haben.

Der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger berechnet, dass alleine die Anhebung der Staatsquote auf das europäische Durchschnittsniveau Bund und Ländern 85 Milliarden €

Mehreinnahmen brächte. Dass dies nicht geschieht, ist verheerend und tragisch zugleich. Sie haben diese Mittel im Wesentlichen den Vermögenden und Großunternehmen geschenkt, die damit die Blasen gefüllt haben, die jetzt spektakulär platzen und uns in die jetzige Krise gebracht haben. Jemand, der bei denen, die Vermögen haben, das Geld nicht abschöpft und wieder dem volkswirtschaftlichen Kreislauf durch Stärkung der Massenkaufkraft zuführt – das ist nämlich der Sinn –

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Können Sie „abschöpfen“ inhaltlich definieren?)

– Abschöpfen heißt Steuerpolitik betreiben.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Konkret?)

– Konkret könnte man sagen: Nicht, wie die SPD jetzt vorschlägt, den Spitzensteuersatz auf 47 %, sondern beispielsweise wie damals unter Helmut Kohl auf 53 % anheben.

(Clemens Reif (CDU): Wieso nur auf 53 %?)

– Das ist auch eine Überlegung. Aber wir könnten einmal anfangen bei Helmut Kohl. Das wäre schon mal ein Anfang.

(Hermann Schaus (DIE LINKE), zur CDU gewandt: Wofür sind Sie?)

Wenn Sie für höhere Steuersätze sind, werde ich Ihnen nicht widersprechen, Herr Reif.

Jemand, der bei denen, die Vermögen haben, das Geld nicht abschöpft und wieder dem volkswirtschaftlichen Kreislauf durch Stärkung der Massenkaufkraft zuführt, ist mitschuldig an dem Platzen dieser Spekulationsblasen. Das sind Sie, die diese Politik zu verantworten haben.

(Clemens Reif (CDU): Erst einmal alles enteignen?)

Wir werden vorschlagen, dass die Hessische Landesregierung eine Initiative in den Bundesrat einbringt, die erstens die Wiedereinführung der Vermögensteuer und zweitens eine angemessene, leistungsgerechte Erbschaftsteuer beinhaltet.

(Beifall bei der LINKEN)

Rund 200 Milliarden € werden zurzeit jährlich in Deutschland vererbt, Tendenz steigend. Gerade einmal 4 Milliarden € brachte die Erbschaftsteuer bislang ein. Die Erbschaftsteuer liegt momentan bei 1 %, bezogen auf das gesamte vererbte Vermögen. Das ist viel zu wenig. Würden Erbschaften in Deutschland so besteuert wie in Frankreich, müsste die Steuer bundesweit 12 Milliarden € einbringen.

Wir wollen mit dieser Erbschaftsteuer zusätzliche Einnahmen erzielen. Große Erbschaften sollen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden. Die Erbschaft- und Schenkungsteuer muss sozial gerecht sein, und ihr Potenzial muss endlich genutzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Summa summarum hätte Hessen mit dieser Steuerinitiative ca. 1,8 Milliarden € Mehreinnahmen für ein handlungsfähiges solidarisches Gemeinwesen mit Zukunftsinvestitionen in Bildung, Umwelt und Soziales. – Wenn Sie also wieder einmal die Frage stellen, womit die Vorschläge unserer Fraktion finanziert werden sollen: Hier hatten Sie die Antwort.

Mit unseren Vorstellungen sind wir übrigens in guter Gesellschaft. Es gibt ein interessantes Papier mit dem Titel „Reichtum nutzen, Armut bekämpfen, Mittelschicht stärken“. Dieses Papier haben unter anderem die Bundestagsabgeordnete Herta Däubler-Gmelin, der Leiter des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt in Siegen, Günter Hensch, und Margret Mönig-Raane von ver.di unterschrieben. Frau Präsidentin, lassen Sie mich kurz einige Zitate daraus bringen, damit erkennbar wird, wie wichtig es ist, eine Bündnispolitik in dieser Richtung zu betreiben.

(Clemens Reif (CDU): Könnten Sie eigentlich einmal das SED-Geld an den Staat zurückführen?)

– Ich habe das leider nie gekriegt. Herr Reif, Sie waren wahrscheinlich näher dran als ich. Das wird wahrscheinlich so gewesen sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie fordern dort, dass wir durch gerechte Steuern in diesem Lande wieder vorwärtskommen können, unter anderem durch die

Wiedereinführung der Vermögensteuer, weil bereits ein Vermögensteuersatz von 1 %

– Herr Reif, hören Sie zu, das ist nicht von mir, sondern von wichtigen Sozialdemokraten, die einen Vorschlag gemacht haben –

zu Mehreinnahmen von 16 Milliarden € führen würde (bei einem Freibetrag von 500.000 €),

– immerhin, das kann man schon als eigenes Häuschen bezeichnen –

die für Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung verwendet werden.

Sie fordern eine

Ausgestaltung der Erbschaftsteuer mit dem Ziel eines Aufkommens von wenigstens 10 Milliarden €, bei hohen Freibeträgen für Ehegatten und Kinder.

Sie fordern, die Steueroasen trocken zulegen:

Verstärkte Bekämpfung von Steuerhinterziehung durch personelle Verstärkung bei Betriebsprüfungen sowie Steuerfahndung durch die Länder und Erhöhung des politischen Drucks auf internationaler Ebene.

Diese klugen Sozialdemokraten fordern in ihrem Papier schließlich die

Neujustierung der Progression bei der Einkommensteuer. Die unteren und mittleren Einkommen müssen entlastet, höchste Einkommen stärker belastet werden.

Das ist auch unsere Meinung.

(Beifall bei der LINKEN – Hermann Schaus (DIE LINKE), zur SPD gewandt: Wo bleibt der Beifall?)

Aber stattdessen überbieten sich SPD, CDU/CSU und natürlich die FDP in einem Steuerdumpingwettbewerb. Kurz vor den Bundestagswahlen werden von Ihren Parteien den Wählerinnen und Wählern Steuergeschenke wie auf dem Fischmarkt feilgeboten. Die Rechnung zahlen die Kassen von Bund und Ländern.

Mit einer Initiative zur Steuergerechtigkeit wollen wir zudem mit der Schaffung von zusätzlichen Stellen für Betriebsprüfer und Steuerfahnder den Vollzug der Gesetze

stärken und zusätzliche Einnahmen gewinnen. Eine entsprechende Initiative hatten wir schon in der letzten Legislaturperiode eingebracht. Lassen Sie also das Versprechen von Steuergerechtigkeit einmal konkret werden. Im Entwurf des Landeshaushalts ist dies eine Nullnummer.

Stattdessen werden die Ausbildungskapazitäten des Studienzentrums der Finanzwirtschaft in Rotenburg an der Fulda durch Personalkürzungen beschränkt, und es soll bei den kommenden Steuerinspektoren des gehobenen Dienstes gekürzt werden. Dies werden wir nicht akzeptieren. Immer noch ist Hessen eines der Schlusslichter bei einzelnen Bundesvergleichen für Prüfungspflichten.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Bei der Umsatzsteuerprüfung kommen auf einen Prüfer 4.172 Unternehmen. Damit ist Hessen und sind somit auch Sie, Herr Finanzminister, nach Angaben der Deutschen Steuer-Gewerkschaft bundesweit Schlusslicht in Sachen Steuergerechtigkeit. Es wäre ein Armutszeugnis, wenn das Land Hessen 2,5 Milliarden € Schulden aufnimmt und dann nicht einmal die Einnahmefähigkeiten, die es hat, optimal nutzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich zum Schluss kommen und einen Ausblick auf die kommenden Beratungen werfen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Wir begrüßen ausdrücklich, dass allen Fraktionen, zumindest denen der Opposition, durch die Beratungsleistungen des Budgetbüros tatkräftige Unterstützung gegeben wird. Was wir jedoch hinsichtlich der Transparenz und Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit am Entwurf des Landeshaushalts kritisieren, sind die absoluten Verzerrungen des Aussagegehaltes der Haushaltsangaben durch immer wieder neue Berechnungen der Vorsorgeprämien und die Verweigerung des Vorhaltens konkreter Leistungsergebnisse bei den Leistungsindikatoren. Ich gewinne den Eindruck, dass durch solch einen Haushaltsentwurf mehr verdeckt und gemogelt wird, als dass das Parlament befähigt wird, sein Haushaltssatzungsrecht umfassend wahrzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Schlussendlich bleibt als Fazit dieses Haushaltsentwurfs stehen, dass sich diese Landesregierung irgendwie durchmogelt, die alte unsoziale Politik der „Operation düstere Zukunft“ trotz einzelner kosmetischer Korrekturen weiterhin Dogma bleibt und Privatisierungspolitik trotz Finanzkrise und desaströsem Marktversagen Kern Ihres Handelns ist. Da hilft es auch nicht, wenn Sie, Herr Weimar, sich hinter dem vermeintlich ausufernden kommunalen Finanzausgleich, dem Länderfinanzausgleich und sinkenden Steuereinnahmen verstecken wollen. Vielmehr sind Antworten auf die Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftskrise gefragt.

Wir werden als Fraktion unseren Beitrag für eine moderne solidarische Politik leisten. Es liegt an Ihnen, unsere Vorschläge für mehr Bildungsinvestitionen, auch in Personal, für soziale Gerechtigkeit, für nachhaltige Entwicklung, für Beschäftigung und Umwelt, für kleinere Klassen, kleinere Gruppen in Schulen und Kindergärten, für die Einführung eines Sozialtickets für bedürftige Menschen oder für die Etablierung eines Antiarmutprogramms aufzunehmen. Gerade in Zeiten wie diesen muss die Massenkaukraft bei den Beziehern niedriger Einkommen auch aus konjunkturellen Gründen gestärkt werden. Wir

dürfen die Schwachen nicht für das Versagen der Leistungseliten in den Vorstandsetagen und Banken bezahlen lassen, sondern wir müssen endlich eine Umverteilung von oben nach unten bewerkstelligen.

(Beifall bei der LINKEN)

Höhere Abgaben und Steuern, wie wir sie für Vermögende vorschlagen, sind ein Anfang, um soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Wir werden den Blick „von unten“, den Blick der kleinen Leute auf die Haushaltsberatungen an den Tag legen – sicherlich nicht nur im Landtag. Deshalb setzen wir auf einen kämpferischen 1. Mai, an dem unsere Forderungen auch bei den Gewerkschaften deutlichere Konturen erfahren. Es geht in den nächsten Wochen darum, die Linksfrente zu stärken und dem Neoliberalismus breiten Widerstand entgegenzusetzen. Deshalb setzen wir auf eine große Beteiligung bei den Demonstrationen am 16. Mai 2009 in Berlin unter dem Motto „Die Krise bekämpfen. Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen!“ Wir rufen die Menschen auf, sich für ihre Interessen einzusetzen und mit uns gemeinsam dort zu demonstrieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr van Ooyen. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Milde das Wort.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rudolph, das wäre Ihr Koalitionspartner gewesen. Gerade war Gelegenheit, zuzuhören, was die wollen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD)

Darüber kann man auch mit einem flapsigen Spruch nicht hinwegkommen. Der Kollege Rudolph kommt heute noch ins Schwitzen, wenn er daran denkt, dass er da letztes Jahr beinahe mitgemacht hätte.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Ich schwitze, wenn es warm ist! Da muss mehr kommen!)

Das gilt nicht nur für die SPD, sondern auch für die GRÜNEN. Kollege Kaufmann, wir haben den GRÜNEN im letzten Jahr mehrfach angeboten, einen gemeinsamen Haushalt aufzustellen und dieses Land vom Sozialismus zu befreien.

(Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sie haben das abgelehnt. Die Hessen haben sich danach selbst vom Sozialismus befreit.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Herr Kollege Kaufmann, bei aller Wertschätzung Ihrer Kenntnisse des Haushalts: Ich finde, die Form Ihrer Rede, Ihre Polemik, die bemühte Witzigkeit Ihrer Rede, die sich kaum mit den ernststen Fragen in diesem Haushalt be-

schäftigte, entsprach weder Ihrem Niveau noch der Würde dieses Hauses.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war alles?)

Sie werden sich nicht wundern, Herr Kollege Kaufmann,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ihnen wundere ich mich nicht mehr!)

dass ich, ähnlich wie der Kollege Leif Blum, zu dem Ergebnis komme, dass der Haushalt 2009, wie er von Karlheinz Weimar und der Landesregierung hier vorgelegt wurde, die richtige Antwort auf die Konjunkturkrise ist und dass die Zahlen, die in diesem Haushalt stehen, das widerspiegeln, was wir derzeit in der Wirtschaft und in der Finanzwelt erleben. Ich muss sagen, es ist ein ausgesprochen mutiger Haushalt, der die richtigen Antworten gibt, der Investitionen schafft und deshalb auch die Möglichkeit gibt, Herr Kollege van Ooyen, dass die Arbeitsplätze in diesem Lande erhalten bleiben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Kollege Blum hat – für meine Begriffe sehr eindrucksvoll – dargestellt, in welcher Situation wir uns im Moment befinden. Da finde ich es schon ein bisschen provinziell, was die Opposition hier und heute zum Thema Neuverschuldung und zu diesem Landeshaushalt gesagt hat. Wir erleben derzeit einen Rückgang in der Wirtschaftskraft und im Steueraufkommen in einem Umfang wie noch nie in der Nachkriegszeit, und das Zentrum, das Herz der deutschen Wirtschaft, nämlich das Rhein-Main-Gebiet, ist davon besonders betroffen. Das ist doch selbstverständlich. Das hat uns selbstverständlich früher getroffen als andere Bundesländer. Deshalb hat der Herr Finanzminister vorhin auch darauf hingewiesen, dass wir bereits im vierten Quartal 2008, anders als andere Bundesländer, starke Rückgänge zu verzeichnen hatten. Wir hatten im Jahr 2009 mit den Auswirkungen von Entscheidungen zu kämpfen, die in Berlin getroffen wurden, die wir von hier aus gar nicht beeinflussen konnten. Ich denke an das Urteil zur Pendlerpauschale, aber auch an Beschlüsse, die Sie im letzten Jahr für diesen Haushalt gefasst haben, z. B. zur Abschaffung der Studiengebühren. Damit waren und sind Einnahmeausfälle bzw. höhere Ausgaben verbunden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wollen Sie sie wieder einführen?)

Wenn Sie das hinzurechnen, was wir mit der „Operation sichere Zukunft“ ab dem Jahr 2004 eingespart haben, dann kommen Sie auf eine gewaltige Summe. Bis zu diesem Jahr wurden 1,2 Milliarden € weniger ausgegeben, als ohne diese Maßnahmen ausgegeben worden wäre.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fiktive Einsparungen!)

Das ist eine hervorragende Leistung dieses Finanzministers.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kaufmann, Ihr Zitat aus der „FAZ“ hat noch nie gestimmt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat immer gestimmt!)

Herr Kaufmann, das Zitat klingt zwar immer gut, Sie können aber der Feststellung nicht widersprechen, dass dieser Haushalt – Sie mögen ihn als nicht solide bezeichnen – eine besondere Transparenz hat, dass er die Zukunft und die aktuelle Situation genau widerspiegelt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich widerspreche ich!)

Dieser Haushalt ist transparenter als alle Haushalte, die in Ihrer Regierungszeit aufgestellt wurden.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch eines sagen. Wenn der Kollege van Ooyen von „Bildungsarmut im Haushalt“ redet, dann empfehle ich, dass sich der Kollege van Ooyen einmal den Haushalt 1998 anschaut. Dann wird er sehen, wie gering die Bildungsausgaben unter Rot-Grün waren, während wir in diesem Bundesland jetzt jedes Jahr über 1 Milliarde € zusätzlich in die Bildung investieren.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 1998 gab es den Euro noch gar nicht!)

Wir haben es in diesem Haushalt mit sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben zu tun. Es ist in einer Krise normal, dass die Einnahmen zurückgehen. Ich brauche nicht zu wiederholen, in welchen Bereichen neben dem Konjunkturpaket, das der Bund und das Land geschnürt haben, zusätzlich Investitionen in den Landeshaushalt hineingepackt wurde. 2009 wird aber das Haushaltsjahr mit den höchsten Investitionen in der Nachkriegszeit. Deshalb ist dieser Haushalt die richtige Antwort auf die Krise.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Man kann mit dem Thema natürlich auch so umgehen, wie es die SPD macht, wie es der Kollege Schmitt eben zu tun versucht hat. Da gibt es interessante Themen, z. B. die Vermögensteuer. Der Kollege Schmitt, der sich hier vehement für die Vermögensteuer einsetzt, hat gerade die Glaubwürdigkeit seines eigenen Kanzlerkandidaten in Zweifel gezogen, der genau dieses Thema in der letzten Woche für beerdigt erklärt hat.

(Zurufe von der SPD)

Eine ähnliche Situation haben wir übrigens bei der Frage der Schuldenbremse. Wir werden darauf gleich noch einmal zurückkommen. Die Notwendigkeit einer Schuldenbremse ist in der deutschen Finanzpolitik inzwischen eigentlich unbestritten. Alle Finanzpolitiker und eigentlich alle in der Politik sind sich einig,

(Zurufe von der SPD: Nur die von der CDU nicht!)

dass wir, wenn wir diese Krise überwunden haben, aufhören müssen, neue Schulden zu machen – und zwar bundesweit. Gerade die SPD – in Schleswig-Holstein z. B. in Gestalt von Herrn Stegner – kämpft vehement dagegen, dass eine Schuldenbremse in Deutschland eingeführt und ein Verschuldungsverbot in die Verfassung aufgenommen wird. Das zeigt, wie zerstritten Sie in der Finanzpolitik sind.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bleiben Sie in Hessen!)

Uns allen muss klar sein, dass eine Konsolidierung der Haushalte in den kommenden Jahren nur dann möglich sein wird, wenn wir wieder Wachstum bekommen, wenn

wir höhere Steuereinnahmen haben. Wenn Sie hier Vorschläge machen, Geld einzusparen,

(Norbert Schmitt (SPD): Dann blockiert ihr doch!)

frage ich Sie: Wo wollen Sie einsparen – über die Maßnahmen hinaus, die wir in den letzten Jahren durchgeführt haben, die der Finanzminister noch im letzten Jahr umgesetzt hat?

Wollen Sie bei den Ausgabensteigerungen, die wir uns in diesem Jahr vornehmen müssen, tatsächlich auf 1.000 zusätzliche Lehrer verzichten? Wollen Sie auf die 500 zusätzlichen Polizeianwärter verzichten? Dann sagen Sie das doch wenigstens ehrlich, bevor Sie hier kritisieren, dass die Ausgaben steigen.

All das sind Ausgaben, bei denen ich davon ausgehe, dass sie den Wunsch der gesamten Bevölkerung widerspiegeln. Wir haben das im Wahlkampf versprochen. Wir werden dieses Versprechen halten und mit der Verabschiedung dieses Haushalts umsetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Kaufmann, Herr Kollege Schmitt, natürlich ist der Länderfinanzausgleich ein Thema – ich bin sehr froh, dass der Bundesratsminister Boddenberg dieses Thema in Berlin noch einmal angesprochen hat –, das für das Land Hessen existenziell wichtig ist.

Was die Mehreinnahmen betrifft: Herr van Ooyen, Sie haben eben aufgeführt, was für Mehreinnahmen wir hier hätten. All das würde zu 70 oder 80 % an die anderen Länder fließen. Wir hätten doch gar nichts davon. Es kann sein, dass es Ihnen recht ist – wenn Sie das wollen –, dass es nachträglich in die DDR zurückfließt.

(Zurufe von der LINKEN)

Aber es kann nicht in unserem Interesse und im Übrigen auch nicht im Interesse anderer Bundesländer sein, die heute Nehmerländer sind, dass das System des Länderfinanzausgleichs keinerlei Anreiz bietet, mehr Steuereinnahmen zu haben; denn alles, was man zusätzlich einnimmt, muss an andere Länder abgetreten werden, oder es kommt weniger aus dem Länderfinanzausgleich zurück. Das System des Länderfinanzausgleichs, wie wir es im Moment haben, belastet Geber- und Nehmerländer gleichermaßen.

Herr Kollege Kaufmann, wir führen diese Diskussion an anderer Stelle. Deswegen ist das System nicht richtig. Es bietet keine Leistungsanreize, und es muss umgestellt werden. Es kann auch nicht sein, dass in manchen Jahren ein Bundesland allein – wie Hessen – fast die Hälfte des Gesamtaufkommens des Länderfinanzausgleichs zahlt.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bei dieser Diskussion gehe ich auch sehr offen und transparent mit dem Thema Kommunalen Finanzausgleich um. Sie haben das vorhin angesprochen. Viele kritisieren, dass wir ehrlich gesagt haben, wir müssten daran etwas ändern.

(Norbert Schmitt (SPD): Wann haben Sie das ehrlich gesagt?)

– Wir haben das in der Koalitionsvereinbarung eindeutig erklärt. Wir haben das in den letzten Monaten und Jahren immer gesagt.

(Norbert Schmitt (SPD): Was?)

Die Entwicklung der Steuereinnahmen zulasten des Landes und zugunsten der Kommunen war immer schon ein Thema in diesem Haus. Schauen Sie sich das an: Der Anteil der Kommunen an dem in Hessen verbleibenden Steueraufkommen ist von 45 auf 50 % angewachsen, während das Land einen Rückgang von 55 auf 50 % zu verzeichnen hat.

Es kann nicht so weitergehen, dass uns in manchen Jahren der gesamte Landeshaushalt zerschossen wird, wenn wir Steuerrückgänge haben und trotzdem mehr in den Länderfinanzausgleich zahlen müssen, da die Einnahmen der Kommunen gestiegen sind. Es kann doch nur die Gesamtaufgabe dieses Parlaments sein, dieses Thema anzugehen – auch wenn es ein schwieriges Thema ist –, am Ende zu einer Lösung zu kommen und mit den Kommunen darüber zu diskutieren, dass es so nicht weitergehen kann.

In diesem Haushaltsentwurf sind Mittel für Rekordinvestitionen von über 2,4 Milliarden € enthalten. Ich muss Ihnen sagen, das sind berechnete Ausgaben, die wir zusätzlich tätigen und die allesamt – das habe ich eingangs gesagt – zu den Konjunkturpaketen hinzukommen.

Ich glaube auch, es ist wirklich kleinlich, wenn wir in einem Jahr, das eine Krise nie gekanntes Ausmaßes mit sich bringt, im Zusammenhang mit dem Haushalt ausschließlich über die Nettoneuverschuldung debattieren.

(Günter Rudolph (SPD): Kleinlich!)

Anders wäre es, wenn Sie das im nächsten oder im übernächsten Jahr machen würden. Für 2011 würde man das erwarten. Aber ich finde es wirklich kleinlich von der Opposition, in den Jahren 2009 und 2010 ausschließlich über das Thema Neuverschuldung zu reden.

(Beifall bei der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Wir werden Sie daran erinnern, dass Sie das gesagt haben!)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Herr Kollege Milde, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage. Ich komme jetzt relativ schnell zum Schluss; denn die wesentlichen Aussagen zu diesem Haushaltsentwurf sind gemacht worden.

Aber ich möchte einmal ein paar Ausgaben in Erinnerung rufen, die jetzt gemacht worden sind. 61 Millionen € für den Digitalfunk – wollen Sie das nicht? Oder nehmen Sie die Lehrerstellen, die Stellen für Lehrer im Vorbereitungsdienst und die zusätzlichen Stellen im Jugendstrafvollzug. All die Mehrausgaben, die Sie kritisiert haben, betreffen Themen, über die wir uns in diesem Haus einig waren. Sie haben uns im Wahlkampf bei den Forderungen nach der Einstellung von Lehrern und Polizisten sogar noch überbieten wollen. Diese Unehrllichkeit lassen wir Ihnen heute nicht durchgehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir werden

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mehr Schulden haben!)

bei dem Thema Länderfinanzausgleich auch auf mehr Einnahmen oder auf weniger Ausgaben des Landes innerhalb sehr kurzer Zeit bauen müssen. Es sind diese zwei

Punkte: Zum einen müssen wir uns mit den Kommunen über die Verteilung der Steuereinnahmen auf kommunaler und auf Landesebene einigen. Zum anderen brauchen wir beim Länderfinanzausgleich Lösungen. Sonst kommen wir in Hessen nicht zu der beabsichtigten Nullverschuldung. Das wird nur möglich sein, wenn wir auf der einen Seite unseren Konsolidierungs- und Sparkurs weiterführen und auf der anderen Seite nicht länger diese immensen Summen an die Kommunen und die anderen Bundesländer zahlen.

Deswegen appelliere ich noch einmal an Sie, dass wir das Thema Schuldenbremse gemeinsam angehen und dass jeder mit seinen Kollegen in den anderen Bundesländern darüber redet. Das, was Herr Kollege Stegner zu diesem Thema gesagt hat, ist für meine Begriffe die reinste Unsolidarität. Das werden wir in Hessen in keiner Weise akzeptieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich fasse zusammen: Wir haben mit diesem Haushaltsentwurf 2009 keinen Grund, um über die Zahlen für die Nettoneuverschuldung zu jubeln. Ich glaube, auch die Rede des Herrn Finanzministers hat deutlich gemacht, dass das hier niemanden freut.

Wir machen hier auch keine Wahlgeschenke. Herr Kaufmann, das werden Sie uns im Jahr nach der Wahl wirklich nicht vorwerfen können. Vielmehr setzen wir nur das um, was entweder in Berlin schon beschlossen wurde oder was in diesem Haus im letzten Jahr, was politische Neuerungen angeht, Konsens war.

Wir müssen die Steuerrückgänge zur Kenntnis nehmen. Trotzdem muss das ein Ansporn für die nächsten Jahre sein, mit der Nettoneuverschuldung in Deutschland anders umzugehen. Der Lackmустest wird kommen, wenn es darum geht, keine zusätzlichen Ausgaben auch in den Bereichen zu tätigen, für die Sie immer gern Forderungen erheben.

Möglicherweise wird das eine Zeit sein, in der wieder Wahlen stattfinden. Dann werden auch Sie wieder gefordert sein, mit uns in diesem Haus dafür zu kämpfen, dass die Neuverschuldung der Vergangenheit angehört.

Herr Kollege Blum hat es vorhin noch einmal erläutert: Eine verfassungsgemäße Schuldenbremse bedeutet nicht, dass in Krisenzeiten überhaupt keine Schulden gemacht werden, sondern sie bedeutet lediglich, dass in diesen Zeiten nur Schulden gemacht werden, die hinterher in einem klaren Rahmen zurückgeführt und in anderen Jahren über Erträge wieder abgebaut werden.

Insofern sage ich Ihnen: Wir sind in Hessen auf einem sehr guten Weg. Die Bürger werden es uns danken, und die Schülerinnen und Schüler in den Schulen werden es uns danken. Die Bürger werden uns für das Mehr an Sicherheit danken, das auf den Straßen herrscht. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Kollege Milde. – Damit sind wir am Ende von Tagesordnungspunkt 1 angekommen.

Ich gehe davon aus, es gibt Übereinstimmung, dass alle drei Initiativen an den Haushaltsausschuss überwiesen werden. – Dem ist so.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Privatrundfunkgesetzes – Drucks. 18/315 –

Herr Minister Grüttner, Sie haben das Wort.

Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Privatrundfunkgesetzes, der im Wesentlichen zwei Regelungskomplexe beinhaltet: zum einen die Anpassung des Privatrundfunkgesetzes an die Änderungen im Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zum anderen ein Thema, das uns schon lange beschäftigt hat, nämlich die Umsetzung der bundesverfassungsgerichtlichen Vorgaben zur Beteiligung von Parteien an privaten Rundfunkveranstaltern.

Was den ersten Komplex anbelangt, kann ich es relativ kurz machen. Hier geht es im Wesentlichen darum, geänderte Definitionen des Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrags zum Rundfunk, zum Programm und zum Sendungsbegriff des Privatrundfunks nachzuvollziehen, um die beiden Regelwerke, nämlich einerseits den Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag und andererseits das Hessische Privatrundfunkgesetz, miteinander zu synchronisieren.

Zudem wird deklaratorisch festgestellt, dass ausschließlich im Internet verbreiteter Hörfunk keiner besonderen Zulassung bedarf. Auch das ist schlicht und ergreifend einfach eine Anpassung des Hessischen Privatrundfunkgesetzes an den Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag.

Wesentlicher ist der zweite Komplex, bei dem das Hessische Privatrundfunkgesetz geändert werden soll. Dabei geht es nämlich um das Thema Beteiligung der Parteien an Rundfunkveranstaltern. Ich denke, dass das vielleicht einiger ausführlicherer Erklärungen bedarf.

Viele Kollegen werden sich noch daran erinnern: Das Thema war bereits im letzten Sommer im Rahmen einer Landtagsdebatte auf der Grundlage eines Gesetzentwurfs, den die SPD-Fraktion eingebracht hatte, behandelt worden, der allerdings der Diskontinuität anheimgefallen ist.

Das Hessische Privatrundfunkgesetz enthält in § 6 Abs. 2 Nr. 4 bisher eine Regelung, die jegliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung politischer Parteien oder Wählergruppen an Privatrundfunkveranstaltern untersagt.

Ich betone an dieser Stelle, dass die Landesregierung aus politischen Gründen nach wie vor der Überzeugung ist, dass diese Regelung sachgerecht ist.

(Zuruf)

– Aus politischen Gründen. – Allerdings wissen wir, dass das Bundesverfassungsgericht dieses absolute Beteiligungsverbot am 12. März 2008 für verfassungswidrig erklärt hat.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– So ist es. – Zugleich hat es den Gesetzgeber aufgefordert, bis zum 30. Juni 2009 einen verfassungskonformen Zustand herbeizuführen.

Anlässlich der Beratung des Gesetzentwurfs der SPD-Fraktion in der 15. Sitzung – –

(Zuruf: Das wird Ihnen damit aber nicht gelingen!)

– Herr Siebel, es ist gut, dass Sie dies dazwischengerufen haben. Denn Sie haben scheinbar immer noch nicht verstanden, was das Bundesverfassungsgericht in seine Entscheidungsgründe hineingeschrieben hat. Denn der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion hat sich ausschließlich an die Regelungen des § 17 Aktiengesetz gehalten, wonach eine Beteiligung bis zu 49,9 % möglich gewesen wäre. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen Entscheidungsgründen ausdrücklich dargelegt, dass es darum geht, welcher mittelbare oder unmittelbare Einfluss auf Rundfunkveranstalter genommen werden kann, wobei dies vollkommen unabhängig von der Regelung des Aktiengesetzes zu sehen ist.

An dieser Stelle hat sich die Landesregierung in dem vorgelegten Gesetzentwurf sehr stark an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes gehalten, um dem gerecht zu werden, was dort festgestellt wurde. Das ist, erstens:

Der Grundsatz der Staatsfreiheit ist auch im Verhältnis zu den Parteien zu beachten. Zwar sind diese nicht dem Staat zuzuordnen; jedoch besteht eine gewisse Staatsnähe der Parteien, ...

Zweitens.

Parteien können sich ebenso wie auf die Meinungsfreiheit ... auch auf die Rundfunkfreiheit berufen.

Drittens.

Der Gesetzgeber hat einen weiten Gestaltungsspielraum bei der Regelung der Zulässigkeit der Beteiligung von Parteien am Privatrundfunk. Ihm steht es frei, den Parteien die Zulassung zur Veranstaltung vom Privatrundfunk zu verwehren, soweit sie bestimmenden Einfluss auf die Programmgestaltung oder Programminhalte nehmen können.

Herr Siebel, das ist das Entscheidende. Hinsichtlich der Definition dieses „bestimmenden Einflusses“ arbeitet das Bundesverfassungsgericht deutlich heraus, dass das Entscheidende nicht allein der nominale Anteil am Kapital oder an den Stimmrechten, sondern der tatsächliche Einfluss auf die Programmgestaltung oder die Programminhalte ist.

Der Gesetzgeber ist damit keineswegs darauf beschränkt, manifeste Gefahren für die Rundfunkfreiheit nur im Fall der Mehrheitsbeteiligung auszuschließen. Er kann vielmehr auch indirekte Möglichkeiten abwehren, mit denen Einfluss auf das Programm ausgeübt werden kann.

Das ist es, an dem sich der Gesetzentwurf der Landesregierung orientiert. Ich wiederhole: Das ist ganz anders als bei dem im letzten Sommer von der SPD-Fraktion vorgelegten Gesetzentwurf, der allein Mehrheitsbeteiligungen erfasst hat. Der Gesetzentwurf, den die Landesregierung vorgelegt hat, orientiert sich also genau an den Vorgaben der Karlsruher Entscheidung.

Der Regelungsgehalt, mit dem diese Fragen nun angegangen werden sollen, gilt in dreifacher Hinsicht. Nr. 4 Buchst. a soll zunächst klarstellen, dass Parteien oder Wählergruppen keinesfalls selbst als Rundfunkveranstalter in Erscheinung treten dürfen. Sie können niemals unmittelbar zugelassen werden und damit Teilnehmer sein.

Die unter Buchst. b vorgesehene Regelung mit der Bezugnahme auf das Aktiengesetz mag für einen Nichtjuristen

vielleicht etwas sibyllinisch klingen, aber das soll entsprechend der gebräuchlichen rechtlichen Regelungen beim Rundfunk festgelegt werden. Demnach kann auch einem Unternehmen, das mit einer Partei oder einer Wählergruppe rechtlich mit einer Gesellschaft im Sinne des § 15 Aktiengesetz verbunden ist, bei dem also eine Partei z. B. mehr als 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte hält, keine Zulassung erteilt werden. Als Stichwort könnte ich jetzt beispielsweise Madsack oder Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft in die Debatte werfen. Ich denke, jeder weiß, was damit gemeint ist.

(Volker Hoff (CDU): Klaus Lage!)

Buchst. c schließlich umfasst all die Fallkonstellationen, bei denen, gegebenenfalls auch unabhängig von dem rechtlichen Einfluss auf die Gesellschaft, Anhaltspunkte dafür bestehen, dass

aufgrund vertraglicher Vereinbarungen, satzungrechtlicher Bestimmungen oder in sonstiger Weise Einfluss auf Programmgestaltung oder Programminhalte des Antragstellers

genommen werden kann. Wir haben bei den Verschachtelungen, die Gegenstand der Debatte im Sommer letzten Jahres waren, schon festgestellt, dass es dies intensiv gegeben hat. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Ott-Verlag. Eben wurde schon Klaus Lage genannt. Sie können sich erinnern, dass in den Verträgen die entsprechenden Passus geschwärzt wurden, als ein von der SPD vollkommen „Unabhängiger“ wie Herr Schüren Anteile übernommen hat. Mit diesem Abschnitt wird genau der Regelungsgehalt erfasst, mit dem wir versuchen wollen, eine mittelbare oder unmittelbare Einflussnahme der Parteien auf Rundfunkveranstalter tatsächlich auszuschließen.

Jetzt könnte man sagen, dass dies mit einem unbestimmten Rechtsbegriff, nämlich dem „bestimmenden Einfluss“, beschrieben worden ist und dass dies möglicherweise zu Schwierigkeiten in der Anwendung führen kann. Das ist bei derartigen –

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Herr Staatsminister, Sie müssten zum Ende Ihrer Rede kommen.

Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Ich komme gleich zum Schluss meiner Rede. – Das ist bei derartigen Begriffen aber nicht zu vermeiden. Insoweit kann ich mich jetzt auch wieder unmittelbar auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts beziehen. Dort werden zur Illustration der indirekten Einflussnahmen, die einem bestimmenden Einfluss gleichkommen, im Wesentlichen genau die in dem Gesetzentwurf aufgenommenen Beispiele angeführt.

Dass es nicht möglich ist, alle denkbaren Konstellationen in Zahlenwerten zu erfassen und zu beschreiben, liegt in der Natur der Sache. Aus Sicht der Landesregierung ist eines entscheidend: Wir wollen in Hessen keinen Parteienfunk, sondern wir wollen einen freien Rundfunk haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Deshalb muss es ausgeschlossen sein, dass eine politische Partei, mit welchen Mitteln auch immer, Einfluss auf Sendungsinhalte des privaten Rundfunks nimmt. Es wird deshalb die Aufgabe der Landesmedienanstalt in Kassel sein,

bei Anhaltspunkten für einen möglicherweise bestehenden bestimmenden Einfluss von den Auskunftsrechten und Ermittlungsbefugnissen aufgrund des Hessischen Privatrundfunkgesetzes und des Verwaltungsverfahrensgesetzes Gebrauch zu machen.

In diesem Sinne glauben wir, dass wir in Zukunft einen freien Rundfunk und keinen Parteienfunk haben werden.

(Günter Rudolph (SPD): Das sagt der Richtige!)

Die Landesregierung bittet um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Herr Staatsminister Grüttner, herzlichen Dank. – Für die SPD-Fraktion erhält nun Herr Kollege Siebel das Wort. Bitte schön.

(Zuruf: Gilt so etwas auch für das ZDF, oder gilt das nur für andere Sender?)

Michael Siebel (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund der Vorgänge im ZDF bin ich immer wieder tief beeindruckt, mit welcher Unverfrorenheit Herr Staatsminister Grüttner diese Nummer hier abzieht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist wirklich „klasse“. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir befassen uns heute mit dem Hessischen Privatrundfunkgesetz, weil die Landesregierung in der vorletzten Legislaturperiode einen offensichtlich verfassungswidrigen Gesetzentwurf vorgelegt hat.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatsminister Grüttner, wenn Sie auf den Gesetzentwurf rekurren, den wir in der letzten Legislaturperiode eingebracht haben: Ich sage einmal, aufgrund der Mehrheitsverhältnisse, die wir hier vorfinden, war ich nahe dran, meiner Fraktion nicht zu empfehlen, unseren Gesetzentwurf wieder einzubringen. Aber wenn Sie so herausfordern, dass es offensichtlich notwendig ist, dieser Landesregierung einen verfassungsgemäßen Gesetzentwurf vorzulegen, dann können wir das im Rahmen der Anhörung des Gesetzentwurfs in der Tat auch machen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 12. März 2008 unmissverständlich festgestellt, dass der Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Privatrundfunkgesetzes in dem entsprechenden Paragrafen ungültig ist. Die Landesregierung und die sie damals tragenden Fraktionen waren nach meiner Auffassung von der ideologischen Verblendung getrieben, dass jede auch noch so kleine Beteiligung von SPD-nahen Gesellschaften aus dem Rundfunkbetrieb ausgemerzt werden müsste.

Nun sollte man meinen, dass auch die CDU-geführte Landesregierung aus Fehlern lernen könnte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sehen aber, dass dies offensichtlich an der Realität vorbeigeht. Der heute vorlie-

gende Gesetzentwurf der Hessischen Landesregierung zur Änderung des Privatrundfunkgesetzes missachtet sträflich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Die Formulierungen sind unausgereift und eine krasse Missachtung des Bundesverfassungsgerichts. CDU und FDP schreiben mit diesem Gesetzentwurf den verfassungswidrigen Zustand mit anderen Mitteln fort.

(Beifall bei der SPD)

Richtig ist, dass der Gesetzgeber bei der Begrenzung von Einflussmöglichkeiten politischer Parteien auf den privaten Rundfunk nicht darauf beschränkt ist, nur den nominalen Anteil an Stimmrechten oder an Kapital zu gewichten. Entscheidend ist vielmehr der tatsächliche Einfluss auf die Programmgestaltung bzw. die Programminhalte – so das entsprechende Urteil. Das Bundesverfassungsgericht hat im März 2008 unmissverständlich klargestellt, dass es dem Gesetzgeber obliegt, „geeignete und nachvollziehbare Kriterien“ zu entwickeln.

Mit Ihrem Gesetzentwurf haben Sie allerdings Ihre Hausaufgabe schicht und einfach nicht gemacht. Die jetzt getroffene Formulierung im Gesetzentwurf sieht vor:

Ein bestimmender Einfluss ist insbesondere anzunehmen, wenn die politische Partei ... Einfluss auf Programmgestaltung und Programminhalte ... nehmen kann.

Diese Formulierung genügt nicht, sondern verkehrt den Regelungsbedarf, der im Urteil des Bundesverfassungsgerichts festgestellt wurde, in sein Gegenteil. Das Bundesverfassungsgericht hat im März 2008 dem Gesetzgeber die Möglichkeit zugebilligt, nicht jedweden Einfluss auszuschließen, sondern nur den bestimmenden Einfluss. Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen wird mit dem Gesetzentwurf nach wie vor der Fehler begangen. Er ist auch in der Formulierung, die Sie vorgelegt haben, nach unserer Auffassung nicht verfassungskonform und muss insofern natürlich verändert werden.

(Beifall bei der SPD)

In der Gesetzesbegründung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass auch die Gefahr formloser Einflussnahme ausgeschlossen werden soll. Sie schieben jetzt – wie Sie in Ihrer Rede gesagt haben – den Schwarzen Peter an die Landesmedienanstalt weiter, die ohne klare Kriterien an der Hand dann die Entscheidung treffen muss. Dies genau genügt eben nicht dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts, denn es hat diese Aufgabe nicht nur als Sache der Länder, sondern als Sache des Gesetzgebers definiert. Da sollten Sie die Begründung des Bundesverfassungsgerichts noch einmal genau nachlesen.

Es ist eindeutige Aufgabe von uns, dem Landesgesetzgeber, zu bestimmen, welche Grenzen den politischen Parteien durch das Privatrundfunkgesetz zu setzen sind, wogegen wir nicht sind – ganz im Gegenteil. Wenn der Gesetzgeber aber keine geeigneten und nachvollziehbaren Kriterien definiert, entspricht der Gesetzentwurf nicht dem Auftrag aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, weshalb wir uns hier mit dem Gesetz befassen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, politisch steckt die Absicht dahinter, bewusst Unsicherheit zu erzeugen, um bestimmte Verlage über langfristige Verfahren zu einem bequemen Mitgesellschafter in Verlagskreisen zu degradieren. Sie haben es in einigen Zwischenrufen schon zum Besten gegeben. Schon die Art und Weise, wie der Ministerpräsident Roland Koch beim ZDF einen der gro-

ßen Angriffe der letzten zehn Jahre auf die Unabhängigkeit der Medien unternommen hat, zeigt, wie diese Landesregierung medienpolitisch agiert.

(Beifall bei der SPD – Horst Klee (CDU): So ein Quatsch! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Mit Ihren Zwischenrufen dokumentieren Sie, Kollege Reif und andere, dass Sie offensichtlich hier an der richtigen Stelle getroffen worden sind. Genau so ist es.

(Horst Klee (CDU): Wirklich nicht!)

Ich hätte mir von Herrn Koch gewünscht, dass er die bedingungslose Staatsferne, die er jetzt mit dem Gesetzentwurf zu Änderung des HPRG vorgelegt hat, auch gegenüber Nikolaus Brender hätte gelten lassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Kollege Siebel. – Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Wolff das Wort.

Karin Wolff (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Februar war bei der Beratung des Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrags bereits absehbar, dass wir uns in Kürze noch einmal mit dem Privatrundfunkgesetz auseinandersetzen und Folgeänderungen aufnehmen müssen. Selbstverständlich war im letzten Jahr bereits klar, dass wir uns mit diesem Gesetzentwurf noch einmal in inhaltlicher Art und Weise auseinandersetzen müssen, denn natürlich: Ja, es war ein Bundesverfassungsgerichtsurteil, dass dieses Gesetz verändert werden muss – Herr Kollege Siebel, allerdings mit einer Deutung, in der wir uns sehr deutlich unterscheiden. Da sollte man sich einige Zitate aus der Pressemeldung des Bundesverfassungsgerichts zu Gemüte führen.

Es ist ganz offenkundig – Herr Minister Grüttner hat einen Teil schon zitiert –, dass das Bundesverfassungsgericht nicht bestritten hat, dass der Staat die Einflussnahme von Parteien an privaten Rundfunkunternehmen untersagen kann. Es sagt, es ist auch nicht schematisch so zu beurteilen, wie es Ihr Gesetzentwurf versucht hat, dass dies eine Prozentzahl – 50 % plus x – sein muss. Das Bundesverfassungsgericht hat nicht nur gesagt, es gibt ein Beherrschungsverbot für den Rundfunk durch den Staat, der Staat darf kein Eigentümer eines privaten Rundfunkunternehmens sein, sondern es hat auch gesagt:

Vielmehr soll jede politische Instrumentalisierung des Rundfunks ausgeschlossen werden.

Und es sagt:

... jedoch besteht eine gewisse Staatsnähe der Parteien, ...

Herr Kollege Siebel, an der Stelle bin ich mir jetzt nicht so ganz sicher, ob Sie die Debatte über das ZDF richtig verstanden haben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Meine Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht sagt in seiner Pressemeldung weiter:

Entscheidend ist nicht allein der nominale Anteil am Kapital oder an Stimmrechten, sondern der tatsächliche Einfluss auf die Programmgestaltung oder die Programminhalte.

Das ist nicht einfach wegzuwischen, wie Sie es versucht haben, sei es durch eine Prozentzahl, sei es durch ein Veröffentlichungsgebot. Allein das reicht nicht aus. Ich denke, dass man noch einmal zitieren muss, was zu dem, was Sie in Ihrem Gesetzentwurf versuchen, sich nämlich rein auf § 17 Aktiengesetz zu beschränken, gesagt worden ist:

Allerdings ist der Gesetzgeber nicht gehalten, sich bei der Begrenzung der Beteiligungsmöglichkeiten der Parteien an Rundfunkunternehmen auf das Verbot einer Beherrschung im Sinne von § 17 Aktiengesetz zu beschränken.

Wenn Sie zusammennehmen, was uns das Bundesverfassungsgericht an sehr klarem Auftrag gegeben hat, nämlich das Gesetz an der Stelle eines ausschließlichen Verbotes zu ändern, dann hat es auf der anderen Seite doch sehr viele Hinweise dafür gegeben, dass die Parteienferne des privaten Rundfunks gewahrt werden kann und möglicherweise sogar auch muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es ist genauso nicht schlüssig, wie es die SPD implizit wollte, mit 49,9 % sei es genug, sondern jede andere Prozentzahl festzusetzen ist eine Pseudolösung für die Frage dessen, was beherrschender Einfluss oder tatsächlicher politischer Einfluss auf Rundfunkanstalten bedeutet.

(Allgemeine Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Deswegen ist es der richtige Weg, dass der Gesetzentwurf deutlich macht, dass die Landesmedienanstalt der richtige Ort dafür ist, Transparenz herzustellen und zum anderen auch zu definieren, wo der bestimmende Einfluss ist, wo er abgegrenzt werden muss und wo dementsprechend dann auch keine Zulassung erfolgen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Gesetz muss, wie wir wissen – –

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Siebel?

Karin Wolff (CDU):

Nein, im Moment nicht.

Das Gesetz muss bis Ende Juni – das wissen wir – verabschiedet sein. Ich würde gerne einen Vorschlag machen, wie wir weiter verfahren, denn ich halte es für notwendig und logisch, dass wir im Juni in zweiter und notfalls auch in dritter Lesung darüber beschließen. Ich glaube aber, dass wir uns im Ausschuss bereits in der nächsten Woche sehr schnell darüber verständigen können, wie und in welcher produktiven Weise wir mit einer schriftlichen oder mündlichen Anhörung zur Vorbereitung

(Allgemeine Unruhe)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Frau Kollegin, einen Moment. – Der Geräuschpegel im Plenum und auch auf der Regierungsbank wird jetzt so hoch, dass ich doch bitte, der Rednerin zuzuhören.

(Beifall bei der FDP)

Karin Wolff (CDU):

der zweiten und dritten Lesung vorgehen – unter Einbeziehung der Menschen, die im letzten Jahr bereits an der Anhörung teilgenommen haben, die allerdings nicht mehr zu einem Beschluss geführt hat.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion ist sehr fest der Überzeugung dieses Gesetzentwurfs, dass es nicht sein kann, dass eine Partei oder eine Wählergruppe eine Zulassung für einen Rundfunk erhält, dass es nicht sein kann, dass ein Unternehmen, an dem eine Partei überproportional mit Kapital und Stimmrechten beteiligt ist, hier zugelassen werden darf, und dass es auch keine anderen rechtlichen Bindungen oder Koalitionen geben darf, die eine parteipolitische Instrumentalisierung des Rundfunks zulassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weder die Klaus Lage GbR noch die dd_vg wird in Zukunft einen Platz im Rundfunkwesen haben. Was Kollege Hoff in einer früheren Debatte gesagt hat – dass es nämlich ein parteipolitisches Vermummungsverbot im Rundfunkwesen geben muss –, das gilt auch weiterhin, auch für diesen neuen Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Rentsch für die FDP-Fraktion.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Siebel hat vorhin das hier vorgetragen, was er in den letzten Jahren zu diesem Thema immer wieder vorgetragen hat.

(Günter Rudolph (SPD): Das war alles richtig!)

Wenn man diese Debatte nachliest, wird man feststellen, dass sich die Argumente auf beiden Seiten nicht geändert haben.

Klar ist, und das wurde vorhin mehrfach dazwischengerufen: Mittlerweile gibt es eine juristische Beurteilung des Verfassungsgerichtes. Es hat klar gesagt: Das, was dieses Gesetz ausdrückt, funktioniert so nicht und ist nicht mit der Verfassung vereinbar.

Kollege Al-Wazir, Sie haben dazwischengerufen, dass das nicht funktioniert, was Kollege Grüttner vorträgt, dass man etwas zwar wollen darf, es aber trotzdem verfassungsrechtlich nicht geht.

Wenn man das Urteil liest, sieht man: Das Verfassungsgericht hat relativ klar gesagt, die Intention, die hinter diesem Gesetz steht, ist möglich. Aber die Durchführung ist vom Verfassungsgericht als nicht mit Art. 5 und Art. 21 des Grundgesetzes vereinbar angesehen worden.

Aber die Intention dieses Gesetzes – nämlich zu verhindern, dass es in Deutschland und in Hessen einen parteipolitischen Einfluss auf den Privatrundfunk gibt –,

(Zuruf des Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

das ist absolut zulässig. Meine Damen und Herren, das werden CDU und FDP in diesem Land auch umsetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich halte es für abenteuerlich, dass sich gerade die GRÜNEN hier zum Anwalt der sozialdemokratischen Medienmaschinerie aufspielen und dafür Sorge tragen, dass die SPD über ihre verdeckten Beteiligungen letztendlich auch Meinung macht.

(Beifall des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Herr Kollege Siebel, der Unterschied zwischen der „Karibischen Stimme“, dem Nationalrundfunk der Dominikanischen Republik, und hessischen Situationen ist, dass in der Dominikanischen Republik viele Leute wussten, dass das ein Staatsrundfunk ist, während das, was wir hier haben, in vielen Bereichen nicht offengelegt und nicht transparent ist, weil man nicht nachvollziehen kann, wer wie mit welcher Beteiligung vorgeht.

Deshalb ist das, was die Landesregierung durch Staatsminister Grüttner hier vorgelegt hat, völlig richtig. Wir werden bis zum 30.06. eine Novellierung dieses Gesetzes vornehmen müssen. Wir werden dieses Gesetz so novellieren und reformieren, dass es den Verfassungsvorgaben entspricht.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist schon einmal ein Anfang!)

Herr Kollege Rudolph, das Verfassungsgericht hat klar gesagt – jetzt kommt es –, dass es um den tatsächlichen Einfluss geht: ob eine Partei tatsächlich Einfluss auf Programmgestaltung oder -ablauf nimmt. Darum geht es.

(Günter Rudolph (SPD): Oder auf Chefredakteure!)

Ich glaube, deshalb haben auch Sie ein Interesse daran, dass zum Ersten dieses Gesetz in Hessen so geändert wird, wie es das Verfassungsgericht vorgesehen hat; dass zum Zweiten Transparenz hergestellt wird; und dass zum Dritten mit dieser Neuregelung verhindert wird, dass Einfluss auf den Programmablauf genommen wird.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Rudolph, ich weiß gar nicht, was einen Demokraten davon abhalten kann, einen solchen Gesetzentwurf zu unterstützen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Jeder Demokrat muss doch aufgerufen sein, uns an dieser Stelle beizupflichten und zu sagen: Ja, da habt ihr recht.

Ich bin auch sicher, bei der Anhörung, die uns bevorsteht, wird klar gesagt werden, dass zum einen die Intention, die von der Landesregierung mit diesem Gesetzentwurf wieder eingebracht worden ist, richtig ist und dass zum anderen der Weg diesmal den Voraussetzungen des Verfassungsgerichts entspricht.

Das Verfassungsgericht hat relativ klar gesagt, wie es sich ein solches Gesetz vorstellt. Ich darf dazu sagen: Das, was Sie im letzten Jahr dazu eingebracht haben, hätte in keiner Weise dem Verfassungsgericht entsprochen.

(Beifall bei der FDP – Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, insofern sollten Sie froh sein, dass wir das jetzt so machen.

Ich will zum Schluss kommen. Meine Damen und Herren, ich glaube, egal, wie wir die Anhörung durchführen, ob schriftlich oder mündlich – –

(Günter Rudolph (SPD): Oder gar nicht!)

– Herr Kollege Rudolph, ich glaube, man sollte sie schon durchführen, weil es einfach zur guten parlamentarischen Übung und zum guten Stil in diesem Hause gehört, dass man das macht.

(Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD) – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich weiß gar nicht, wo es da aus Ihrer Sicht Probleme geben könnte. Aber ich nehme Ihre Äußerung als Zustimmung, dass auch Sie der Meinung sind, dass wir im Rahmen einer Anhörung bestätigt werden. Ich bin mir auch relativ sicher, das, was wir jetzt vorgeschlagen haben, wird den Ansprüchen des Verfassungsgerichts Genüge tun. Insofern freue ich mich sehr auf die Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Al-Wazir, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, grundsätzlich ist uns allen bewusst, dass Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Berichterstattung unabdingbare Grundpfeiler der Demokratie sind und dass die Unabhängigkeit der Medien geradezu eine Voraussetzung dafür ist, dass Demokratien funktionieren kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Niemand will, dass beispielsweise Parteizeitungen die einzige Informationsquelle in gedruckter Form sind. Die Zeiten des „Neuen Deutschland“ sollten – jedenfalls in der Rolle eines alleinigen Zentralorgans – vorbei sein; mit einer Auflage von 50.000 darf es gerne weiter existieren.

Gleichzeitig ist es völlig klar: Die Zeiten des Staatsfernsehens sollten vorbei sein – man muss dazu nur einmal in das heutige Russland schauen. Wenn es um private Sender geht, muss man gar nicht so weit gehen, da genügt es, nach Italien zu schauen, wo es um Herrn Berlusconi geht; oder man muss sich Kampfsender wie „Fox News“ in den Vereinigten Staaten anschauen. So kann unabhängige Berichterstattung aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht funktionieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist spannend, sich zu vergegenwärtigen, worüber wir eigentlich reden. Wir reden über die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, dass ein von der Koalition aus CDU und FDP beschlossenes Gesetz verfassungswidrig ist.

Lieber Florian Rentsch, da finde ich es schon ziemlich verwegen, wenn man sich hierhin stellt und sagt, das war

politisch richtig, aber leider verfassungswidrig. – Im Prinzip hast du das wiederholt, was Herr Staatsminister Grüttner bei der Einbringung hier gesagt hat.

Wenn der Willi van Ooyen alles verstaatlichen will, mag seine Intention aus seiner Sicht vielleicht politisch richtig sein – aber trotzdem müssen wir feststellen, das widerspricht dem Grundgesetz. Und dasselbe ist hier passiert.

(Widerspruch des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Ich finde, ein bisschen mehr Demut ist bei CDU und FDP angebracht, wenn das Bundesverfassungsgericht feststellt, hier wurde im Eifer des Gefechts von CDU und FDP ein Gesetz beschlossen, das – Achtung, Florian Rentsch, ich erinnere an Streitgespräche mit Thomas Spies – gegen die Eigentumsfreiheit und gegen die Rundfunkfreiheit verstoßen hat. Ich finde, da kann man sich nicht hierhin stellen und sagen: Das war politisch richtig, aber leider verfassungswidrig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das Spannende an diesem Gesetz, das vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden ist, ist doch: Es wurde zwischen zweiter und dritter Lesung durch einen Änderungsantrag in einen anderen Gesetzentwurf hineingeschoben, der den alleinigen Zweck hatte, sich durch eine Veränderung der Zusammensetzung des Rundfunkrats mehr Einfluss auf den Hessischen Rundfunk zu erstreiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Widerspruch des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Dann kam in der Zwischenzeit heraus, dass die SPD Medienholding, die dd_vg, nicht direkt, sondern indirekt einen 2-prozentigen Anteil am Sender FFH besitzt.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Nun kann ich, wie gesagt, festhalten: Wir als GRÜNE nehmen es sehr ernst, dass es den unabhängigen Rundfunk gibt, nicht nur den unabhängigen öffentlich-rechtlichen, sondern dass auch private Rundfunksender nicht zu Parteisendern werden – mal ganz abgesehen von der Frage, wie sehr ein 2-prozentiger indirekter Anteil zur wirklichen Beeinflussung in der Lage ist. Diese Frage könnte man sich auch einmal stellen.

Wenn man sich übrigens den Sender FFH anhört – ich will da niemandem zu nahe treten –, dann könnte der Einfluss in der Frage bestehen, ob da jetzt die Hits der Siebziger oder der Achtziger gespielt werden. Wenn man ein bisschen bei „planet radio“ Reinhört, könnte man die Frage stellen, ob ein Einfluss darauf besteht, was manchmal – ich darf die Worte jetzt nicht sagen, denn sonst werde ich gerügt – in den Moderationen gesagt oder nicht gesagt wird, um die Kirche einmal im Dorf zu lassen.

(Michael Siebel (SPD): Erst heiß machen, dann aber nichts sagen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seien wir doch einmal ehrlich. Wir sind in einer Situation, wo eine Koalition aus CDU und FDP, maßgeblich angetrieben vom damaligen Abg. Volker Hoff, gesagt hat: Wir wollen die Sozis mal richtig ärgern. – Und das Bundesverfassungsgericht hat am Ende gesagt: Das, was allein, um andere Parteien zu ärgern, ins Gesetzesblatt gekommen ist, ist auch noch verfassungswidrig. – Daher finde ich, dass ein bisschen mehr Demut angebracht ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Deswegen glaube ich, dass der Geist, der damals zu diesem Gesetz geführt hat, genau derselbe ist, der am Ende dazu geführt hat, dass Roland Koch so unglaublich gegen die Wand gerannt ist beim Versuch, den ZDF-Chefredakteur abzusetzen. Ich finde, wir sollten im Hauptausschuss, wenn wir über diesen Gesetzentwurf debattieren und hierzu eine Anhörung durchführen, noch einmal sehr genau überlegen, ob der jetzige Gesetzentwurf geeignet ist, dem verfassungswidrigen Zustand, den wir momentan immer noch haben, abzuweichen. Wir sind gern bereit, dem abzuweichen, im Sinne der Freiheit des Rundfunks, aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, im Sinne des Grundgesetzes und der dort vorgesehenen Eigentumsfreiheit. Auch diese halten wir hoch, und zwar nicht nur dann, wenn es uns passt, sondern immer.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Wilken für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Al-Wazir hat bereits darauf hingewiesen, dass wir uns schon daran erinnern sollten, warum wir an dieser Stelle über dieses Gesetz reden müssen. Herr Staatsminister Grüttner, ich kann Ihnen folgen; über den methodischen Teil 1 brauchen wir uns vielleicht nicht so viele Gedanken zu machen. Aber die Tatsache, dass Sie in der vergangenen Regierung ein Gesetz eingebracht oder gar – Herr Al-Wazir hat darauf hingewiesen – durchgepeitscht haben, das dann vom Verfassungsgericht einkassiert werden musste, und die Nonchalance, mit der heute in diesem Hause wieder darüber hinweggegangen wird, dass Sie das heute nochmals verteidigen und sagen, das sei aus politischen Gründen sachgerecht, oder, wie es Herr Weinmeister in der letzten Legislaturperiode gesagt hat: „Wir haben da hineingeschrieben, was wir wollen“, sind schon erstaunlich.

(Zuruf von der CDU: Eduard von Schnitzler!)

Sie vertreten hier nach wie vor Inhalte, die gegen unsere Verfassung und gegen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sind. Daran sollten wir uns an dieser Stelle noch einmal eindeutig erinnern. Ich glaube nicht, dass es nur im Eifer des Gefechts geschehen ist, dass das so darniedergeschrieben ist. Dagegen sprechen alle Ihre Äußerungen.

Meine Damen und Herren, auch für uns LINKE ist vollkommen klar: Es geht darum, einen Einfluss des Staates und damit auch einen Einfluss der Parteien auf den Rundfunk nicht zuzulassen. Das ist vollkommen unstrittig. Die Frage ist nur, ob in dem Hause, aus dem dieser Gesetzentwurf kommt, dieser Grundsatz wirklich immer gerechtfertigt und befolgt wird. Auf die Hinweise auf das ZDF ist schon mehrmals eingegangen worden. Wenn jetzt aus diesem Hause, von Herrn Koch unterschrieben, auf den unmittelbaren und mittelbaren Einfluss auf den Rundfunk hingewiesen wird, entbehrt das nicht einer gewissen Ironie.

(Zuruf von der CDU)

Uns geht es aber noch um eine zweite Sache, und auch diese ist in der Begründung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts ausführlich dargelegt worden. Beim Privatrundfunk geht es nicht nur um die Staatsferne, um den Einfluss des Staates und der Parteien, sondern es geht selbstverständlich wie immer und überall um interessengeleitete Informationsvermittlung. In diesem Zusammenhang regt das Bundesverfassungsgericht an, dass offengelegt wird, in wessen Interesse denn bei einem privaten Rundfunkveranstalter gehandelt wird. Diese Komponente der Anregung des Bundesverfassungsgerichts kommt uns eindeutig zu kurz, nicht nur jetzt in dem vorgelegten Entwurf, sondern auch in der bisherigen Debatte.

Wir werden in Ergänzung zu dem, was meine Vorredner hierzu gesagt haben, auch darauf Wert legen, dass wir in den Beratungen zu einer transparenten Veröffentlichung, einer transparenten Situation kommen, wo auch durch die Zugänglichkeit dieser Veröffentlichung für die Konsumenten des privaten Rundfunks klar und offen dargelegt wird, von wessen Interessen dieser Rundfunk eben auch gespeist wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie kennen alle das Zitat des Herausgebers der „FAZ“, dass Pressefreiheit eben auch die Freiheit von sechs reichen Männern bedeute, ihre Meinung zu sagen. Wenn es denn so ist, dann sollten Konsumenten zumindest nachlesen können, wessen Freiheit und wessen Meinung sie gerade zur Kenntnis nehmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit stelle ich fest, dass die erste Lesung durchgeführt worden ist. Zur Vorbereitung der zweiten Lesung überweisen wir diesen Gesetzentwurf an den Hauptausschuss. – Dem widerspricht niemand, damit ist dies so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich habe keinen weiteren Punkt vor mir liegen. Ich bedanke mich herzlich für Ihre Teilnahme und wünsche Ihnen noch gute Tage. Bis zum nächsten Mal, tschüss.

(Schluss: 17:18 Uhr)